KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 146 November/Dezember 2009 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 146 November/Dezember 2009 berichten wir über:



Die Friedensbotschafter aus Kandil kommen von den Bergen um mit der Gruppe aus Mahmur am Grenzort Habur zusammenzukommen Foto: ANF



Zigtausende warten auf die Friedensgruppe in Silopi an der türkischen Grenze Foto: DIHA



Die Friedensgruppe wird begeistert von Tausenden von Menschen in den verschiedenen Orten, dort wo der Bus Station macht, empfangen Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerade steht die letzte Ausgabe des *Kurdistan Report* für dieses Jahr vor der Vollendung, da überschlagen sich wieder einmal die Ereignisse:

Zwei Friedensgruppen der kurdischen Freiheitsbewegung sind aus den Bergen, aus dem Exil aufgebrochen und in der Türkei eingetroffen, kaum dass sie vom Vorsitzenden Abdullah Öcalan angeregt und von der Leitung der Bewegung beschlossen worden waren. Sie haben eine Massenmobilisierung hervorgerufen, Zigtausende säumen die vorgesehene Route der Goodwill-Karawane auf ihrem Weg ins politische Herz der Türkei, nach Ankara. Gefolgt werden sollen sie Ende Oktober von einer weiteren Gruppe aus Europa.

Worum geht es?

Wie dem Tenor der Artikel unserer aktuellen Ausgabe zur politischen Lage in der Türkei zu entnehmen ist, stagniert der seit einem halben Jahr akute Diskussionsprozess um eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und eine Demokratisierung, verharrt in einer kritischen Phase. Sabotageversuche, Provokation und leere Versprechungen auf staatlicher Seite – unsere Artikel illustrieren die Beispiele ausführlich. Enttäuschte Hoffnung und Unsicherheit ob der Aussichten besagten Prozesses auf kurdischer Seite – ein Anstoß muss her, sagte Apo, um die verfahrene Situation nach vorn aufzulösen.

Das mit den Friedensgruppen kennen wir doch schon, das gab's doch schon mal 1999, waren die nicht im Knast verschwunden? Richtig, doch wird zutreffend argumentiert, dass sich in der Zwischenzeit einiges geändert habe in der politischen Landschaft der Türkei. Zumindest sind die DemokratiebotschafterInnen dieses Mal nicht gleich inhaftiert worden, und in den Medien werden sie durchaus willkommen geheißen – allerdings unter dem Vorzeichen, sie hätten kapituliert und seien die Vorboten der in die Knie gezwungenen PKK, der Rest solle doch bald folgen. Nun ja, nicht unüblich im Propagandakampf. Und illusorisch wäre die Hoffnung, die Türkei würde sie sofort mit offenen Armen empfangen und die seit Generationen gepflegte Verleugnungspolitik vergessen.

Die Notwendigkeit einer politischen Initiative in dem stockenden Prozess ist auf jeden Fall gegeben, die Frage nach der Effektivität der Friedensgruppen lässt sich wohl erst später beantworten. Zuerst bleiben mal Ablenkungsmanöver und Provokationen der Kriegsprofiteure in In- und Ausland abzuwarten. Frankreich ließ gleich kurdische Institutionen in Paris überfallen und MitarbeiterInnen festnehmen und die USA drehten pünktlich an der Terrorschraube und setzten zusätzlich führende kurdische Kader mit dem Vorwurf internationalen Drogenschmuggels auf ihre Terrorliste.

Ob die Aktion der Friedensgruppen jetzt medial als Kapitulation tituliert wird oder als Test des Friedenswillens der Türkei, ob es – wie spekuliert wird – nichtöffentliche Gespräche zwischen Staat und Öcalan gibt oder dies Propaganda bleibt, wichtig ist doch, was dabei hinten rauskommt.

Auf jeden Fall wird – zunächst indirekt – die politische und Meinungsführerschaft Apos anerkannt, von seinen AnhängerInnen wie GegnerInnen, die erste kurdische Forderung auf dem Weg der Lösung also damit bedient. Unabdingbar ist es auch, das demokratische Fundament durch den Ausbau der kurdischen Selbstorganisierung zu festigen und keinesfalls in der massenhaften Manifestation des politischen Willens nachzulassen. Kämen jetzt noch substantielle Verbesserungen im Lösungsprozess hinzu, gelänge die Abwendung blutiger kriegerischer Phasen – ein Beitrag zum Fortschritt könnte den Friedensgruppen zugebilligt werden.

Leider müssen wir im Nachtrag zu unserer letzten Report-Ausgabe darauf hinweisen, dass der dort vorgestellte Felix Otto, politischer Flüchtling aus Kamerun, noch vor der Drucklegung abgeschoben wurde. Die *KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* berichtete über seinen Kampf gegen die rassistische Residenzpflicht.

Mit solidarischen Grüßen bis zum nächsten Jahr

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Das türkische Dilemma: eine Nation, eine Flagge, eine Sprache

Nilüfer Koc

Mit großer Aufmerksamkeit werden seit Monaten die Debatten der AKP-Regierung in Bezug auf die kurdische Frage verfolgt. Viele haben geglaubt, dass nun eine Lösung greifbar sei, als sehr offensiv und öffentlich Diskussionen über die „kurdische Initiative" ausgetragen wurden. Man hätte glauben können, die Lösung erfolge bereits morgen. Binnen kurzer Zeit nahm der Optimismus jedoch ab, nachdem der von der Regierung für die „kurdische Initiative" beauftragte Innenminsiter Beşir Atalay auf seiner Pressekonferenz im August mit keinem einzigen Wort die Kurden erwähnte. Die weiteren Debatten wurden kurze Zeit später zur „demokratischen Initiative" transformiert. Es folgte dann die Definition dieser Phase mit dem Begriff „Nationale Einheit". Die evolutionäre Entwicklung begann mit der „kurdischen Initiative", darauf folgte die „demokratische Initiative" und am Ende steht die „Nationale Einheit". Die kurdische Frage, Resultat des staatlichen Dogmas „eine Nation, eine Flagge, eine Sprache", endete erneut mit der Definition der „Nationalen Einheit".

In der kurdischen Frage wird die Lösung nicht einfach sein, wenn man sich dieses Dogmas bewusst ist. Es sieht so aus, dass die Türkei es allein nicht schaffen wird. Dabei hat die kurdische Seite, haben PKK und vor allem der kurdische Volksführer Abdullah Öcalan ihr Bestes gegeben, um die Türkei nicht unter Druck zu setzen, sondern zu überzeugen. Abdullah Öcalan ging so weit, dass er Verständnis für die AKP-Regierung zeigte. Mit dem oft genannten Beispiel von Turgut Özal, der bislang der einzige war, der sich ernsthaft mit der Lösung der kurdischen Frage befasst hatte, wollte Öcalan dem jetzigen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan im Grunde zeigen, dass er weiß, welche Gefahren eine Lösungsinitiative in der kurdischen Angelegenheit mit sich bringen kann. Wie bekannt hatte Özal 1993 versucht, die kurdische Frage zu lösen, und war diesbezüglich mit Öcalan in indirekten Kontakt getreten. Öcalan hatte mit dem ersten Waffenstillstand der PKK auf Özals Initiative geantwortet. Der Tod Özals kurze Zeit später wirft noch heute Fragen auf.

Damit der Frieden tatsächlich eine Chance bekommt, hat die PKK seit dem 13. April eine einseitige Waffenruhe aufrechterhalten. Obwohl Öcalan noch immer auf der Folterinsel Imralı unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten wird, hat er sich bemüht, über die von ihm ausgearbeitete Roadmap die Lösung der kurdischen Frage so bescheiden wie möglich zu entwickeln. Die Roadmap, die Öcalan am 20. August der Gefängnisleitung übergeben hatte, ist immer noch in den Händen der zuständigen Staatsorgane. Imralı ist dem Krisenstab des Ministerpräsidenten untergeordnet.

Die kurdische Seite hat sich ernsthaft bemüht, die einseitige Waffenruhe sechs Monate lang aufrechtzuerhalten, obwohl im Schatten der gesamten öffentlichen Diskussionen die staatlichen Repressionen immens zugenommen haben. Vom 14. April bis heute sind etwa 1 000 politische Aktivisten, vor allem DTP-Mitglieder, in Untersuchungshaft genommen worden. 400 von ihnen wurden verhaftet. Gegen 500 Kinder laufen Verfahren mit unglaublichen Strafforderungen weiter. Prokurdische Zeitungen wurden verboten. Die staatliche Willkür gibt Grund zur Befürchtung, dass die Schreckenszeit der 90er Jahre wieder lebendig wird. Ein weiterer entscheidender beängstigender Schritt war der Gerichtsbeschluss gegen die DTP-Abgeordneten. Man werde die Abgeordneten im Notfall trotz ihrer Immunität mit Gewalt zum Verhör in den Gerichtssaal bringen. Auch dies erinnert an die Zeit der Gefangennahme von Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Doğan und Selim Sadak im Jahr 1994.

Gegen die sechsmonatige Waffenruhe der PKK erklärte die AKP-Regierung am 6. Oktober ihren Krieg in Form der Verlängerung des Mandates für grenzüberschreitende militärischen Operationen. Diesen Beschluss begründete der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu im Namen seiner Regierung mit der geplanten Eliminierung der PKK. Ausgerechnet Davutoğlu, der sich für die Lösung der palästinensisch-israelischen Frage sowie im syrisch-irakischen und im syrisch-israelischen Konflikt einsetzte und sich so international bemüht, ein Image als Friedensstifter aufzubauen. Er ist genau wie seine Regierung gegen die isralischen Angriffe auf die Palästinenser, aber den Kurden erklärt er den Krieg.

Erdoğan hatte bei seinem Besuch des G20-Treffens in Washington bei US-Präsident Obama dafür geworben. Als Gegenleistung für die türkische Beteiligung an der NATO-Afak-Politik (NATO-Erweiterung über Afghanistan und Pakistan) erhielt Erdoğan das grüne Licht.

Weder das türkische Staatsdogma „eine Nation, eine Flagge, eine Sprache" noch die permanente praktische Repressions- und Kriegspolitik der AKP-Regierung in Kurdistan wird die Lösung der kurdischen Frage umgehen können.

Sowohl die internen als auch die externen Entwicklungen zwingen die Türkei, diese Frage zu lösen. Die Kurden beharren auf einer Lösung und wissen, was sie wollen. Der Lösungsvorschlag über die demokratische Autonomie, der von der DTP entwickelt und auch von der PKK positiv aufgenommen wurde, ist ein absolut bescheidenes Modell, welches die Lösung der kurdischen Frage in den Grenzen der Türkei akzeptiert. Die Kurden können sich demnach als ein Teil der Nation Türkei verstehen. Alledings mit dem Recht auf Beibehaltung, Pflege und Entwicklung der eigenen Identität. Das heißt, dass heute aufgrund der kurdischen Lösungsvorschläge der klassischen türkischen Argumentation, die in Form einer Phobie ausgeartet ist, nämlich dem Vorwurf des Separatismus, der Boden entzogen wurde. Der Sieg der DTP bei den Kommunalwahlen im März und die einseitige sechsmonatige Waffenruhe zeigen deutlich die Ernsthaftigkeit der kurdischen Seite. Das Hindernis stellen nicht die Kurden, sondern die türkische Seite aufgrund ihres 86 Jahre alten Staatsdogmas dar. Es ist eine irreale Forderung und auch eine Farce, wenn die AKP-Regierung glaubt, die kurdische Frage ohne die Kurden lösen zu können. Die türkische Devise zu Zeiten der Sowjetunion: „Wenn der Kommunismus gut für die türkischen Interessen ist, dann baut der Staat seine kommunistische Partei auf", zieht nicht mehr. Als die kommunistische Partei gebildet wurde, wurden die tatsächlichen türkischen Kommunisten getötet oder ins Exil verbannt, damit die Türkei ihre kommunistische Partei ohne die Kommunisten bekommt. Das Gleiche probiert die AKP mit den Kurden. Eine Lösung der kurdischen Frage ohne die Kurden gibt es nicht. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen sollten Anlass genug sein, auf die Realität zu schauen. Die kurdische Seite ist durch die DTP im türkischen Parlament vertreten, aber durch die PKK in der ganzen Türkei und in Nordkurdistan. Sowohl der türkische Generalstabschef als auch der türkische Außenminister sangen das alte Lied wie gewohnt im Chor: die Vernichtung der PKK. In diesem Chor haben zuvor etliche andere dasselbe Lied gesungen. Dennoch existiert die PKK, und zwar noch stärker und noch organisierter als zuvor.

Egal was die Regierung tut, die kurdische Frage klopft immer stärker an die Tür. Denn es sieht so aus, dass auch globale politische und ökonomische Gründe dafür sprechen. Für die neue Energiepolitik spielen sowohl die Türkei als auch das kurdische Gebiet eine wichtige Rolle. Das gigantische Projekt Nabucco, aber auch die *South-Stream* und *North-Stream*-Gas- und Ölpipelines bieten der Türkei große wirtschaftliche Aufschwungmöglichkeiten sowie politische Macht. Dazu bietet die NATO-Erweiterungsstrategie ihrerseits auch neue große Machtoptionen. Die NATO und die EU sehen in der Türkei ein wichtiges Transportland. Abgesehen davon rüstet sich die Türkei mit der AKP für den moderaten Islam, für welchen der US-Präsident in seiner Rede an der Kairoer El-Ezher-Universität geworben hatte und wahrscheinlich auch dafür den Friedensnobelpreis bekommen hat. Wie sonst können der radikale Islam und seine Auswüchse im Mittleren Osten überwunden werden, wenn die Türkei nicht ihre Rolle spielt. US-Präsident Obama hatte sich daher im April in der Türkei für eine Lösung der kurdischen Frage ausgesprochen. Kurzum: Die kurdische Frage wird, auch wenn sie in der Türkei als ein lokales Problem angesehen wird, die globale politische und wirtschaftsstrategische Balance beeinflussen. Vor diesem Hintergrund ist die Zeit reif für die politische Lösung der kurdischen Frage.

Die Frage ist jetzt, welche Mittel beide Seiten benutzen werden. Die türkische Seite macht reichlich Gebrauch von militärischer und polizeilicher Gewalt. Man sehe sich nur die Zahl der militärischen Operationen in Kurdistan und die gewaltige Festnahmewelle gegen kurdische Politiker an. Auch gibt es deutliche Anzeichen, dass die Türkei die Eskalationslinie bevorzugen wird, für die sie Vorbereitungen trifft. Es wird daher nicht ausreichen, wenn von der PKK erneut erwartet wird, sie solle die Verantwortung auf sich nehmen. Warum auch? Die kurdische Frage ist nicht von der PKK geschaffen worden. Die PKK ist das Resultat der Verleugnung und nicht die Ursache. Wenn also dritte Kräfte für eine Lösung stehen, dann ist es ungerecht, nur Forderungen an die kurdische Seite zu stellen. Es gehört auch zum Spiel der AKP, nach innen mit der Armee zu kollaborieren und in der Außenpolitik die Armee als Problem zu benennen. Daher ist allen zu raten, den Charakter der AKP gut zu analysieren. Sie trägt das Erbe der Intrigen und Spiele des Osmanischen Reiches. Man sehe sich den türkischen Außenminister an: den Kurden gegenüber ein Hardliner, den Palästinensern gegenüber offen. Zweifelsohne hat das palästinensische Volk ein Anrecht auf Freiheit. Allerdings ist es fragwürdig, wenn der türkische Staat, der nichts lieber hätte als tote Kurden, sich für das unterdrückte Volk der Palästinenser ausspricht und internationale Shows abzieht.

Von den Kurden darf nicht viel mehr erwartet werden. Für die Kurden gehen die Morde und Festnahmen an die Substanz. Schließlich kann keiner erwarten, dass die Kurden sich selbst ans Messer liefern. Dies ist schwer, wenn die kurdische Bevölkerung und die Guerillakämpfer unter Beschuss stehen. Schließlich ist es das Recht der Kurden, zu leben und sich gegen jede Form der Eliminierungsbemühungen durch Verteidigung zu schützen.

Eine neue Kriegsphase, darauf deuten türkische Schritte hin, wird negative Auswirkungen auf die Lage im gesamten Mittleren Osten haben, wenn man die kurdische Mobilisierungskraft im Iran, in Syrien und im Irak bedenkt. Eine Lösung ist heute nicht nur im Interesse der Kurden, sondern auch der Global Player. Der 26. grenzüberschreitende Angriff, den das türkische Parlament beschlossen hat, wird nichts von dem lösen können, was die Türkei sich erhofft – genau wie bei den letzten 25 Versuchen.

Die Anerkennung der Kurden in der EU wird es der Türkei erleichtern, ihr eigenes Hindernis „eine Nation, eine Flagge, eine Sprache" zu überwinden und damit die Bekämpfung der Kurden zur Geschichte zu machen. Der Mittlere Osten kann kein dauerhaftes, noch verwobeneres und komplizierteres zweites Palästina und Israel verkraften. ♦

Neue Friedensinitiative aus Mahmur, Kandil und Europa

Die Stimme des Friedens gegen die Kriegstreiber erheben

KCK-Exekutivrat 16.10.2009



Warten auf die Friedensgruppe an der Grenze bei Silopi Foto: DIHA

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat bei der Anwalts-Konsultation am 9. Oktober 2009 erklärt, dass die politischen und militärischen Bemühungen um die Lösung der kurdischen Frage an einem Punkt der Stagnation angelangt sind, und unsere Bewegung dazu aufgerufen, ein weiteres Mal Friedensgruppen zu entsenden, um diese Stagnation zu überwinden, den Weg für die Politik freizumachen und zur Entwicklung eines demokratischen Friedensprozesses beizutragen. Gestern wurde dieser Aufruf öffentlich verbreitet. Die Leitung unserer Bewegung hat diesen Aufruf unseres Vorsitzenden diskutiert und stimmt ihm zu. Unser Beschluss ist gleichzeitig eine Reaktion auf die Vorschläge einiger Freunde, die ähnliche Anregungen gemacht hatten. Es werden drei verschiedene Friedensgruppen in die Türkei gesendet.

Eine dieser Friedensgruppen wird in Kandil zusammengestellt, eine im Lager Mahmur und eine in Europa. Ihr Ziel ist es, den demokratischen Friedensprozess in der Türkei voranzutreiben, zu einer entspannteren Atmosphäre beizutragen und psychologisch den Weg für einen wirklichen Frieden zu bereiten. Dieser Aufruf unseres Vorsitzenden ist gleichzeitig ein Aufruf und eine Botschaft an den türkischen Staat. Wir erklären einmal mehr, dass wir von unserer Seite diesem Aufruf folgen und so aufrichtig, beharrlich und entschieden für Frieden und eine demokratische Lösung eintreten. Dies tun wir aus unserer Verantwortung für unser Volk und ein Leben in Freiheit und Demokratie heraus. Wir hoffen, dass dieser Schritt einen positiven Effekt auf die Entwicklung des Prozesses haben wird.

Nach langer Zeit ist wieder eine Bunkerstrafe über Abdullah Öcalan verhängt worden, die Militäroperationen gehen weiter, es werden weiterhin kurdische Politiker verhaftet und verleumdet, in- und ausländische Kreise, die nicht nach Demokratie, sondern nach einem kontrollierten Konflikt trachten, führen Provokationen durch, extralegale Hinrichtungen wie zuletzt in Çaldıran gehen weiter und im Fall Ceylan Önkol, einem weiteren Beispiel einer extralegalen Hinrichtung, versucht man, sich mit der Begründung aus der Verantwortung zu stehlen, sie sei „nicht durch einen Mörser getötet“ worden, also trage man „keine Verantwortung“. Dass wir in einer solchen Atmosphäre Friedensgruppen senden, sollte allen Seiten zu denken geben. Uns geht es in erster Linie darum, die Mentalität, die zur Stagnation des Prozesses führt und ihn blockieren will, durch eine Stärkung der Tendenz für eine demokratische Lösung zu überwinden.

Unsere Bewegung erklärte am 13. April eine einseitige Aktionspause. Daraufhin setzte die Regierung der Republik Türkei unter verschiedenen Namen einen Öffnungsprozess auf die Tagesordnung. Dieser Prozess stagniert zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Er stockt mittlerweile trotz aller Erklärungen führender AKP-Funktionäre, und es gibt gefährliche Signale, die folgenschwere Konsequenzen haben könnten. Eine Bagatellisierung und Sabotageversuche gefährden den Prozess zusehends. Wir wollen vor allem verhindern, dass es zu schweren Konflikten kommt, die zum Verlust von Leben führen könnten.

Um die gegenwärtige Stagnation zu überwinden, bedarf es des verstärkten Einsatzes aller friedliebenden und demokratischen Gruppen. Alle, die im In- und Ausland auf demokratische Weise öffentlich für Frieden und Stabilität eintreten, sollten sich ihrer Verantwortung für den Fortgang des Prozesses stellen. Wir rufen alle diese Kräfte auf, sich noch stärker für die Ausweitung des demokratischen Lösungsprozesses einzusetzen.

Wir rufen unser Volk dazu auf, diese Initiative des Vorsitzenden Apo richtig zu verstehen, sich zu beteiligen, die Friedensgruppen zu unterstützen, sie als Friedensbotschafter zu betrachten und so das eigene Beharren auf einer demokratischen Lösung und die eigenen Entschlossenheit kundzutun. Die gesamte Bevölkerung von Kurdistan sollte wissen, dass es heute nicht um ein Zurückweichen geht, sondern dass wir uns in einer kritischen Phase befinden. Daher sollte niemand die Selbstverteidigung vernachlässigen, sondern jeder mit kraftvollen Massendemonstrationen die Stimme des Friedens gegen die Kriegstreiber erheben und so für den Frieden kämpfen.

Wir rufen alle demokratischen Institutionen in der Türkei und in Kurdistan dazu auf, die Friedensgruppen zu unterstützen und dafür zu kämpfen, dass der Prozess vorankommt. ♦

Duran Kalkan zu den Friedensgruppen

Dies ist eine neue Phase

Auszüge aus einem Interview mit Duran Kalkan von Gülistan Tara, ANF 17.10.2009

Abdullah Öcalan rief dazu auf, erneut Friedensgruppen in die Türkei zu schicken. Sie sollen der gegenwärtig ins Stocken geratenen Politik eine neue Tür öffnen. Wie bewerten Sie diesen Aufruf?

Als Bewegung möchten wir den Aufruf unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan, Friedens- und Demokratiegruppen in die Türkei zu senden, begrüßen. Wir sind der Meinung, dass es sich um eine wichtige Aktion handelt, die viel bewirken kann. Wir hoffen, dass diese Friedensgruppen von allen so bedeutungsvoll gesehen werden. Wir sind davon überzeugt, dass alle diejenigen, die für den Frieden, die Freiheit der Völker und die Demokratisierung der Türkei stehen, sowie diejenigen, die eine Lösung der Probleme in der Türkei anstreben, diese Gruppen in gleichem Maße begrüßen werden.

Es handelt sich hier um einen historischen Aufruf unseres Vorsitzenden, der die Politik der Türkei beeinflussen wird. Diese Gruppen werden zu einer praktischen Politik und einer erneuten demokratischen Diskussionsgrundlage beitragen. Unser Beschluss zur einseitigen Waffenruhe im Anschluss an die Kommunalwahlen vom 29. März hat ohne Frage beachtliche Gewinne mit sich gebracht. Allerdings hat sie nicht ausgereicht, dass die Fragen des Friedens und der Demokratie im Rahmen einer dauerhaften Lösung diskutiert und angestrebt wurden. Die Demokratisierung der Türkei ist vielseitig zu sehen. Die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage ist als Demokratisierung der Türkei zu verstehen. Um sowohl diesen Aspekt als auch die damit in Verbindung stehende Außenpolitik der Türkei ausreichend zu erfassen, genügte die momentane Etappe nicht und konnte sich nur oberflächlich entfalten. Daher denken wir, dass der Aufruf unseres Vorsitzenden und die einheitliche Meinung unserer Bewegung eine wichtige Rolle spielen werden.

Was genau bringt in der Türkei die Politik ins Stocken? Welche Rolle werden diese Friedensgruppen dabei spielen, dies zu überwinden?

Neben den Entwicklungen der letzten Monate bestehen auch sehr viele Schwächen und Hindernisse. Eben das, was die Politik stagnieren lässt. Kräfte wie die CHP und die MHP spielen eine negative Rolle dabei. Sie haben Angst; wegen der eigenen Politik, die sie in der Vergangenheit betrieben und woran sie ausschlaggebend beteiligt waren, sind sie besorgt, dass vieles ans Tageslicht gerät. Außerdem wird die DTP nur begrenzt mit einbezogen. Aufgrund des großen Drucks durch die heftigen Operationen gegen sie kann sie ihrer „Vorreiterrolle“ nur ungenügend nachkommen. Die AKP wiederum ist auf einer bestimmten Suche, verhält sich aber sehr widersprüchlich. Nicht mutig, entschlossen und tiefgründig. Sie gibt vor, alle Meinungen als wichtig mit einzubeziehen. Aber das ist zugleich auch ein Grund für ihre Beschränktheit im Denken und Handeln. Die gegenwärtige Phase sieht vor, die konfrontative Haltung zu kritisieren und zu überwinden, und lädt alle zu noch größerer Ernsthaftigkeit, Entschlossenheit und Tiefgründigkeit ein. Sie schafft die Grundlage hierfür. Wir denken, dass die Gruppen in diesem Sinne eine Rolle spielen werden.

Sie können Friedensbotschafter werden und die Tür für eine demokratische Lösung öffnen. Sie können dazu beitragen, dass die aktuelle Diskussionsphase sich vertiefen und auch andauern kann. Und sie können zu gewissen Entscheidungsfindungen beitragen. Die Bedingungen hierfür stimmen. Trotz bestimmter Hindernisse ist die Grundlage für wichtige Entwicklungen gegeben. Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, dass die Regierung einige Veränderungen in ihrer aktuellen Politik versucht. Auch in der Außenpolitik. Sie arbeitet am Aufbau von Beziehungen mit Kräften, die zuvor als Feinde galten. Die Türkei versucht also eine politische „Öffnung“, ist ernsthaft auf der Suche nach einer politischen Strategie. Oder eher gesagt, sie ist auf der Suche nach gewissen Veränderungen in der alten politischen Strategie. Dies ist wichtig. Nicht nur in der Außenpolitik. Dasselbe gilt für die Innenpolitik. Denn die Veränderungen nach außen können nur mit Veränderungen nach innen einhergehen. Und dies zeigt das ernsthafte Bedürfnis der Türkei nach Veränderung und demokratischer Öffnung. Daraus resultiert diese „Suche“. Aber damit die außenpolitischen Entwicklungen auch Fuß fassen können, müssen sie im Rahmen einer Demokratisierung nach innen manifestiert werden. Kurz: Ohne eine demokratische Mentalität und ohne die Überwindung des Nationalstaates und des Nationalismus können die gegenwärtigen Veränderungen in der Außenpolitik sowie neue politische Schritte an sich nicht entwickelt werden. Die Türkei wäre dazu nicht in der Lage.

Auch 1999 schickte die kurdische Bewegung Friedensgruppen in die

Türkei. Wie bewerten Sie diese vergangenen zehn Jahre? Welche Entwicklungen gab es?

Ja, es sind nun zehn Jahre vergangen, seit wir die ersten Friedens- und Demokratiegruppen entsandten, Anfang Oktober 1999. Die damalige Phase wies gewisse Eigenschaften auf. Es wäre nicht richtig zu sagen, dass diese Gruppen zu nichts beitragen konnten oder nichts bewegt hätten. Auch wenn es sich nicht sehr weit verbreitet hat, trugen die Gruppen dazu bei, dass manche Kreise in der Türkei die Demokratie diskutierten und letztendlich sagen konnten: „Frieden ist auch in diesem Land möglich.“ Es entstand eine Hoffnung. Unser Vorsitzender hatte damals gesagt: „Eine so große Hoffnung habe ich nicht; ich versuche, sie zu erschaffen.“ In der Tat spielten die Friedens- und Demokratisierungsschritte unseres Vorsitzenden und unserer Bewegung eine historische Rolle dabei, dass überhaupt eine Hoffnung auf Frieden und Demokratie in diesem Lande entstanden ist und die Frage in dem Maße diskutiert wird sowie an eine Lösung geglaubt wird. Jedoch wissen wir auch, dass dies nicht ausreichend genutzt worden ist.

Sie meinen also, dass der Schritt damals als historische Gelegenheit von der Türkei verpasst wurde?

Richtig! Nun, die türkischen Medien bewerten dies ja auch sehr unterschiedlich. Manche Politiker und Intellektuelle üben sogar Selbstkritik. „Es war eine historische Gelegenheit für die Demokratisierung und Frieden. Es war ein wichtiger Schritt, den wir jedoch nicht genügend genutzt haben. Dadurch hat die Türkei zehn Jahre verloren“, sagen sie. Aber es ist noch nicht ganz verloren. Wir sind nicht so hoffnungslos und pessimistisch. Auch vor zehn Jahren gab es die Möglichkeit zu größeren Entwicklungen, sie wurde jedoch nicht wahrgenommen. Die Türkei hat es nicht geschafft, den Weg zur Lösung der eigenen Probleme einzuschlagen. Wären damals entsprechende Schritte getan worden, wären wir heute in der Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage schon ganz woanders.

Die damals entsandten Gruppen behandelte man anfangs auch nicht schlecht, maß ihnen aber auch keine politische Bedeutung bei. Die Teilnehmer wurden als Schuldige abgestempelt, verhaftet, es wurden Verfahren gegen sie eröffnet. Noch immer sind einige von ihnen im Gefängnis. Ohne Frage ist das alles als falsch und antidemokratisch einzuordnen. Ein großer Verlust für die Türkei. Daher möchten wir noch nicht einmal, dass die Gruppen jetzt mit denen von 99 verglichen werden, uns nicht einmal vorstellen, dass das von damals heute erneut geschehen wird. Denn die Bedingungen in der Türkei sind heute anders als damals. Damals hatten wir auch nicht genügend Erfahrung und die Friedensphase war neu. Wir waren in derselben Situation wie die Türkei.

Wichtige Entwicklungen gab es in den letzten zehn Jahren. Auch wir als Bewegung haben uns verändert. Unser Vorsitzender sagt: „Ich habe mich verändert.“ Auch die kurdische Bevölkerung hat sich verändert. Unsere ideologische Herangehensweise wie auch unser politisches Programm und unsere Taktik. Wir sind auch strategische Veränderungen eingegangen. Wir haben unsere innerorganisatorische Struktur verändert. Wir haben uns in der Tat erneuert. In der Mentalität ebenfalls. Als Bewegung und als Volk sind wir zu einer ernsten demokratischen politischen Kraft geworden. Ebenso hat sich die Türkei verändert. 1999 waren im Gegensatz zu heute die „kurdische Öffnung“, „demokratische Öffnung“ und eine „Friedensöffnung“ nicht möglich, geschweige denn sie zu diskutieren. Wer dies heute diskutiert, wird von der MHP des Verrats beschuldigt. Damals war die MHP an der Macht. Als wir unsere ersten Friedensgruppen entsandten, war sie Teil der Regierung. Es war also unmöglich, an solche Diskussionen auch nur zu denken. Sowohl das gesellschaftliche Bewusstsein als auch die Lage an sich waren hierfür nicht geeignet. Wenn es

Öcalan: Zwei Friedensgruppen können in die Türkei entsendet werden

Abdullah Öcalan erklärte während des Gesprächs mit seinen Rechtsanwälten am 9. Oktober 2009, dass die Politik in der Türkei ernsthaft ins Stocken geraten sei, und schlug vor, dass zwei weitere Friedensgruppen in die Türkei entsandt werden könnten, mit dem Ziel, diesen Stillstand zu beheben. Sein Vorschlag: „Momentan ist die demokratische Politik ernsthaft ins Stocken geraten, was sich auch auf den rechtlichen, sozialen, kulturellen und auch militärischen Bereich auswirkt. Die Tür für eine demokratische Politik, für eine Lösung und für die Akzeptanz der kurdischen Frage muss erneut aufgeschoben werden. Deshalb ist mein Vorschlag, dass zwei Gruppen, bestehend aus Personen aus Europa und aus dem Flüchtlingslager Mahmur, wo sich Tausende von Kurden aufhalten, in die Türkei entsandt werden. Ähnlich wie die damals geschickten Friedensgruppen. Diese Gruppen könnten in die Türkei kommen, um im Namen der Kurden zu erläutern, wie diese hier leben möchten. Sie könnten die notwendigen Prinzipien darlegen, die für ein gemeinsames Leben in diesem Land nötig sind. Ebenso könnten sie mit entsprechenden Ansprechpartnern über ihre grundsätzlichen Forderungen im Hinblick auf die demokratischen und freiheitlichen Rechte der Kurden diskutieren. Diese Gruppen könnten diverse Gespräche führen; sie könnten zum türkischen Parlament gehen und auch andere Kreise ansprechen und die Forderungen darlegen, damit zwei Völker miteinander leben können.

Ich möchte alle Intellektuellen, alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, alle politischen Parteien der Türkei und alle Friedensengagierten dazu einladen, sich für den Frieden in der Türkei einzusetzen.“

damals nicht genügend genutzt wurde, dann waren dies die Gründe dafür.

Welchen Unterschied wird es geben zwischen den Friedensgruppen von 1999 und heute? Welche Mission und Ziele haben sie?

Da wir es hier ja auch mit einer ganz anderen Atmosphäre zu tun haben, sind selbstverständlich auch die Bedeutung, Aufgaben, Mission und Zusammensetzung der Gruppen differenzierter als damals. Es sind Friedensgruppen, Gruppen der demokratischen Lösung. Sie sind also Folge der vorherigen. Aber abgesehen davon handelt es sich hier um eine ganz neue Phase. Damals war es nicht einmal möglich, von Frieden, Demokratie und einer Lösung der kurdischen Frage zu sprechen. Wir schickten die Friedensgruppen, damit eine solche Atmosphäre entstehen kann und wir eine Friedensphase wirklich erschaffen können. Die Türkei hatte nichts anderes als Todesstrafe und Eliminierung im Sinn. Heute ist die Rolle der Gruppen grundverschieden. Denn die Ziele von damals haben sich erfüllt. Wir stehen nun also vor neuen Schritten. Mit den gegenwärtigen Friedensgruppen bezwecken wir die Entwicklung des Friedens und der Demokratie, Schritte für eine friedliche und demokratische Lösung des Problems, eine Veränderung der politischen und militärischen Atmosphäre, im Sinne einer politischen Lösung. Ohne Frage würde das natürlich die bedingungslose Einstellung der Militäroperationen, die Einleitung einer beidseitigen Waffenruhe und wenn möglich auch einen beidseitigen Waffenstillstand bedeuten. All dies bezwecken wir. Dafür sollte natürlich auch die Roadmap Abdullah Öcalans herausgegeben werden, so dass sie für die ganze Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Diese Friedensgruppen werden das Ziel haben, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, im Rahmen einer Verfassungsänderung und um die stockende Demokratisierungsphase wieder ins Rollen zu bringen. Es muss eine Grundlage geschaffen werden, auf der die kurdische Bevölkerung ihre Forderungen frei vorbringen kann. Daher sollte herauskristallisiert werden, nach welchen Grundsätzen und Prinzipien Frieden, Freiheit und Zusammenleben in einer Demokratie möglich wären. Dies werden die Forderungen unserer Gruppen sein.

Wir denken nicht, dass rechtliche Probleme entstehen werden. Bei der Zusammensetzung der Gruppen wird darauf geachtet, dass es Personen sein werden, die das gesetzliche Recht zur Einreise in die Türkei haben.



Die Bevölkerung empfängt die Friedensgruppe Foto: DIHA

Gibt es zum Schluss einen Aufruf an die demokratische Öffentlichkeit, die kurdische Bevölkerung, die Medien oder auch andere?

Demokratie beruht auf der Grundlage allgemeiner Teilnahme. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan sagte: „Entweder werden wir gemeinsam siegen oder gemeinsam verlieren." In dieser Angelegenheit wird es nicht EINE Seite geben, die gewinnt oder die verliert. Wenn wir gemeinsam gewinnen, würde das die Demokratisierung der Türkei und die demokratische Lösung der kurdischen Frage bedeuten. Wenn dies nicht geschieht, werden alle verlieren. Lasst uns nicht die Verlierer sein. Lasst uns die Geschichte nicht verlieren. Lasst uns die Sieger und die Gestalter der Geschichte werden. In diesem Sinne rufen wir alle dazu auf, die eigene Rolle in diesem Demokratisierungsprozess zu übernehmen und mit entschlossenen Schritten auf die Phase zuzugehen. ♦

Erklärung der DTP-Co-Vorsitzenden zu den Friedensgruppen

Die DTP-Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Emine Ayna gaben zu den Friedensgruppen, die noch in dieser Woche in die Türkei entsandt werden sollen, eine Erklärung ab. Darin heißt es: „Wir begrüßen die drei Friedensgruppen, die in die Türkei kommen und mit uns gemeinsam an einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei arbeiten wollen. Wir rufen den Staat und die Regierung dazu auf, sich diesem Schritt gegenüber verantwortungsbewusst zu verhalten und die entstehende Gelegenheit für Frieden und eine Lösung gut zu nutzen. Diese Friedensgruppen dürfen nicht dasselbe erleben, was damals die Friedensgruppen 1999 erleben mussten. Wir möchten betonen, dass wir diesen Beschluss der PKK, der in einer Zeit gefällt wurde, in der die demokratische Öffnung aufgrund der Haltung der Regierung ins Stocken geraten ist, für außerordentlich wichtig, angemessen und richtig halten. Es ist ein Beschluss mit historischer Bedeutung. Er wurde in einer Zeit gefällt, in der das Mandat für grenzüberschreitende Operationen verlängert wurde, die militärischen Operationen im Inland ein unmögliches Ausmaß erreicht haben und der Druck auf die Bevölkerung enorm gestiegen ist. Dass die PKK trotz dieser Angriffe ihren Beschluss zur einseitigen Waffenruhe verlängert hat und nun Friedensgruppen entsendet, um die blockierte Friedensphase weiterführen zu können, zeigt deutlich, wie sehr sie auf dem Frieden beharrt. Alle sollten diese Schritte richtig interpretieren. So wie auch gestern sind die Kurden heute entschlossen, eine friedliche und demokratische Lösung zu schaffen. Die Entsendung dieser Friedensgruppen ist der klare Ausdruck dieser Aufrichtigkeit sowie der Entschlossenheit."

Brief der Friedensgruppe aus Kandil und Mahmur
An die verehrten Vertreter der Republik Türkei!
An die Völker der Türkei und die demokratische Öffentlichkeit!

Wir sind eine Friedensgruppe, die auf den historischen Aufruf Abdullah Öcalans, des Repräsentanten des kurdischen Volkes, hin beschlossen hat, in die Türkei zu kommen, um die Stagnation im begonnenen Prozess für einen würdevollen Frieden und die Demokratisierung der Türkei zu überwinden und einen bescheidenen Beitrag zu einem wirklichen Frieden zu leisten.

Unser Kommen verfolgt nicht den Zweck, von Artikel 221 [*Reuegesetz, Anm. d. Ü.*] zu profitieren. Wir haben uns aus freien Stücken auf den Weg gemacht, um das Blutvergießen zu stoppen, das Weinen der Mütter zu beenden und das Fundament für ein friedliches Zusammenleben zu stärken. Dieser unser Schritt beweist auch, dass wir nicht die Quelle des Problems sind, sondern auf der Seite einer Lösung stehen. Die Türkei befindet sich in einer äußerst wichtigen und kritischen Phase. Seit den Kommunalwahlen am 29. März haben die Diskussionen über eine demokratische Öffnung ein hohes Niveau erreicht. Zwar wurde die von Abdullah Öcalan verfasste und vorgelegte Roadmap noch nicht veröffentlicht, doch haben die durch sie entstandene Diskussion sowie einige positive Erklärungen von Repräsentanten des Staates die Hoffnung auf Frieden und eine demokratische Lösung befördert.

Selbst die bisher begrenzte Teilnahme breiter Kreise an der Diskussion hat bereits gezeigt, dass Staat und Gesellschaft in der Türkei ein starkes Bedürfnis nach einer ernsthaften Demokratisierung, einem Kompromiss und dem Respekt vor den Rechten der jeweils anderen besitzen. In diesen Diskussionen, die in einer Zeit geführt wurden, während der die kurdische Freiheitsbewegung unter großen Opfern eine einseitige Aktionspause aufrecht erhalten hat, begann die Gesellschaft der Türkei, sich den Tatsachen der kurdischen Gesellschaft und der kurdischen Frage zu stellen. Diese Entwicklungen haben die Demokratisierung der Türkei und die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Ganz offensichtlich herrscht mittlerweile sowohl in der türkischen als auch in der kurdischen Gesellschaft die Überzeugung vor, dass die Probleme nicht durch Gewalt gelöst werden können, sondern dass die demokratische Politik als Methode zur Lösung angewandt werden muss.



Mitglieder der Friedensgruppe aus dem Flüchtlingslager Mahmur und aus den Kandil-Bergen verlesen ihre Botschaft Foto: DIHA

Wir als Gruppe, die sich für den Frieden auf den Weg gemacht hat, glauben, dass gerade in einer solchen Situation der Friedens- und Demokratisierungsprozess mit großer Ernsthaftigkeit, Verständnis und kreativen Lösungsmethoden vorangetrieben werden muss. Die Entwicklungen in der Türkei bieten dafür mehr als je zuvor eine Gelegenheit. Die demokratische Lösung der kurdischen Frage wird gleichzeitig eine Schlüsselrolle für Demokratie und Stabilität in der gesamten Region spielen. Wir haben die Hoffnung, dass alle, vor allem die verantwortlichen Kräfte, sich mit hoher Sensibilität dafür einsetzen, damit dies Wirklichkeit werden kann.

Natürlich wissen wir auch, dass sich Frieden und Demokratie nicht von selbst entwickeln werden, wie positiv die Bedingungen dafür auch sein mögen. Die Existenz von chauvinistischen, nationalistischen und auf ihren Vorteil bedachten Gruppen, die sich intensiv darum bemühen, die Demokratisierung in der Türkei und die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu verhindern, demonstriert die Schwierigkeiten des Kampfes für den Frieden. Diese Kräfte versuchen durch verschiedenste Angriffe, die Demokratisierung zu blockieren und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu verhindern. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung für den Erfolg der „demokratischen Öffnung“ dar und hat zur Stagnation geführt. Um diese Hindernisse zu beseitigen und die Stagnation zu überwinden, hat Abdullah Öcalan dazu aufgerufen, neue Gruppen für Frieden und eine demokratische Lösung in die Türkei zu senden. Wir haben uns aus freiem Willen dazu entschieden, diesem Aufruf unseres Repräsentanten zu folgen und als Friedensbotschafter in die Türkei zu kommen. Ein weiterer Grund ist, dass wir das existierende historische

Fundament für ein gemeinsames Zusammenleben unserer Gesellschaften weiter stärken und Wahrheiten ans Licht bringen wollen, die man immer noch zu verstecken sucht.

Einige von uns repräsentieren die Bevölkerung von Mahmur, die die gravierenden Folgen der ungelösten kurdischen Frage und einer falschen Politik am eigenen Leib erfahren hat. In den 1990er Jahren wurden unsere Dörfer von damaligen staatlichen Kräften durch Beschuss von Flugzeugen und Kanonen zerstört und niedergebrannt. Um uns vor all diesen Angriffen zu schützen, waren wir gezwungen, den Boden, auf dem wir aufgewachsen sind, zu verlassen und unter schwierigsten Bedingungen jahrelang ums Überleben zu kämpfen. Viele Verwandte von uns haben wegen dieser falschen Politik ihr Leben verloren. Einige wurden auch in Form der „Morde unbekannter Täter" von den damaligen Staatskräften ermordet. Wir wissen immer noch nicht, wie diese unsere Verwandten ermordet wurden, wo ihre Leichen sind. Tausende wurden verstümmelt. Weitere Hunderte bevölkern immer noch die Gefängnisse. Als Bevölkerung von Mahmur, die den Schmerz und das Leid dieser Zeit erlebt hat, wollen wir vielleicht mehr als jeder andere von Herzen mit unserer eigenen Identität in Frieden und Freiheit leben.

Einige von wollten die Ungerechtigkeit, die aus der ungelösten kurdischen Frage erwuchs, beseitigen und ein gemeinsames Leben der Völker in Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit verwirklichen. Dafür haben wir jahrelang in den Bergen unter schwierigsten Bedingungen Opfer gebracht und den Kampf für Würde, Identität und Freiheit geführt. Dies wurde unsere Lebensaufgabe. In jedem Konflikt sollte es auch einen Prozess des Dialogs, des Kompromisses und der friedlichen Lösung geben. Sobald das Problem erkannt ist und die Diskussionen über seine Lösung begonnen haben, halten wir es für prinzipiell moralisch geboten, im Dialog nach einer friedlichen Lösung zu suchen, anstatt den Konflikt beiderseits fortzusetzen. Wir glauben, dass nur diejenigen den Frieden verwirklichen können, die an ihn glauben. So, wie andere Gesellschaften, die ähnliche Konflikte durchlebt haben, ihre Probleme auf dem Verhandlungswege gelöst haben, so können auch wir unsere spezifischen Probleme mit modernen Methoden lösen.

Daher sehen wir es als eine wichtige Aufgabe für uns an, die bestehende Stagnation zu überwinden, selbst wenn es dabei ernsthafte Hindernisse gibt. Im Bewusstsein unserer Verantwortung wollen wir auf den Aufruf unseres Repräsentanten, den Prozess voranzubringen, und das Streben unserer Völker nach Frieden und einem freiwilligen, gemeinsamen Zusammenleben reagieren.

Mit diesem Schritt fordern wir, den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage freizumachen und das Funktionieren demokratischer Politik zu ermöglichen. Dadurch, dass wir diesen Schritt trotz der negativen Reaktionen auf ähnliche Initiativen in der Vergangenheit tun, unterstreichen wir einmal mehr die guten Absichten, die Entschlossenheit und das Beharren des kurdischen Volkes und seines Repräsentanten auf Frieden und einer demokratischen Lösung.

Wir sind überzeugt, dass alle friedliebenden Menschen diesen Schritt zum Frieden angemessen würdigen, verstehen und das Streben nach einem würdevollen Frieden unterstützen werden. Wir erklären auch, dass wir wegen dieser Überzeugung bereit sind, Opfer zu bringen und den Preis dafür zu zahlen, was immer er sein mag.

Wir sind überzeugt, dass die Repräsentanten des türkischen Staates und alle friedliebenden Menschen verantwortlich reagieren werden.

Wir möchten hier unsere dringendsten Forderungen auflisten, deren Erfüllung für die Verwirklichung der obigen Botschaften und das Reifen der Bedingungen für ein Zusammenleben notwendig ist:

Wir wollen

1. dass die Roadmap für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage, die Abdullah Öcalan verfasst hat, an ihre Adressaten ausgehändigt und veröffentlicht wird,
2. dass die Operationen im militärischen und politischen Bereich gestoppt werden, der Weg für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage freigemacht wird und diese Lösung im Rahmen einer tatsächlichen Demokratisierung der Türkei auf der Grundlage der Respektierung des freien Willens des kurdischen Volkes auf dem Wege von Dialog und Verhandlungen verwirklicht wird,
3. als ein Teil einer demokratischen Nation Türkei mit unserer Identität als kurdisches Volk mit verfassungsmäßigen Garantien in Freiheit und Gleichheit zusammenleben,
4. Kurdisch, unsere Muttersprache, überall frei sprechen, lernen, weiterentwickeln und unsere geschichtlichen Werte, unsere Kultur und unser Land in unserer Muttersprache kennen lernen,
5. unseren Kindern kurdische Namen geben, sie auf Kurdisch großziehen und ausbilden,
6. als kurdisches Volk unsere Geschichte, Kultur, Kunst und Literatur in Freiheit bewahren, erleben und weiterentwickeln,
7. mit unserer eigenen Identität unsere gesellschaftliche Organisierung entwickeln, demokratische Politik betreiben und uns frei ausdrücken,
8. in den Dörfern und Städten Kurdistans fern von Repression und Grausamkeiten von Spezialeinheiten, Dorfschützern und Polizei in Sicherheit und bescheidenem Wohlstand leben,
9. die Demokratisierung der Türkei und dafür die Ausarbeitung einer zivilen, demokratischen Verfassung.

Wir unternehmen diesen Schritt, um auf der Grundlage dieser Forderungen mit allen Menschen in der Türkei, die Frieden wollen, zu diskutieren und zusammenzuarbeiten.

Wir gehen diesen Schritt in einem historischen Augenblick.

Wir glauben an seinen Erfolg und grüßen respektvoll alle, die den Frieden lieben.

19.10.09, Gruppe für Frieden und eine demokratische Lösung

Demokratische Lösung für gleichberechtigte und freie Einheit

Die Kurden haben die Türken nicht verkauft!

Emine Ayna, DTP-Co-Vorsitzende

Auszüge aus ihrer Rede auf dem 3. außerordentlichen Kongress der DTP am 04.09.2009 in Ankara, veröffentlicht bei ANF am 04.10.2009

(…) Die Lösung ist auf der Grundlage gleichberechtigter und freier Einheit zu suchen. Und die Definition von „gleichberechtigt" und „Einheit" ist nicht im Begriff „ein Volk, eine Sprache" zu finden. Wenn wir die richtige Frage stellen: „Warum hatte die Regierung das Bedürfnis nach der ´demokratischen Öffnung`?", dann wird sich auch die richtige Antwort herauskristallisieren: „Weil die Türkei mit einer Verfassung und mit Gesetzen regiert wird, die antidemokratisch sind. Wir sind ein Vielvölkerstaat. Leben jedoch unter der Vormundschaft einer militaristischen Verfassung mit einer Mentalität, die alles Nichttürkische ausschließt und für ein multikulturelles Verständnis nicht bereit ist. Das ist ein Problem. Daher benötigen wir eine Öffnung. Diese Öffnung muss die Demokratisierung sein." Genau diese Antwort wird uns der richtigen Lösung zuführen. Wenn also Demokratie „Vielfalt" darstellt, dann muss von dem falschen Begriff „ein Volk, eine Sprache" Abstand genommen werden. Seit den Kommunalwahlen vom 29. März hat sich viel getan. Die PKK hat beschlossen, keine Aktionen durchzuführen. Und trotz aller Militäroperationen gegen sie ziehen sie es durch. Andererseits hat auch die Regierung eine neue Phase begonnen. Anfangs nannten sie es die „kurdische Öffnung". Dann waren sie der Meinung, den Namen ändern zu müssen, und nannten es „demokratische Öffnung". Aber auch damit waren sie nicht zufrieden und sagten schließlich „Projekt zur Verständigung und des Friedens". Allein dies ist schon Grund genug, das Vertrauen in die Regierung und ihre Aufrichtigkeit zu hinterfragen. Aber trotzdem versuchen wir, diese Phase zu unterstützen, weil wir die Hoffnung hegen, dass sich eventuell doch noch etwas ändern könnte. Niemand weiß, worum es bei dieser „Öffnung" wirklich geht und was sie wirklich beinhaltet. Die Regierung gab bekannt, dass sie erst alles konkretisieren werde, nachdem sie Vorschläge und Ideen von allen Kreisen eingeholt habe. Doch einen Tag vor dem 1. September, dem Weltfriedenstag, gab der mit diesem Projekt betraute Innenminister eine Erklärung ab. Er nannte dabei nicht die Schritte, die sei gehen würden, sondern die Schritte, die sie keinesfalls gehen würden. Der 1. September war zugleich auch der Tag, an dem die PKK sich wieder zur Waffenruhe äußern wollte.

Das, was der Herr Minister ansprach, waren die grundsätzlichen Punkte, ohne die eine Demokratisierung erst gar nicht denkbar ist: 1. Unterricht in der eigenen Muttersprache soll es nicht geben. 2. Die Verfassung soll nicht verändert werden. 3. Die PKK soll vernichtet werden. Diese Rede des Herrn Innenministers kam zum 1. September, dem Weltfriedenstag. Sie hatte keine andere Botschaft, als dass diese Phase sabotiert werden soll. Nur gut, dass die PKK sich dadurch nicht hat provozieren lassen – sie kündigte an, dass die Waffenruhe verlängert werde.

(…)

Es muss darauf verzichtet werden, „Terror" und „Terrorist" zu sagen

Die Öffentlichkeit spricht heute mehrheitlich über eine Lösung und will auch so schnell wie möglich die ersten Resultate sehen. Selbstverständlich wissen auch wir, dass nicht alles auf einmal gehen kann. Die Demokratisierung wird Schritt für Schritt vollzogen werden. Auch wird es für diejenigen, die wirklich eine Lösung wollen, ein großes Risiko sein. Denn diejenigen, die sich vom Krieg nähren, diejenigen, die sich hinter rassistischem Gerede verstecken, und diejenigen, deren Veruntreuung und Diebstahl nicht hinterfragt werden können, werden alles unternehmen, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu sabotieren. Selbst Gewalt werden sie einsetzen, um es zu versuchen. Aber alle sollten verstehen, dass es sich bei diesen Kreisen nicht um Kurden handelt und auch niemals handeln wird. Denn bisher waren es immer die Kurden, die einen Kampf für ihre Rechte und Freiheiten geführt haben, die jegliche Risiken auf sich genommen haben, um Frieden und die Demokratie zu schaffen. Es waren die Kurden, die hierfür jede Menge Opfer geben mussten. Wer waren diejenigen, die von Banden wie der Ergenekon vernichtet und getötet wurden? Die Antwort auf diese Frage reicht aus, um die Realität in diesem Punkt zu beschreiben. Wie also wird die Lösung entstehen und wie wird sie sich entwickeln?

Allem voran lasst uns fragen, wo der Frieden gesucht werden muss? In der Gewalt, wie es seit jeher praktiziert worden ist? Oder mit friedlichen Mitteln? Richtig und natürlich ist es, dass wir uns für den Frieden entscheiden. Dann ist

also auch das, was wir als Erstes tun müssen, von den militärischen Operationen abzusehen und darauf zu verzichten. Außerdem müssen wir von der Sprache der Gewalt ablassen, die immer wieder Ausdrücke wie „Terror“ und „Terroristen“ benutzt, und sie beiseite schieben. Die Begriffe „Terror“ und „Terroristen“ sind ein Bestreben des türkischen Staates, den Verstoß an den Rechten und Freiheiten des eigenen Volkes und die Gewalt an sich zu legitimieren. Es hat in keiner Weise etwas mit einer demokratischen Öffnung zu tun.

Öcalan hat alles in seiner Macht Stehende getan

Für eine demokratische und gewaltfreie Lösung hat allen voran der Vorsitzende der PKK, Herr Abdullah Öcalan, eine wichtige Rolle übernommen. Trotz seiner schwierigen Bedingungen hat er alles in seiner Macht Stehende hierfür getan und tut es immer noch. Wie wir alle wissen, erarbeitete er eine Roadmap, die gegenwärtig immer noch von der staatlichen Administration einbehalten wird. Warum wird sie nicht veröffentlicht? Wir alle wissen, dass Herr Öcalan nicht irgendein Gefangener ist. Und ebenso wissen wir alle auch um seine aktuelle Mission. Die Roadmap nicht öffentlich zu machen und nicht als Lösungsansatz zu nehmen, ist eine offene Botschaft an die PKK: Die aktive Teilhabe an einer Friedensphase der PKK soll verhindert werden. Selbstverständlich ist es sehr wichtig, von der PKK zu erwarten, dass sie sich in der aktuellen Phase positiv verhält. Ich bin mir sicher, dass es zahlreiche positive Auswirkungen haben wird, wenn diese Roadmap der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und veröffentlicht wird, wenn seine Haftbedingungen verbessert werden und es einen Dialog zwischen Staat und Öcalan geben würde. Sollten wir dies leugnen und Nein sagen oder sollten wir, wie es auch der Ministerpräsident zu Beginn dieser Phase sagte, „für die Teilhabe aller derjenigen sorgen, die mit dazu beitragen können, dass es keine Toten mehr gibt und dass sich eine demokratische Lösung entwickelt“? Wird es die türkische Politik wirklich schaffen, eine Herangehensweise an die kurdische Frage zu finden, die die klassische Politik in der Türkei überwindet?

Wie soll sich die Bevölkerung für ihre Rechte einsetzen, wenn der Staat Waffen einsetzt?

Es gibt nur einen Weg, die politischen Organisationen, die in ihrem Kampf um Rechte und Freiheiten Waffen als Mittel nutzen, davon abzubringen. Dieser Weg ist der, die Staaten davon abzubringen oder zu verhindern, dass sie die bewaffnete Macht, die sie besitzen, als Mittel der Unterdrückung gegen das Volk einsetzen und als Mittel, die Menschen von ihren Rechten abzuhalten. Auch wenn es uns schockiert, wir müssen uns mit folgender Frage konfrontieren: Wenn die Staaten die Waffe dafür benutzen, um den Völkern die Rechte vorzuenthalten, wie sollen also dann die Völker ihre Rechte einfordern? Wie sollen sie diesen Kampf führen? Wie sollen sie sich verteidigen? Sicherlich ist die Antwort auf diese Fragen die Entwicklung einer „demokratischen Politik“. Aber damit wir diese Antwort auch geben können, brauchen wir die Grundlage, von militaristischer Politik und militärischer Bevormundung erlöst zu sein. Es ist mir klar, dass das, was ich gerade gesagt habe, verschiedene Kreise irritieren und überraschen wird. Es werden wieder verschiedene andere Bedeutungen unter diesen Sätzen gesucht werden. Aber das einzige, was ich mit dieser Rede bezwecke, ist zu betonen, was für eine lebenswichtige Rolle eine demokratische Politik spielt und dass sie auch für uns unumgänglich ist. Mit meiner Rede möchte ich hier darauf hinweisen. Wenn die Staaten die Rechte und Freiheiten der Völker nicht anerkennen, wenn sie die Unterschiede nicht als Reichtum ansehen, wenn ein Land, wie es in der Türkei der Fall ist, zu einem Kultur-Grab statt zu einem Kultur-Mosaik gemacht wird und wenn es keine Akzeptanz der Völker, ihrer Meinungen und ihrer Unterschiedlichkeiten gibt, stattdessen mit Militärputschen, also mit der Waffe, die Völker unterdrückt werden, dann wird, so denke ich, auch unumgänglich die bewaffnete Gegenreaktion zu erwarten sein – was ja in diesem Fall verständlich wird.

Der Weg für eine demokratische Politik muss geöffnet werden

Wir reden im Moment von einer Demokratisierungsphase. Also müssen wir allem voran den Weg für eine demokratische Politik ebnen. Ohne irgendwelche Bedenken oder Komplexe sollten wir die demokratische Reife zeigen, sogar die PKK in diesen Prozess mit einzubeziehen. Wäre dem nicht so, bedeutete dies nur eines: „Gäbe es die PKK nicht, müsste ich die Kurden nicht anerkennen, hätte ich den Kanal TR-6 nicht gründen müssen. Wenn ich also wegen der PKK all dies machen musste, dann werde ich mich an dieser auch für all dies rächen. Trotz all dieser Schritte werde ich die PKK vernichten.“ Dies ist aber nicht die angemessene Haltung eines demokratischen Staates. Alle Staaten, die sich demokratisiert haben, haben solche und ähnliche Konflikte und Probleme mit den entsprechenden Ansprechpartnern gelöst. Auch die Türkei sollte bereit sein für ein solches Prozedere.

Wie können wir die demokratische Politik Fuß fassen lassen? Selbstverständlich nicht mit einer Verfassung, die Resultat eines Militärputsches ist. Daher ist eine der ersten Aufgaben, die Verfassung von Grund auf zu ändern. Wir als *„Partei für eine Demokratische Gesellschaft“* arbeiten schon seit einem Jahr daran. Und nicht zuletzt wurde am 1. und 2. Oktober in Diyarbakır zusammen mit dem Demokratischen Volkskongress eine Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung abgehalten.

Hauptidentität: „aus der Türkei kommend“

In allen Phasen dieser Bestrebungen haben wir darauf geachtet, die einheitliche Struktur zu wahren, und haben diskutiert, wie alle Völker sich selbst organisieren und leiten können und wie die Identitäten geschützt werden können. Im Anschluss an unsere Diskussionen kamen wir zu dem Ergebnis, dass all dies nur dann möglich ist, wenn der „Bürger“ nicht ethnisch, sondern geographisch definiert wird. Also die

Hauptidentität „Türke" bedeutet, dass eine ethnische Identität anderen Identitäten als höherwertigere und übergeordnete aufoktroyiert wird. Das ist antidemokratisch. Dies ist der aktuelle Definitionsstatus in der Verfassung. Daher ist es möglich, die Hauptidentität als „aus der Türkei stammend" zu definieren. Dies ist dann eine geographische Festlegung und wird bei allen innerhalb der türkischen Grenzen Lebenden ein Gefühl der „Dazugehörigkeit" schaffen. Und, wie auch Atatürk 1920 sagte, demokratische autonome Gebiete bieten die Grundlage, den Unterschiedlichkeiten Initiative zu geben. Das wird die Türkei davor retten, eine zentralistische autoritäre Verwaltungsstruktur zu behalten. Zugleich wird der Staat nicht mehr derjenige sein, der die Rechte unterdrückt und verweigert, sondern der Staat wird dann in der Position sein, die Rechte anzuerkennen und zu schützen und diese Verantwortung zu tragen. All dies wird mit der umfassenden Veränderung der Verfassung möglich sein.

Die Kurden haben die Türken nicht verkauft

Zu den eben genannten Punkten sagen uns manche Demokraten und Intellektuelle: „Ja, ihr habt ja recht. Aber es gibt gesellschaftliche Empfindlichkeiten. Die Türken müssen davon überzeugt werden. Deswegen seid bitte etwas geduldig und wartet." Geduld ist die größte Tugend der Kurden. Die Kurden warten seit der Gründung der türkischen Republik. Vor und während Lausanne [*1923*] wurde diesem Volk das Angebot der Unabhängigkeit gemacht, aber damals haben die Kurden die Türken nicht verkauft. Sie haben ihnen vertraut und daran geglaubt, dass man ihre Rechte anerkennen und ihnen Autonomie anbieten würde. Seit dem Tag warten die Kurden. Aber es ist offensichtlich, dass hier Trug und Irreführung am Werk waren. Nicht wir sind es, die die Türken davon überzeugen müssen. Nicht die Kurden. Es ist diejenige Administration, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse bis heute geleugnet hat, die die Geschichte falsch geschrieben hat und die in den Schulen den Kindern mit einem rassistischen und chauvinistischen Bildungssystem eine Gehirnwäsche verpassen.

Seit der Verfassung von 1924 wurden alle oberen und unteren Strukturen und Institutionen im Hinblick auf „Unteilbarkeit" und Leugnung systematisiert. Professoren wurden motiviert, Bücher zu schreiben, die beweisen sollten, dass die Kurden rein türkisch seien. Hierfür wurde die Wissenschaft, die historischen und die soziologischen Erkenntnisse, einfach geleugnet. In den Schulen wurde den Schülern genau das gelehrt. Man sagte ihnen: „Es gibt keine Kurden. In der Türkei gibt es nur Türken. Wer angibt, Kurde zu sein, ist ein vom Ausland mit Geld bestochener Spitzel. Staatsverräter. Wenn es Kinder gibt, die kurdisch sprechen, sagt sofort den Lehrern Bescheid. Es ist falsch, kurdisch zu sprechen. Es ist schlecht. Die Türken haben keinen anderen Freund als den Türken." Selbstverständlich wird ein Volk, dem eine solche Mentalität aufoktroyiert wurde, schwere Traumata erfahren, wenn es die Wahrheit erfährt. Aber verantwortlich hierfür sind nicht die Kurden, die heute die Opfer dieses Systems sind. Es ist die Führung dieses Staates, die dieses Land zu einem solchen System verurteilt. Das heißt also, dass die Verantwortlichen dieser Leitung heute genau die sind, diese Realität der Bevölkerung beizubringen, um sie somit zu überzeugen. Es kann keine Entwicklung geben, wenn immer wieder im Anschluss an einige kritische Worte der Kriegstreiber die verwirklichten Demokratisierungsschritte zurückgenommen werden und die Parole „ein Volk, eine Sprache" gerufen wird. Auf diese Weise kann es weder Entwicklungen geben noch irgendjemand überzeugt werden.

(…)

Der Erfolg der Frauen erschreckt das System

Der größte Kampf gegen gesellschaftliche sexistische Ungleichheit in der Türkei wird – was für eine Ironie – von den Frauen geführt, die in einem Gesellschaftssystem leben, dessen feudale und rückständige Aspekte vom Staat bewusst gewahrt und vertieft werden. Dieser Kampf wird von den Kurdinnen geführt. Dieser Kampf der Frauen hat sich so weit entwickelt, dass er sogar die anderen Frauen in der Türkei beeinflusst und auch aktiviert hat. Es ist ein Resultat der kurdischen Frauenbewegung, dass überall – sogar im Parlament – die Diskussion der Gleichheit von Frau und Mann auf der Tagesordnung steht. Und es ist auch ein Resultat der kurdischen Frauenbewegung, dass der Anteil der Frauen in den anderen politischen Parteien gestiegen ist. Keine andere politische Partei kam etwa bisher auf die Idee, eine Frau als stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Parlament zu wählen. Nachdem wir das gemacht hatten, haben die anderen gesehen, dass es gehen kann. Dann haben auch andere Parteien dasselbe gemacht. Auch unsere Struktur der Co-Vorsitzenden hat es trotz aller Hindernisse zu einem großen Erfolg gebracht.

Selbstverständlich erschreckt der Erfolg der Frauen das System. Daher wird beim Angriff auf unser Volk bei den Frauen begonnen. Allgemein wird als Erstes die Frau zur Zielscheibe gemacht. Aber es gibt etwas, was von denen, die das tun, vergessen und nicht berücksichtigt wird: Die Frauen in ihren eigenen politischen Reihen werden aufgrund dessen, dass sie die Töchter oder Ehefrauen bestimmter Leute sind oder weil sie wirtschaftliche Macht haben, in bestimmte Positionen gebracht. Daher besteht auch die Gefahr für sie selbst, aufgrund möglicher Angriffe verdrängt zu werden. Aber wir Frauen der DTP, wir sind, wenn es darauf ankam, getötet worden, in den Knast geworfen worden, wir mussten Folter ertragen und wurden vergewaltigt. Aber wir haben uns auf der Grundlage der Frauenbefreiungsideologie getroffen und organisiert und dafür gekämpft, „freie Frauen", freie Menschen zu sein. Wir haben den Kampf für ein neues Leben mit Idealen geführt und haben neue Gebiete für Frauen geschaffen. Daher werden kein Angriff und kein Hindernis uns daran hindern, eine freie Welt zu schaffen und in dieser zu leben.

(…) ♦

Ohne Unterstützung von USA und EU hat die Türkei weder die Möglichkeit, nach Süd-Kurdistan einzudringen, noch Operationen durchzuführen

Die Vernichtungspolitik soll fortgesetzt werden

Rojhat Laser (ANF)

Auszüge aus einem Interview mit Cemil Bayık (KCK-Exekutivrat), erschienen in der Firat Nachrichtenagentur ANF am 10.10.2009

Vor Kurzem war der 12. Jahrestag des 9. Oktober 1998, an dem das internationale Komplott begonnen hatte. Können Sie uns zusammenfassen, wie Ihr Kampf gegen dieses Komplott aussah und welche Resultate es gebracht hat?

Allem voran möchte ich das gegen unseren Vorsitzenden durchgeführte internationale Komplott verurteilen. Es war zwar gegen den Vorsitzenden Apo gerichtet, hatte jedoch die kurdische Befreiungsbewegung zum Ziel und war die größte Verschwörung in ihrer Geschichte. Fast alle Staaten dieser Welt hatten ihre Finger mit im Spiel. Es war also ein Komplott des kapitalistisch-imperialistischen Systems gegen unsere Bewegung.

Einige arabische Schriftsteller nannten unseren Vorsitzenden den „zeitgenössischen Selahattin Eyyûbi“[1]. Wenn verstanden wird, warum er so genannt wurde, kann auch verstanden werden, warum die internationalen Mächte ihn als so großen Feind betrachteten. Sie hatten Angst, ihre kollaborierenden Säulen im Mittleren Osten würden kippen, wenn der Befreiungskampf – angeführt von unserem Vorsitzenden – und die Idee des Mittleren Ostens auf der Grundlage der Geschwisterlichkeit der Völker nicht verhindert werden würden. Daher war das Ziel des Komplotts, Apos Bestrebungen einer alternativen Herangehensweise zu zerschmettern und dafür zu sorgen, dass keine alternative Kraft im Mittleren Osten existiert. Die Türkei wurde für dieses Komplott nur vorgeschoben. Die eigentlichen Exekutoren waren die USA, Großbritannien und Israel. Die EU wie auch andere Staaten wurden von ihnen mit ins Boot genommen. Eine weitere Absicht des Komplotts war die Verhinderung strategischer Veränderungen auf ideologischer, politischer und methodischer Ebene. Denn offensichtlich hätten Apo und die von ihm angeführte Bewegung hierdurch an Kraft gewonnen. Schließlich haben sie es nicht schaffen können, die in der Bewegung verwirklichten ideologischen, theoretischen und strategischen Erneuerungen zu stoppen. Allein dieser Aspekt offenbart, wie stark die Auswirkungen dieser Novitäten sowohl innerorganisatorisch als auch nach außen hin ausstrahlten. Also können wir sagen, dass das internationale Komplott genau an dieser Stelle ins Leere lief, da es unsere Bewegung geschafft hat, eine gesunde strategische Veränderung zu vollziehen. Denn das hatte ja verhindert werden sollen. Also trachteten Apo und auch unsere ganze Bewegung danach, eben diese geplante Eliminierung der Bewegung abzuwehren. Was taten wir? Wir erneuerten sie in vieler Hinsicht und gewannen dadurch an Stärke auf ideologischer, organisatorischer, politischer und auch militärischer Ebene. In Anbetracht dieser Entwicklungen und der gewonnenen Kraft sind wir an dem Punkt angelangt, die Lösung der kurdischen Frage als ein „Muss“ auf die Tagesordnung der Türkei gebracht zu haben.

Vor einigen Tagen kündigten Sie eine neue Bewertung der einseitigen Waffenruhe Ihrer Bewegung vom 13. April 2009 an. Sie wollten sich zu den jüngsten Entwicklungen und dem aktuellen Stand äußern. Welche konkreten Resultate für die Lösung der kurdischen Frage haben Sie nun in den vergangenen sechs Monaten durch diese Waffenruhe erreichen können?

Das ist richtig, unser Exekutivrat gab in den vergangenen Tagen bekannt, sich zur immer noch andauernden einseitigen Waffenruhe zu äußern und sie neu zu bewerten. Es sind die Politik und die Praxis der Türkei, die uns dazu zwingen. Die aktuelle Praxis in der Türkei weckt nicht nur bei uns und der kurdischen Bevölkerung Bedenken, sondern auch diejenigen Menschen mit Gewissen sind ebenfalls enorm besorgt. Viele von ihnen haben ihre Besorgnisse auch offen ausgesprochen.

Die gegenwärtig von den internationalen Mächten entwickelte Kurdenpolitik bezweckt, die Türkei zur Akzeptanz der Existenz der Kurden und zu einigen geringfügigen Zugeständnissen zu bringen. Parallel dazu ist aber auch die Eliminierung der PKK vorgesehen. Das heißt, eine Kurdenpolitik ohne die PKK. Die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei gegen die Kur-

Fußnote: (1) Als kurdischstämmiger „Sultan Saladin“ hochangesehener Mythos der muslimischen Welt; unter seiner Führung wurde im 12. Jhdt. Jerusalem von den Kreuzfahrern zurückerobert.

den ist zusammengebrochen. Die PKK hat eine Waffenruhe ausgerufen und den türkischen Staat in die Ecke gedrängt. Das kapitalistische System hat aufgrund dessen seine Unterstützung dieser gescheiterten Politik zurückgezogen und sich einer neuen Herangehensweise an die kurdische Frage zugewandt.

Dies setzte die Türkei selbstverständlich noch stärker unter Druck. Sie musste zwangsweise die Existenz der Kurden anerkennen – wenn auch nur theoretisch. Sie war also zu einer Politik gezwungen, die vorgeblich die Lösung der kurdischen Frage anstrebt. Die Leugnungspolitik, die keine politische Legitimität mehr besitzt, musste restauriert werden. Und zwar mit kleinen Schritten. Somit sollte die Leugnungspolitik eine neue Legitimität erhalten und auf dieser Grundlage eine neue Kurdenpolitik aufgebaut werden. In der Mentalität des türkischen Staates jedoch gibt es keine Veränderung. In der Vernichtungs- und Leugnungspolitik haben sich lediglich Methode und Art und Weise verändert. Die in der nahen Zukunft zu erwartenden kleinen Schritte und „Entwicklungen" sollten jedoch als politische Argumentation gesehen werden, die als Schminke das eigentliche Gesicht dieses neuen Eliminierungskonzeptes vertuschen soll.

Die nun sechsmonatige einseitige Waffenruhe hat augenscheinliche Entwicklungen mit sich gebracht. Lassen Sie uns das zuerst aus Sicht des Staates, der Regierung betrachten. Statt das Problem mit demokratischen Mitteln zu lösen, versuchen sie sich als wirklich lösungswillig darzustellen. Dies ist ohne Frage eine Irreführung mit dem Ziel, Zeit und somit die Initiative zu gewinnen. Nun haben offizielle Regierungskreise sogar offen bekannt, dass sie die Absicht haben, die PKK zu eliminieren. Erst sagten sie „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage", anschließend „Projekt der demokratischen Öffnung". Das Niveau wurde immer weiter nach unten gezogen; schließlich hieß es dann „Projekt für die nationale Einheit". Dass sie nun das Wort „Kurden" nicht einmal mehr in den Mund nehmen, zeigt ihr nicht wirkliches Lösungsinteresse. Zuvor hatten sie das Problem bis Ende 2009 gelöst haben wollen. Anschließend wurde es eine Phase mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen. Somit hat ihre Strategie auch ein Gehäuse bekommen.

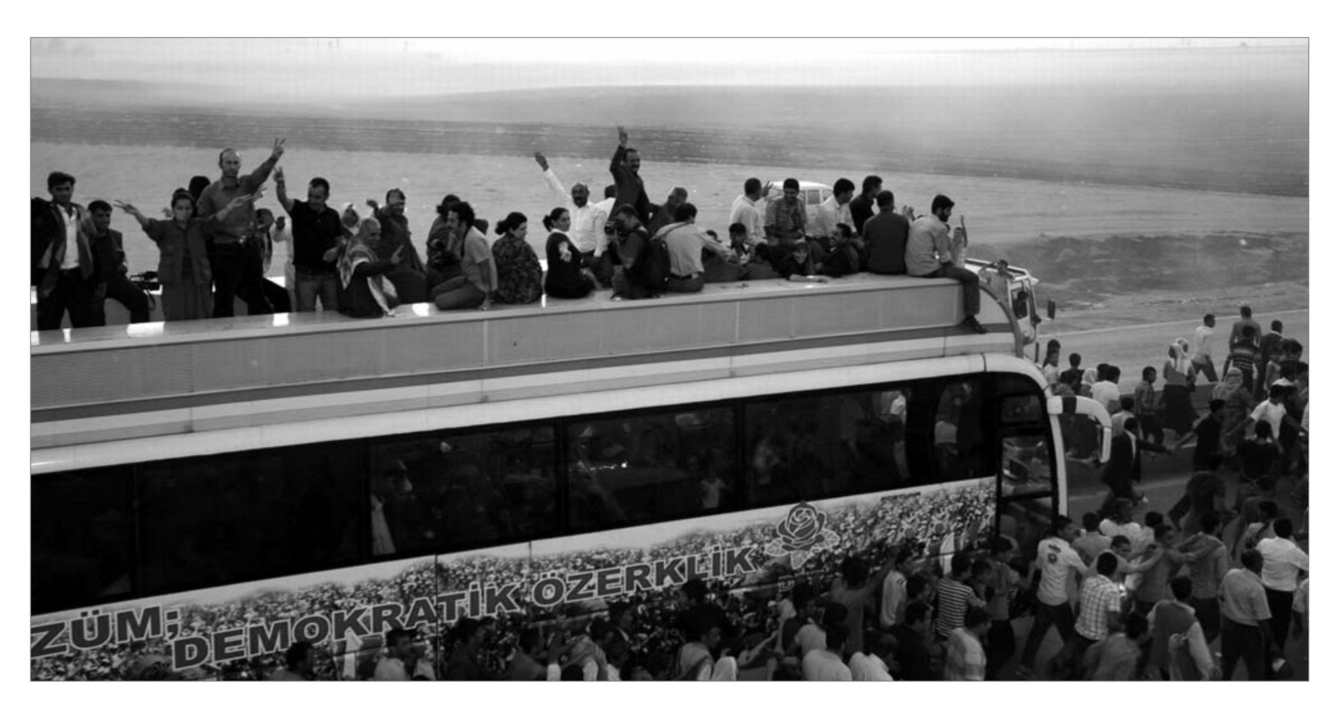
In den letzten Monaten dauerten die militärischen Operationen ununterbrochen an. Der Generalstabschef erklärte, sie würden so lange kämpfen, bis „niemand mehr übrig" bliebe. Dabei sind in den vergangenen Monaten ca. 65 Guerillas getötet, ca. 1 000 Personen aus der legalen Politik festgenommen, 400 von diesen verhaftet worden. Einen enormen Anstieg gibt es bei den Repressionen gegen Kinder und Jugendliche zu verzeichnen, die an Veranstaltungen, Demonstrationen und Protesten teilnehmen. Um die Familien einzuschüchtern, damit sie an den Serhildans [*Volksaufständen*] nicht mehr teilnehmen, werden Kinder verhaftet und zu sehr hohen Haftstrafen verurteilt. Ein immenser Druck wird auch auf kurdische Institutionen und Einrichtungen ausgeübt. Legale Zeitungen werden permanent geschlossen und verboten. Psychische und ebenso physische Folter gegen unseren Vorsitzenden halten weiterhin an. So wurde beispielsweise auch die von ihm geschriebene Roadmap bis heute nicht herausgegeben. Kurdische Kultur, Geschichte und Landschaften werden mit Staudämmen, Bomben und Brandstiftung beschädigt und vernichtet. Es wurde offen erklärt, dass die Verfassung, die das Resultat des faschistischen Militärputsches vom 12. September 1980 ist und auf der Grundlage des kulturellen Völkermordes an Kurden aufgebaut ist, nicht verändert wird. Nicht zuletzt wurden nun Verfahren gegen Abgeordnete der *Partei für eine demokratische Gesellschaft* DTP eingeleitet und es heißt, dass sie durch die Polizei zwangsweise zum Verhör gebracht werden müssten. Obwohl sie Abgeordnetenimmunität besitzen, sollen sie trotzdem vorgeführt werden. Vor einigen Tagen wurde im Parlament das Mandat für die grenzüberschreitenden Militäroperationen nun zum dritten Mal verlängert. All diese aufgezählten Punkte zeigen noch mal konkret die wirklichen Absichten der türkischen Regierung und des türkischen Staates. Ich denke, jeder normale Mensch mit einem Gewissen wird klar erkennen, dass diejenigen, die die genannten Maßnahmen unterstützen und durchziehen, in keiner Weise eine Lösung des Problems beabsichtigen.

Einer der größten Gewinne dieser Phase ist, dass abgesehen von dieser Haltung des türkischen Staates und der Regierung, die einen Lösungswillen vermissen lassen, die Mehrheit der türkischen Bevölkerung offen eine demokratische Problemlösung vorbringt. Auch türkische Mütter sprechen sich offen gegen diesen ungerechten und schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk aus und fordern seine Beendigung.

Wir sind an dem Punkt angelangt, an dem die einseitige Waffenruhe nicht mehr aufrechterhalten werden kann

Sowohl die Äußerungen Erdoğans nach seinem USA-Besuch als auch die Rede des Generalstabschefs in Nusaybin, als er sagte: „Wir werden Öcalan und die PKK niemals als Ansprechpartner anerkennen. Wir werden ihnen niemals vergeben. Der Krieg wird weitergehen, bis der letzte Terrorist ausgelöscht wurde. Wo ein PKKler gesehen wird, wird er auf der Stelle eliminiert.", zeigen deutlich, dass Regierung und Staat mit der PKK weiterhin die Leugnung und Vernichtung des kurdischen Volkes anstreben. Alles deutet darauf hin, dass die bis heute gültige einseitige Waffenruhe so nicht mehr weitergehen kann. Offensichtlich kann es nur dann weitere Entwicklungen geben, wenn die Waffenruhe auf beiden Seiten herrscht. Für den Staat und die Regierung bedeutet Demokratie eine „Demokratie ohne Kurden". Natürlich kann es dann keine sein. Es ist daher nötig, dass der Wille der Kurden anerkannt wird, dass demokratische Gespräche eingeleitet werden. Nur dann kann es weitergehen. Alle sollten in diesem Rahmen Druck auf den Staat ausüben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen deutet alles auf Krieg und Vernichtung. Wenn es dann zu spät ist, wird der Krieg nicht verhindert werden können.

Auch zu Beginn dieser Phase schon hatten wir gesagt, dass der erste Ansprechpartner, der eine umfassende



Die Friedensgruppe aus Mahmur und den Kandil-Bergen wurde von Zigtausenden freudig empfangen und auf ihrem Weg begleitet Foto: DIHA

und grundlegende analytische Rolle spielen kann, unser Vorsitzender Abdullah Öcalan auf Imralı ist, und: „Wenn Ihr sagt, das geht nicht, dann stellen wir uns zur Verfügung, der Vorstand dieser Bewegung." Wenn auch das nicht klappt, kann es die DTP sein. Und zu guter Letzt sagten wir, dass es im schlimmsten Fall, wenn all diese Optionen nicht anerkannt werden, eine Kommission von „Weisen" sein kann, um die Gespräche zumindest zu beginnen. Ein Dialog ist unbedingt notwendig. Ohne den ist eine Lösung unmöglich. Nirgendwo auf der Welt sind Probleme ohne Dialog gelöst worden. Nur durch einen Dialog können gegnerische Fronten den Krieg stoppen. Daher ist es nicht sinnvoll zu sagen: „Ich werde mit niemand in den Dialog eintreten, der sich gegen mich auflehnt. Die sollen erst die Waffen niederlegen." Wir möchten ausdrücken, dass diese Annäherungsweise keine Lösung bringt, und dazu aufrufen, die Methode zu ändern. Außerdem möchten wir unterstreichen, dass ernsthafte Schritte von türkischer Seite in den kommenden Wochen von großer Wichtigkeit sind. Ansonsten wird die Lage sicherlich nur noch kritischer werden.

Sollten die Roadmap unseres Vorsitzenden herausgegeben und seine Haftbedingungen verbessert werden, sollte der Staat davon abgehen, demokratische legale Politik in der Türkei zu verhindern, dann werden damit auch die Diskussionen für eine demokratische Lösung angetrieben werden können. Wenn der Wille des kurdischen Volkes anerkannt wird, die Bereitschaft zum demokratischen Dialog entsteht und eine beidseitige Waffenruhe erklärt wird, dann wird die von uns begonnene Phase ohne Frage weiterhin andauern. Aber lassen wir mal beiseite, was geschehen würde, wenn all dies wirklich klappte; denn die repressive Politik hält an und so lange wird unsere Bewegung, auch wenn sie es wollte, die einseitige Waffenruhe nicht mehr fortsetzen können. Daher wird sie zur Neubewertung gezwungen sein, und bestimmte Beschlüsse zu fassen. Verantwortlich hierfür werden nicht wir sein, sondern der türkische Staat und alle diejenigen, die ein Auge zudrücken gegenüber dieser Vernichtungspolitik.

Die kommenden Wochen sind sehr wichtig. In den kommenden Wochen werden wir das Verhalten der Regierung und des Staates beobachten und uns in diesem Rahmen entscheiden. Aber die bisherigen ausgesandten Signale und Geschehnisse sind nicht besonders hoffnungsvoll. Eher sehen wir große Gefahren vor uns. Kriegsgefahren.

Die Äußerungen der AKP-Regierung und auch die des Staatspräsidenten Abdullah Gül zur Lösung der kurdischen Frage haben sich sehr gewandelt. Noch vor zwei Monaten gab es sehr positive Aussagen. Nun nicht mehr. Auch Ihr Vorsitzender drückte in den Gesprächen mit seinen Anwälten seine gewachsene Skepsis aus. Was meinen Sie, warum wird die Roadmap nicht herausgegeben?

Generalstab und AKP konnten die Einflüsse dieser Roadmap vorhersehen. Daher haben sie unverzüglich gehandelt und Vorkehrungen getroffen. Es herrschte eine solche positive Atmosphäre noch vor der Roadmap, welche Auswirkungen hätte sie also, wäre sie der



Tausende säumen den Weg der Friedensbotschafter wie hier in Mardin Foto: DIHA

Öffentlichkeit zugänglich. Es gäbe noch schnellere und tiefere Entwicklungen. Denn das würde bedeuten, dass Apo und die PKK als Ansprechpartner angesehen werden. Dies würde eine Lösungsphase natürlich beschleunigen. Das würde bedeuten, dass Staat und AKP im Hinblick auf diese Entwicklungen die PKK nicht eliminieren und die Kurden nicht verleugnen und vernichten würden, und ihre neue Kurdenpolitik, gerade mit dem Ziel entwickelt, weiterhin zu verleugnen und zu vernichten, würde zunichte gemacht werden, noch bevor sie praktiziert werden kann. Für den Erfolg dieser neuen Politik musste verhindert werden, dass die Roadmap von Öcalan an die Öffentlichkeit gelangt. Das wurde vom *Nationalen Sicherheitsrat* beschlossen. Die Roadmap wurde analysiert und es wurde überlegt, wie sie ins Leere laufen gelassen werden kann.

Die Antwort auf die Roadmap lautete: sie nicht an die Öffentlichkeit zu lassen, militärische und auch politische Operationen zu intensivieren. Um diese Roadmap zu neutralisieren, wurden Konsultationen mit einigen rückständigen Staaten des Mittleren Ostens, den USA, der EU und kurdischen Kollaborateuren ausgeweitet. Mit deren Unterstützung sollte die von uns eingeleitete demokratische Lösungsphase sabotiert werden. Mit der Roadmap wären wir heute einer Lösung schon sehr viele Schritte näher. Ihr Zurückhalten transportierte die Botschaft: „Wir erkennen weder euch, das kurdische Volk, noch euren Willen an."

Somit hat unser Vorsitzender Apo, unter diesen harten Bedingungen, wie vermutet und erwartet, seine ihm zufallende Rolle, Mission und auch Verantwortung für eine demokratische politische Lösung übernommen und praktiziert. Der türkische Staat war es also, der dem keine gebührende Antwort gab. Die Türkei ist es, die seit einigen Monaten überall eine „Öffnung in der kurdischen Frage" verlauten lässt, dass sie das Problem lösen will und dabei Unterstützung sucht. Bis jetzt jedoch ist von ihr kein Lösungsprojekt zu sehen. Obwohl ihr die ungelöste kurdische Frage viele Nachteile verschafft und Schaden zufügt. Hätte die Türkei also ernsthaft das Ziel einer Lösung, gäbe es auch ein entsprechendes Projekt.

Sowohl unser Vorsitzender und die PKK als auch die kurdische Bewegung haben aufgrund ihrer Verantwortung ihr eigenes Projekt offengelegt. Der türkische Staat verhindert sogar, dass es an die Öffentlichkeit kommt. Selbst schafft er keines und das, was zur Verfügung gestellt wird, wird verhindert. Dass die Roadmap Öcalans nicht ausgehändigt wurde, zeigt ganz deutlich, dass der türkische Staat keine wirkliche Absicht und auch kein Interesse an einer Lösung der kurdischen Frage hat. Nur diejenigen ohne Gewissen und diejenigen, die unter dem Einfluss der Vernichtungs- und Leugnungspolitik der Türkei stehen, können das übersehen.

Das durch die Niederlage im südkurdischen Zap-Gebiet ziemlich erschütterte Militär hat im türkischen Parlament die erneute Verlängerung der Genehmigung für grenzüberschreitende Operationen beantragt. Was wird Ihre Haltung im Falle erneuter Zustimmung sein?

Der Widerstand von Zap [*Anfang 2008*] hat das Prestige des türkischen Militärs ziemlich ramponiert und dessen Selbstvertrauen angegriffen. Damals kam es sogar zum ersten Mal vor, dass das Militär kritisiert und von den Generälen Rechenschaft gefordert wurde. Die Unterstützung der türkischen Bevölkerung für das Militär nahm ab und die Menschen begannen, vieles zu hinterfragen. Neben diesen Entwicklungen auf militärischer Ebene zeigten die Kommunalwahlen vom 29. März auf der politischen Ebene, dass die PKK nicht eliminiert werden kann und der Krieg seinen Sinn verloren hat. Den Menschen wurde klar, dass dieser Krieg die Türkei eine ganze Menge hat verlieren lassen. Ihnen wurde immer bewusster und sie begannen auch, offen darüber zu reden, dass die Lösung des Problems im Dialog liegt. Daher ist der von den *Volksverteidigungskräften* HPG im Zap geleistete Widerstand von großer Bedeutung. Wegen des Prestigeverlustes war es für

das Militär und die Generäle nicht leicht zu verdauen. Sie suchten nach Auswegen aus diesem Schlamassel. Sie suchen nach Gelegenheiten, um sich für Zap zu rächen.

Mit der Erklärung vom 13. April hat es unsere Bewegung geschafft, die Lösungsphase einzuleiten. Leider jedoch müssen wir miterleben, wie das Militär seitdem offen, aber auch versteckt diese Phase sabotiert und zu verhindern versucht. Das Militär bevorzugte weiterhin die Eliminierung durch Krieg.

Der türkische Generalstab will mit der Verlängerung des Mandats für weitere grenzüberschreitende Operationen ihre neue Politik verankern und alle auf die eigene Seite ziehen. Denn eigentliches Ziel ist die Eliminierung der PKK. Sollte das gelingen, würde dann auch die Verleugnung und Vernichtung aller Kurden aus allen vier Teilen Kurdistans erneut möglich werden. Die Verlängerung soll Druck machen bei den Süd-Kurden, dass sie bei der Eliminierung der PKK mitspielen. Die Botschaft lautet: „Macht mit, wenn ihr nicht auch zerquetscht werden wollt.“ Obwohl diese Verlängerung den Anschein erweckt, es ginge nur gegen die PKK, so ist es im Kern eine Kriegsverlängerung gegen alle Kurden.

Die Erlaubnis für grenzüberschreitende Operationen bedeutet Intensivierung des Krieges

Direkt im Anschluss an seine Rückkehr aus den USA erklärte Erdoğan, er wolle die Verlängerung im Parlament beantragen und abstimmen lassen. Dies zeigt uns, dass er die erwartete US- und EU-Unterstützung bekommen hat. Also wurde im Rahmen bestimmter Vereinbarungen eine Übereinkunft über die Eliminierung der PKK getroffen. Denn ohne die Unterstützung von USA und EU hat die Türkei weder die Möglichkeit, nach Süd-Kurdistan einzudringen, noch Operationen durchzuführen. Ebenfalls klar ist, dass sie außer der demokratisch-politischen Lösung der kurdischen Frage nichts anderes mehr machen kann. Entweder wird sie das Problem anpacken und lösen, oder sie wird weiterhin auf ihren Kriegs- und Eliminierungsplänen beharren. Die Türkei versucht aktuell, ihrer zusammengebrochenen Kurdenpolitik eine neue legitime Fassung zu bauen. Deshalb sucht sie die Unterstützung aus dem eigenen Land und die aus dem Ausland. Sollte sie das schaffen, wird sie auf militärischer Ebene aktiv die Eliminierung der PKK betreiben. Daher wird also offensichtlich, dass sie für ihre neue Politik eine gewisse Unterstützung erhalten hat. Deshalb bedeutet die Verlängerung des Mandats für grenzüberschreitende Operationen, den Krieg gegen die PKK und die Kurden erneut zu intensivieren, und das heißt wiederum, dass die Vernichtungs- und Leugnungspolitik in der kurdischen Frage fortgesetzt werden soll.

Wie auch 2007 der Krieg intensiviert wurde, so wird auch dieses grüne Licht des Parlaments für grenzüberschreitende Operationen zu einem großen Krieg führen, dessen Schmerzen sehr groß sein werden. Auch damals schon sollte die Freiheitsbewegung zerquetscht werden. So wie damals ist auch heute dieser Beschluss gefallen, die Frist wurde verlängert.

Ohne Verfassungsänderung keine Lösung der kurdischen Frage

Solange die Verfassung bezüglich der ethnischen Identität nicht neutral ist, wird die verfassungsmäßig verankerte Staatsbürgerschaft keine andere Bedeutung haben, als diese Verleugnung weiterhin zu verdecken. Natürlich wird es ein weiterer Schritt zur Lösung der kurdischen Frage sein, wenn die Verfassung eine neutrale Konstitution für ethnische Identitäten ist und in diesem Sinne auch eine verfassungsmäßige Staatsbürgerschaft beinhaltet. Dennoch baut die Türkei heute immer noch auf einer Mentalität auf, die nichts anderes als „ein Volk“ akzeptiert. Und die AKP unterstützt das.

Solange sich die gegenwärtige Verfassung nicht ändert, wird die kurdische Frage nicht gelöst. Die AKP begründet dies mit dem Vorwand, die Zahl ihrer Sitze reiche für eine Verfassungsänderung nicht aus. Es ist reine Demagogie zu behaupten, sie könnten die Verfassung nicht ändern, keine muttersprachliche Bildung legitimieren, von der „Ein-Volk”-Politik nicht ablassen, oder die Kurden nicht als Gesprächspartner anzuerkennen und dann zu sagen, es sei Separatismus, wenn die Kurden ihre demokratischen Institutionen etablieren.

Wird man denn nicht fragen, wozu eine Verfassungsänderung dienen soll, wenn alles abgelehnt wird? Sagen wir mal, Deine Sitze würden für eine Verfassungsänderung ausreichen, bitte welche Veränderungen hast Du denn dann vor?

Wenn die AKP ehrlich bleibt, es eine neutrale Verfassung gibt, die alle Identitäten umfasst, wenn es das Recht auf muttersprachliche Bildung gibt, die kurdische Kultur die gleichen Möglichkeiten besitzt wie auch die türkische und wenn regionale Institutionen, die die demokratische und politische Repräsentation der Kurden darstellen, akzeptiert werden, erst dann kann von einer Lösung geredet werden.

Schöne, aber demagogische Worte von der AKP

Mit dem Öffnungsprojekt spricht die AKP davon, dass Unterschiede eine Bereicherung seien. Für einen demokratischen und modernen Staat sei in erster Linie Respekt gegenüber den Unterschieden erforderlich. Das sind nur schöne Worte, nichts anderes als Demagogie. Die AKP spricht von Verschiedenheiten, erkennt aber nicht die selbstverständlichsten Rechte der Kurden an. Auch Staatspräsident Gül äußerte sich mit den Worten: „Muttersprachlichen Unterricht fordern, sich dafür einsetzen, dass die kurdische Identität verfassungsrechtlich gesichert wird, und die Kurden als Gesprächspartner für die Lösung der Frage ernst nehmen.“ Jedoch wird ein Kurde, der dies ausspricht, des Separatismus beschuldigt. Dies offenbart natürlich, dass die Annäherungsweise der AKP keinen Unterschied zu der von Armee oder CHP macht. Nur bei den Methoden sieht man Unterschiede. Die AKP hat keine konkreten Projekte zur Lösung der kurdischen Frage. ♦

Von Regierungsseite bisher keinerlei konkrete Erklärung zu elementaren Rechten und Freiheiten

Kein Platz für Kurden im „nationalen Konsens“ der AKP

Gültan Kışanak, DTP-Parlamentsabgeordnete aus Diyarbakır

Aufgrund der langjährigen Auseinandersetzungen in der Türkei um die kurdische Frage keimte nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 Hoffnung auf Frieden.

Trotz jeglicher Behinderungen konnte die *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) dabei einen großen Erfolg erringen, was insbesondere durch die 99 gewonnenen Kommunen in der kurdischen Region zum Ausdruck kam. Dagegen verlor dort die mit allen möglichen Mitteln staatlich unterstützte *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (AKP) deutlich an Stimmen. Die ehemals als sogenannte AKP-Hochburgen geltenden Provinzen Van und Siirt mussten diesmal an die DTP abgegeben werden.

Die Tatsache, dass die DTP zunächst aus der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 erfolgreich hervorging, mit 20 Abgeordneten im Parlament eine Fraktion bildete und die Kurden bei den Kommunalwahlen einen weiteren erfolgreichen Tag erlebten, bot Gelegenheit für Frieden und eine Lösung.

Die *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans* (KCK) gab in ihrer Lageanalyse direkt nach den Kommunalwahlen bekannt, dass sie für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage sei – unter Verwendung demokratischer Mittel. Anschließend verkündete sie, keinerlei bewaffnete militärische Aktionen durchzuführen.

Kurd(inn)en sowie jegliche Demokrat(inn)en aus der Türkei gingen daraufhin davon aus, dass sich der Prozess in einer konstruktiven Weise weiterentwickeln werde, der politische Wille der Kurden diesmal berücksichtigt werden würde, der Frieden herbeigeführt werden könne.

Die Äußerung des Staatspräsidenten Abdullah Gül „Es werden positive Dinge geschehen“ verstärkte die Hoffnungen umso mehr.

Darauf gab die AKP-Regierung den Startschuss für ein Projekt unter dem Namen „Öffnung“. Schauen wir uns kurz die seit April eröffneten Diskussionen und die Geschehnisse seitdem an, erkennen wir, dass sich augenscheinlich keine „positiven Dinge“ ergeben haben:

Bei den polizeilichen Operationen gegen die DTP wurden mehr als 1 000 Personen in Gewahrsam genommen, 320 davon verhaftet und inhaftiert. Darunter sind 3 aus der DTP-Spitze, die Sprecherin des Frauenrats, Parteiratsmitglieder, 3 Stadtverwaltungsbedienstete, der Ratsvorsitzende der Provinz Diyarbakır sowie ehemalige Bürgermeister/-innen. Die Offensive gegen die Provinz- und Bezirksverwaltungen sowie Kommunen der DTP geht weiter.

Der Gesetzeslage zum Trotz, nach der Parlamentsabgeordnete in der Türkei Immunität besitzen, laufen weiter gerichtliche Untersuchungen gegen fünf DTP-Abgeordnete (Ahmet Türk, Emine Ayna, Selahattin Demirtaş, Sebahat Tuncel sowie Aysel Tuğluk). Da das Gericht sich letzen Endes für eine „zwangsweise Vorführung vor Gericht“ entschieden hat, wird nun davon ausgegangen, dass die Abgeordneten zum Verhandlungstermin am 29. Dezember unweigerlich in den Gerichtssaal gebracht werden können. Wenngleich die AKP-Regierung über diese seit einem Jahr anhaltende Krise gut informiert ist, hat sie dagegen bisher nichts Rechtes unternommen. Weder reichen die seit einigen Tagen lancierten Formeln aus, das Problem zu lösen, noch erweckt die AKP-Regierung den Eindruck, es angemessen anzupacken.

Das der *Partei für eine demokratische Gesellschaft* angehängte Verbotsverfahren wird völlig an den politischen Trend gebunden und jeden Augenblick wie ein Ass im Ärmel bereitgehalten. Auf diese Weise wird die DTP genötigt, vor dem Hintergrund eines drohenden Verbots Politik zu betreiben bzw. zu schweigen. Letztendlich sind wegen des DTP-Kongresses vom 4. Oktober 2009 Ermittlungen aufgenommen worden.

Mittlerweile wurden dem Parlament bisher 258 Ermittlungsprotokolle zum Zwecke der Aufhebung der Immunität der DTP-Abgeordneten eingereicht. Daneben bestehen mehrfach verhängte Haftstrafen für Bürgermeister/-innen der DTP, außerdem stehen noch zahlreiche Gerichtsurteile aus.

Während der politische Druck auf die DTP zunimmt, werden die militärischen Operationen fortgesetzt, was unumgänglich zu Zusammenstößen mit der Guerilla führt.

Die nun von einer „Öffnung“ sprechende und sich mit all dem nicht abfindende AKP-Regierung hat dem Parlament kürzlich ein Bewilligungsersuchen vorgelegt, um den türkischen Streitkräften die Möglichkeit zu Angriffen auf die *Autonome Region Kurdistan* im Irak einzuräumen. Mit den Stimmen von AKP, CHP und MHP wurde dort am 6. Oktober 2009 eine grenzüberschreitende Militäroperation bewilligt.

Die Genehmigung des einerseits gegen die territoriale Integrität des Irak gerichteten und andererseits in der kurdischen Frage Beharren auf dem Kriege bedeutenden Mandats wurde lediglich von der DTP abgelehnt.

Bei der Betrachtung all dieser Entwicklungen wird man feststellen, dass „positive Dinge" nicht vorkommen.

Was zuvor als „kurdische Öffnung" gepriesen worden war, wandelte sich um in eine „demokratische Öffnung" und ist hinterher als „Projekt des nationalen Konsens" definiert worden. Regierungsvertreter/-innen versäumen dabei nicht, bei jeder Gelegenheit zu akzentuieren, dass dies ein staatliches Projekt sei.

In der politischen Literatur der Türkei trägt die Definition „nationaler Konsens" die Bedeutung einer Klammer um die offizielle staatliche Politik. Diese sich seit über 80 Jahren nicht verändernde Politik war auf der Verleugnung und Vernichtung der Kurden errichtet worden. Gemäß der offiziellen Ideologie gab es keine Kurd(inn)en. Jede in der Türkei lebende Person war schlicht ein Türke oder eine Türkin. Eine kurdische Sprache gab es nicht und deren Anwendung war demnach verboten. Wer sich gegen diese Politik auflehnte, wurde zum Schweigen gebracht.

Hier wirft sich nun die Frage auf, was die AKP-Regierung mit einem „Projekt des nationalen Konsens" denn eigentlich meint? Verlässt die Republik Türkei nun ihre auf der Verleugnung der Kurden aufbauende Politik?

Schauen wir uns die Entwicklungen an, sehen wir, dass die Verleugnungspolitik von kurdischer Seite zunichte gemacht worden ist. Trotz des ganzen Drucks, der Einschüchterung und Assimilationspolitik hat das kurdische Volk es erreicht, seine Identität und Sprache heute zu verteidigen. Es hat an organisiertem, politischem Gewicht gewonnen und bei den Wahlen seinen Willen gezeigt. Gegen die Vernichtungspolitik haben die Kurden einen großen Widerstandskampf geführt.

Im gegenwärtigen Stadium erfährt die auf der Verleugnung der Kurden errichtete Staatsideologie einen gewaltigen Bruch. Natürlich wird dies auch das von Neuem zu schaffende „Projekt des nationalen Konsens" beeinflussen. Sämtliche staatlichen Institutionen, einschließlich der türkischen Streitkräfte, haben von der Verleugnung der Kurden nun abgesehen.



In Urfa wird die Friedensgruppe auf einer Demonstration mit der Forderung an die türkische Regierung „Wir wollen unsere Roadmap" gegrüßt Foto: DIHA

Bloß das aufs Neue zu bildende „Projekt des nationalen Konsens" ist noch weit davon entfernt, die Kurden als ein Volk zu akzeptieren sowie ihre demokratischen Rechte anzuerkennen. Der Anspruch der Kurd(inn)en auf Bildung in der Muttersprache wird immer noch als separatistisch und als ein „Verrat am Vaterland" erklärt. Es wird unterstrichen, dass Kurdisch im nationalen Bildungssystem niemals seinen Platz finden werde. Es ist damit unübersehbar, dass man sich auch von der Gewöhnung an die „Vernichtungsklausel" der offiziellen Ideologie nicht abgewendet hat. Dies wird auch durch die Verhaftungswellen im DTP-Gefüge illustriert.

Trotz des KCK-Beschlusses zu militärischer Zurückhaltung werden die Militäroperationen der Streitkräfte fortgesetzt; die Verlängerung des Mandats zu grenzüberschreitenden Angriffen auf Irakisch-Kurdistan, Äußerungen vonseiten der türkischen Streitkräfte wie „Wir werden sie suchen, finden und bis zum Letzten auslöschen" und diese Art Bemerkungen noch verteidigende Aussagen aus der AKP zeigen deutlich, dass am „Vernichtungs"-Konzept festgehalten wird.

Eine weitere Besonderheit der aktuellen Phase ist das politische Kalkül der AKP. Die Regierung nutzt die Erwartungen der Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit an den Frieden als politisches Rüstzeug aus.

Auf der anderen Seite versucht sie, gewissermaßen einen Fehlschluss zu erzeugen, indem sie so tut, als ob sie Schritte in Sachen Rechte der Kurden unternehme. Es hat indessen von Regierungsseite keinerlei konkrete Erklärung zu elementaren Rechten und Freiheiten gegeben.

Einerseits wird versucht, die DTP durch Verhaftungswellen außer Gefecht zu setzen, und andererseits wird die AKP wiederum in der Öffentlichkeit als eine Partei verkauft, welche darum bemüht sei, sich für Demokratie und Freiheiten einzusetzen. Auf diese Weise rechnet die AKP damit, in den nächsten Wahlen der DTP Stimmen stehlen zu können.

Die kurdische Frage ist nicht als ein innenpolitisches Spiel zu lösen. Aus diesem und weiteren genannten Gründen wird das von der AKP begonnene Projekt um einen nationalen Konsens die kurdische Frage keineswegs bewältigen.

Die Kurden werden in der nächsten Phase in Bezug auf demokratische Rechte und Freiheiten eine neue Etappe des Engagements starten. ♦

Das Problem kann mit dem „kurdischen Modell" gelöst werden

Ohne PKK und Öcalan wird es keine Lösung geben

Selim Zafer, ANF 22. Juli 2009

Die Türkei hat die letzten drei Monate intensiv die Lösung der kurdischen Problematik diskutiert. Für das Entstehen dieser Diskussionen spielte die Rede des Staatspräsidenten im Mai eine große Rolle. Zweifellos ist es wichtig, dieses bedeutendste Thema des Landes und der Region umfassend auf die Tagesordnung zu setzen und zu erörtern. Denn es müssen sich nun eine Logik und eine Mentalität herauskristallisieren, mit denen dieses zum gordischen Knoten gewordene Problem auf einem sinnvollen Weg, mit sinnvollen Methoden, einer vernünftigen Herangehensweise und Entschlossenheit gelöst werden kann.

Die Diskussion bedeutet nicht, das Problem gelöst oder verstanden zu haben. Die endgültige Lösung gäbe es dann, wenn die geführten Diskussionen einen langfristigen Frieden mit sich brächten und so die verdiente Geltung erhielten. Denn Diskussionen, die keine Lösungen liefern, sind in den Sand gesetzt.

Vor allem müssen das Problem klar benannt, Quelle, Ursachen und historische Hintergründe aufgedeckt werden: Das Problem ist die kurdische Frage und seine Quelle liegt rund 200 Jahre in der Vergangenheit. Seit dem Baban-Aufstand im Jahre 1806 bis zur Gründung der PKK rebellierten die Kurden 30 Mal gegen den Status quo im Mittleren Osten und leisteten Widerstand.

Sie trotzten den seit 1789 im Schatten der Französischen Revolution entstehenden Nationalstaaten und leisteten Widerstand gegen das im Mittleren Osten entstehende Nationalstaatsmodell (Stichworte: Sykes-Picot 1916, Balfour 1917, Kairo 1920, Lausanne 1924, Ankara-Pakt 1926). Während diese Aufstände brutal niedergeschlagen wurden, erlebte das kurdische Volk Verleugnung, Invasion, Ausbeutung, Assimilation und kulturellen Genozid. Es wurde das erste Mal im 20. Jahrhundert aufgeteilt, Kurdistan dem türkischen, arabischen, persischen Nationalstaat überlassen.

Zweifellos gaben die Kurden eine Antwort darauf, doch konnten sie sich schweren Niederlagen nicht widersetzen. Das kurdische Gebiet, die Kultur, Geschichte, Tradition, Sprache und Wirtschaft wurden komplett geraubt. Das westlich-kapitalistische System nahm dabei weder Rücksicht auf das kurdische noch auf die regionalen Völker (türkisch, arabisch, persisch). Für das im eigenen Namen geschaffene Nationalstaatsmodell wurden die Kurden und Kurdistan in dem Bewusstsein, sie später gebrauchen zu können, förmlich als Geiseln genommen.

Das Kurdenproblem, eine Bombe mit brennender Lunte

Es ist offensichtlich, dass sich keinem der in der Region ansässigen Völker ein Anteil an der momentanen Lage der Kurden und Kurdistans zuweisen lässt – dies kann ja auch nicht sein. Aber die Staaten machen die Völker zu Handlangern bei der Unterstützung ihrer dreckigen Politik. Die kurdische Frage stellt für den Westen eine Zündschnur dar, die für seine Profite im Mittleren Osten bei Bedarf angezündet wird.

Es gibt also eine Kurdenproblematik und es ist bekannt, woher sie stammt. Vor allem ist uns bewusst, dass sie dem Desaster Kurdistans und des kurdischen Volkes den Weg geebnet hat. Zehntausende Tote, verbrannte und zerstörte Dörfer, Millionen Verbannte, Hunger, Arbeitslosigkeit, Ungewissheit, Kriegsprofite, soziale Katastrophen sind heute immer noch akut. Die Kurdenproblematik hält sich mit der PKK seit 30 Jahren mit „einer Kriegsführung niedriger Intensität" auf der Tagesordnung. Der politische Ausdruck dessen ist dann „Krieg". Wenn wir uns die ökonomischen Daten anschauen, erkennen wir deutlich die schlechteste Wirtschaftslage seit dem 2. Weltkrieg. 400 Milliarden US-Dollar wurden für den Krieg ausgegeben. Die Wirtschaftsleistung ging um 14 % zurück.

Wie wird das Problem gelöst?

Das wird in den türkischen Medien intensiv diskutiert und es scheint, als ob es eine Zeit lang auf der Tagesordnung stehen wird. Die Diskussionen beschränken sich jedoch auf das Resultat und seine Auswirkungen. Ursachenforschung wird immer noch klein geschrieben in diesen Debatten. Wenn die Frage nach der Lösung auftaucht, dann liegen plötzlich verschiedene Modelle in der Luft. Nicht zuletzt versuchte man, durch die Thematisierung des „Modells Algerien" die Lage unübersichtlich zu machen.

Kurdisches Modell

Die Modelle werden von denen untersucht, die auch für eine Lösung stehen. Aber diese Modelle werden niemals so übernommen wie vorgegeben. Als Herr Karayılan [*KCK-Exekutivratsvorsitzender*] das „Modell Schottland" ins Spiel brachte, war die Empörung plötz-

lich sehr groß in der Türkei. Wenn die kurdische Seite Vorschläge macht, muss das nicht bedeuten, dass sie 1:1 aufgenommen werden müssen. Wenn ein gewichtiges Problem existiert und wir es lösen wollen, dann ist es von Vorteil, Beispiele für bereits gelöste Fälle zu betrachten, da sie uns allen bedeutende Erfahrungsgrundlagen liefern werden. Während diejenigen auf der Seite der Lösung und des Friedens sich erfolgreiche Modelle anschauen, wollen die auf der Gegenseite immer wieder ungelöste und verzwickte Modelle im Gespräch halten.



Demonstration in Mardin „Das Volk ist bereit für den Frieden, und Sie?" Foto: DIHA

Wenn die Entscheidung über die Lösung gefallen ist, sollte als Grundsatz die politische Dialektik gelten: „Alle Lösungen liegen in sich selbst verborgen." Die Kurdenproblematik wird mit dem „kurdischen Modell" gelöst und dieses werden die Konfliktparteien zustande bringen. Daher lasst uns zu einer neuen Analyse übergehen: Dieser Konflikt besitzt zwei Seiten. Die eine ist der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan. Eine Lösung, in der die PKK und Öcalan nicht enthalten sind, wird keine Lösung sein. So wie Spanien die Baskenproblematik mit der ETA, England das Irlandproblem mit der IRA zu lösen hat, so wird der türkische Staat die kurdische Frage mit der PKK und Öcalan lösen können und müssen.

Auf der türkischen Seite ist kein Wille zu erkennen

Aus dem Grunde scheint es mir nicht sehr sinnvoll, Lösungsmodelle zu diskutieren, ohne dabei eine minimale Herangehensweise für das Problem an sich zu haben. Die kurdische Seite hat unter der Führung Öcalans am 15. August auf der Basis der „Roadmap zur Lösung der Kurdenproblematik" Lösungskraft und -willen und ihren Mut zur Versöhnung aufgezeigt und deklariert. Es gab in den eigenen Reihen Übereinkünfte über Verhandlungspartner und über mögliche Lösungsansätze. Jedoch ist es schwer, von der türkischen Seite dasselbe zu behaupten. Ich bin der Meinung, dass es von Vorteil wäre, wenn diese sich – jetzt ein paar Tage vor dem Jahrestag des Lausanner Vertrags – der Sache etwas verantwortungsvoller nähern würde. Die USA erkennen den Vertrag von Lausanne und die darin festgelegten geografischen bzw. politischen Grenzen nicht an. Für die USA gelten die 14 Artikel Wilsons[1]. Von diesen sind 8 verwirklicht und der Rest nicht. Wenn man sich den Irak und Südkurdistan anschaut, muss man nicht unbedingt hellsehen können, um die Pläne dahinter zu erkennen.

Historische Chance

Die kurdische Frage kann schnell auf den Tisch der internationalen Mächte kommen. In dem Falle können weder Türken noch Kurden die Kraft zum Widerstand aufbringen. Öcalan, der selbst Opfer des internationalen Komplotts wurde, versucht seit 1993 mit großer Selbstlosigkeit, diese Spielchen unwirksam zu machen. Im Rahmen mehrmaliger Waffenstillstände ging er öfter Schritte, um von sich aus die Bereitschaft für eine Lösung darzustellen. Er ist bestrebt, diesen anvisierten großen Plan ins Leere laufen zu lassen. Wir werden in kurzer Zeit sehen, ob die Türkei den Willen und die Entschlossenheit zur Zerstörung der begonnenen Lösungsphase zeigt. Öcalan hat, indem er ein historisches Risiko auf sich nahm, seine Führungskraft bewiesen. Die Lösung und der Frieden verlangen starken Willen und Kraft. Bekanntlich ist der Frieden schwerer als der Krieg zu schaffen. In diesen Tagen, in denen die Kurdenproblematik so häufig diskutiert wird, ist es von Vorteil, die Angelegenheit auch einmal aus diesem Blickwinkel zu betrachten.

Um es auf den Punkt zu bringen, wie es der große Volksdichter Yunus Emre sagte: „Egal was du suchst, suche es bei dir. Suche es weder in Mekka noch in Medina ..."

Wenn der türkische Staat aufrichtig an der Lösung dieses Problems interessiert ist, dann darf er sie nicht in Washington, Brüssel, Erbil, Teheran oder Damaskus suchen. Adresse, Ort und Ansprechpartner dieses Konflikts sind klar. Wenn die Türkei die Kraft und den Mut aufbringt, alles zu erkennen und die notwendigen Schritte einzuleiten, dann wird die „Roadmap" Öcalans, die vom türkischen Staat immer noch nicht herausgegeben worden ist, eine historische Chance darstellen. Die am 24. Juli 1923 gegründete Republik würde dann schließlich nach 86 Jahren in die „demokratische Republik" einlenken, ihre fehlenden bzw. unvollständigen Seiten vervollständigen und so zum „Modell-Land" aufsteigen. ♦

Fußnote:
(1) 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 als Grundzüge für eine Friedensordnung für das Europa nach dem Ersten Weltkrieg: Es enthielt u. a. die allgemeine Forderung nach dem unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der betreffenden Bevölkerungen wie der jeweiligen Regierungsansprüche, daneben, das damalige Osmanische Reich betreffend, die Sicherheit des Lebens und die ungestörte Gelegenheit zur selbständigen Entwicklung für die Nationalitäten unter türkischer Herrschaft.

Diskussionen um eine Lösung der kurdischen Frage

Eine Chance, die in die Geschichte eingehen wird

Sebahat Tuncel, DTP

Die Diskussionen um eine Lösung der kurdischen Frage haben das Spektrum der Politiker verlassen und Künstler, einfache Arbeiter, Manager und auch, obwohl sie daneben ausreichend andere Sorgen haben, die Arbeitslosen erreicht. Die letzten 30 Jahre politischer Geschichte der Republik Türkei wurden sowohl national als auch international als eine „Sicherheitsmaßnahme" dargestellt. Verschleiert hat diese „Sicherheitsmaßnahme" die Assimilations- und Unterdrückungspolitik der Regierung.

Als Zeuge unzähliger Völker und Kulturen ist das kurdische Volk in der mittelöstlichen Region eines der ältesten. Gefangen in den Grenzen der Türkei, Syriens, des Irak und des Iran haben die Kurden eine Zahl von 40 Millionen erreicht und stellen damit heute das größte Volk dieser Welt ohne eigenen Staat dar. Trotz der Fortschritte im nördlichen Irak bzw. im südlichen Kurdistan mit der „Autonomen Region Kurdistan" ist das alltägliche Leben der Kurden geprägt vom Widerstand gegen die gewaltvolle Unterdrückung – nicht mehr im Irak, aber im restlichen Kurdistan. Jedoch können die Erfolge, die in Südkurdistan erzielt worden sind, nicht von Dauer sein, wenn der Frieden nicht in allen Teilen Kurdistans hergestellt werden kann. Wegen des hohen Anteils an kurdischer Bevölkerung (ca. 20 Millionen) ist für einen dauerhaften Frieden insbesondere die Lage in der Türkei von enormer Bedeutung. Trotz allem wird im türkischen Parlament die Planung der Operationen gegen die PKK außerhalb und innerhalb der Grenzen diskutiert. Die AKP an der Spitze, gefolgt von CHP und MHP, tut alles Mögliche, um Operationen zu verwirklichen und somit auch Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Unsere Partei, die DTP, lehnt das natürlich ab, genauso wie die PKK, die mehrfach einen Waffenstillstand ausrief. Diese Umstände zeigen, dass es keinen wirklichen Frieden im Mittleren Osten geben wird, wenn die kurdische Frage nicht gelöst ist.

Seit der Entstehung der Republik Türkei sind die Kurden der Unterdrückungs- und Assimilationspolitik unterworfen, die trotz des zahllosen Widerstands der Kurden immer noch ausgeübt wird. Die Verfassung der Türkei besagt, dass jeder Bürger im Lande Türke und jede in der Türkei gesprochene Sprache Türkisch ist, dabei werden andere Kulturen und Sprachen (wie Kurdisch, Armenisch usw.) außer Acht gelassen. Die „Eine-Sprache-eine-Nation"-Politik der Türkei dauert von 1924 bis heute an. Verschärft wurde diese Vorgehensweise vorerst in den 1960er und 1970er Jahren und ihren Höhepunkt erreichte sie mit dem Militärputsch Anfang der 1980er. Es wurde versucht, die verschiedenen Völker im Land, wie Assyrer, Aramäer, Tscherkessen, Araber, Lasen u. v. m., aufzulösen und zu türkisieren – teilweise sogar mit Erfolg.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die PKK, d. h. die PKK ist nicht, wie die Türkei es darstellt, der Grund für die kurdische Frage. Sie ist lediglich das Ergebnis der kurdischen Frage.

Die 1990er Jahre waren die gewaltvollsten Jahre der kurdischen Geschichte, zumindest seit der Entstehung der Republik. Ergebnis war, dass 4 000 kurdische Dörfer geräumt und teilweise niedergebrannt worden sind, die erzwungene Flucht von ca. 4 Millionen Kurden, der Tod von zigtausenden Zivilisten und 17 000 ungeklärte Morde, wobei solche Morde von ähnlichen Organisationen wie „JITEM" geplant und durchgeführt worden sind. Derartige Untergrundorganisationen wurden auch vom Staat unterstützt. Heute stehen diese Organisationen unter dem Namen „Ergenekon" vor Gericht und verraten Wahrheiten über die Politik und das Militär sowie andere wichtige Informationen, die die Kurdenfrage betreffen.

Das kurdische Volk antwortete in seiner Geschichte mit großen Widerstandsaktionen auf die Gewalt- und Unterdrückungspolitik. Während das Volk Widerstand leistet, nimmt die Anzahl jugendlicher und weiblicher Guerillas zu.

Seit 30 Jahren führt man einen namenlosen Krieg

Zunächst verfolgte die PKK die Strategie des unabhängigen Kurdistan, in dem die Probleme der in den verschiedenen Teilen Kurdistans lebenden Kurden gelöst werden sollten und ein „gemeinsames Leben" angedacht war. Die Lösung der kurdischen Frage auf dem Wege der Demokratie änderte diese Strategie zu einer Lösung innerhalb der bestehenden Grenzen. Als Ergebnis wäre der Krieg beendet und der Frieden erreicht. Dafür sind jedoch folgende Voraussetzungen zu erfüllen: Die Kurden müssen als ein Volk anerkannt werden, dessen Identität, Kultur und Sprache unter dem Schutz der Verfassung und der Justiz stehen. Diese Voraussetzungen sind leider sehr umstritten und kritisch, da die Türkei den Forderungen

des kurdischen Volkes nicht nachgeben will und dies als Teilung des Landes darstellt. Der türkische Staat lehnt sie ab, da es dem Verständnis der „Eine-Sprache-eine-Nation“-Politik widerspricht. Und das, obwohl die PKK mehrmals vorgeschlagen hat, die Waffen niederzulegen und einen demokratischen Weg einzuschlagen – im Falle der Verwirklichung der Forderungen des kurdischen Volkes.

Mit den Wahlen im Juli 2007 haben die Kurden die Chance ergriffen, im Parlament ihre demokratischen und freiheitlichen Forderungen auf den Tisch zu legen. Den nächsten Erfolg erzielte man bei den Kommunalwahlen am 29. März dieses Jahres. Die DTP hat hierbei die Möglichkeit, einerseits mit der Leitung der Kommunen dem Volk ernsthaft auf lokaler Ebene zu dienen und andererseits den Forderungen des kurdischen Volkes nach Identität, Kultur und Sprache nachzugehen, diese niemals aufzugeben und zu schützen. Einen solchen Status hat das Volk durch die Wahlergebnisse verdeutlicht. Auf die Mitteilung des Volkes hat die PKK reagiert und, um die Bedingungen während und nach der Wahl zu vereinfachen, am 13. April die Waffenruhe angekündigt. Um eine endgültige Lösung der Kurdenfrage zu finden, hat Herr Abdullah Öcalan, welcher sich seit mehr als 10 Jahren in Einzelhaft befindet, eine Roadmap entworfen und dem türkischen Staat übergeben, indem die kurdische Frage auf dem Wege der Demokratie und des Friedens gelöst werden soll. Dabei hat er zahlreiche Schriftsteller, zivilgesellschaftliche Organisationen und Politiker direkt und indirekt angesprochen, Vorschläge abgegeben und seine Ansichten verdeutlicht. Somit ist eine gute Möglichkeit für die Türkei entstanden, sich zu entwickeln.

Wahrscheinlich zum ersten Mal wurde nicht das Problem, sondern die Lösung besprochen. Das Spektrum der Diskussionen um die Lösung überholt Politiker und Parlament, erreicht die Arbeitenden, von Akademikern bis hin zu Reportern und anderen, aber auch Jugendliche und Frauen. Dass ein solcher Grad erreicht ist, zeigt, dass Frieden im Lande gewünscht und notwendig ist. Das Zusammenleben von Kurden und Türken, vor allem das Ende der Operationen in den kurdischen Gebieten wird verlangt. Die Erstellung einer zivilen, demokratischen Verfassung hat sich zu einer Hauptforderung entwickelt.

Damit es zum Frieden kommt, müssen die Zuständigen dies von Angesicht zu Angesicht klären. Als Vertreter der kurdischen Bevölkerung wurde in den meisten Kreisen Herr Öcalan vorgeschlagen, denn Frieden kann fast immer nur durch Vertreter beschlossen werden, wofür es Beispiele auf der Welt gibt. Als Lösung schlagen wir die von Herrn Öcalan entworfene Roadmap vor; ebenfalls ist die Veröffentlichung der Roadmap von großer Bedeutung, damit sie andere Verantwortliche erreicht und von diesen berücksichtigt werden kann. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen sehen wir die AKP-Regierung auf der Seite derer, die gegen eine Lösung der kurdischen Frage sind.

Die Entwicklungen nach den Kommunalwahlen vom 29. März und das, was die AKP zunächst als „kurdische Öffnung“, dann als „demokratische Öffnung“ und anschließend als ein „Projekt der nationalen Einheit“ bezeichnet hat, sind das Ergebnis der demokratischen und freiheitlichen Bemühungen des kurdischen Volkes. Das Wichtige daran ist, dass das kurdische und das türkische Volk ihre Ansichten zur kurdischen Frage laut geäußert haben. Aus diesem Grunde ist das eine Chance, die in die Geschichte eingehen wird, einen ernsthaften Frieden herzustellen, wenn die Verantwortung von der Politik übernommen wird und Risiken eingegangen werden. ♦



„Seid willkommen, ihr Kämpfer für Frieden und Demokratie“ – Demonstration der Jugend in Silopi Foto: DIHA

Der Aufbau von Wirtschaftskooperativen in Kurdistan

Damit wir ohne den Staat unsere eigene Produktion haben

Interview mit Hamza Büyüktas und Mustafa Doğrul

Im Rahmen des demokratischen Konföderalismus ist der zunehmende Ausbau eines wirtschaftlichen Kooperationswesens in Kurdistan geplant. In diesem Zusammenhang sollen sowohl allgemeine Bevölkerungs- als auch spezielle Jugendkooperativen entstehen. Hamza Büyüktas (*Demokratischer Gesellschaftskongress*, DTK) und Mustafa Doğrul (*Patriotisch-Demokratischer Jugendrat*, YDG) sind in die Vorbereitungen eingebunden.

Was ist der Sinn hinter der Idee, Kooperativen mit der Bevölkerung aufzubauen?

Hamza: Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus, der in der Gesellschaft, in der wir leben, noch nicht besteht. Im Gegenteil sind bei uns der Feudalismus und der Kapitalismus sehr stark verbreitet. Wir verstehen die Kooperativen zum einen als einen Ausweg aus den ökonomischen Schwierigkeiten – sprich, wir schaffen den Leuten Arbeitsmöglichkeiten und verbessern die wirtschaftliche Situation. Der zweite wichtige Punkt ist, dass wir in den Kooperativen eine Bildungsarbeit leisten und die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen durch Bildung verändern.

Was kann man sich unter Kooperativen vorstellen? Mehr handwerkliche Betriebe in den Städten oder landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften?

Hamza: Neben den bisher bestehenden Kooperativen, die es in der Region hier gibt, haben wir geplant, zwei oder drei Modellkooperativen zu gründen, und wir diskutieren noch, wie das Ganze ablaufen soll. Ein Modell davon ist ein Ökodorf, wo alles auf ökologischen Kriterien beruhen soll. Bei dem ökologischen Dorf ist die Idee, dass wir 100 interessierte Familien aussuchen und ein Dorf hier in der Nähe gründen – also gar nicht weit von der Stadt. Dieses Dorf wird ganz neu aufgebaut. Es sollen neue Häuser sein, die auch nach ökologischen Kriterien errichtet werden. Sie sollen wie die früheren Dorfhäuser aus Lehm und Holz bestehen in Verträglichkeit mit der Umwelt. Es könnten dann Reis und Weizen angebaut werden.

Gäbe es denn Interesse bei den Familien hier?

Hamza: Wir haben Stadtteile, da ist die Armut sehr hoch. Wir [*die DTP; die Red.*] haben da zwar 80 % der Stimmen bekommen, aber aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation und der hohen Armut gibt es dort sehr viel Gewalt gegen Frauen. Wir haben überlegt, z. B. 100 Familien aus so einem Stadtteil für dieses Projekt auszusuchen. Wichtig ist anfangs erstmal, dass wir nicht etwas produzieren, um es zu verkaufen, sondern dass die Familien für sich selbst wirtschaften, für ihr eigenes Auskommen. Das ist alles noch in der Diskussion, deshalb kann ich noch nicht so viele Details dazu sagen.

Ihr befindet Euch ja noch im Vorbereitungsprozess. Gibt es auch Anregungen von außerhalb?

Hamza: Also wir haben jetzt auf dem „Mesopotamischen Sozialforum" auch die Möglichkeit gehabt, viele Kontakte zu knüpfen mit Leuten aus Südamerika und aus Europa. Wir konnten uns austauschen, wie dort Kooperationsarbeit funktioniert, und wir werden jetzt auch nachforschen, ob es im Rahmen der türkischen Gesetze irgendwelche Möglichkeiten für diese Arbeit gibt. Wichtig ist uns auch die ideologische Arbeit, damit wir nicht, wenn wir jetzt mit unserer Arbeit anfangen, in fünf oder zehn Jahren auch wie kapitalistische Firmen werden und selbst anfangen, unsere Menschen hier auszubeuten.

Es gibt schon seit sehr vielen Jahren Überlegungen über die Rückkehr der Vertriebenen in die Dörfer. Es gab da auch schon Programme, die – soweit ich weiß – nicht sehr gut angelaufen sind. Gibt es da Überlegungen, diese Programme zu verbinden mit den Kooperativen?

Hamza: Zu Beginn haben wir uns auch mit GÖC-DER ausgetauscht. GÖC-DER ist ein Verein, der die Vertriebenen unterstützt und die planen auch schon seit Längerem ein Dorfrückkehrerprojekt. Es ist natürlich wichtig, dass das Ganze nicht nur ein politisch symbolisches Projekt ist, sondern dass bei der Rückkehr auch schon Infrastruktur existiert. Da hinzugehen, wenn einfach nichts da ist, das funktioniert natürlich nicht. Wir haben uns mit GÖC-DER ausgetauscht, aber es gibt noch kein konkretes Projekt der Zusammenarbeit.

Nun speziell zu den Jugenddörfern. Wie unterscheiden sich die Jugend-

dörfer von den allgemeinen Kooperativen, von denen wir gerade gesprochen haben?

Mustafa: Also diese Jugenddörfer haben auch was damit zu tun, wieder aufs Land zurückzugehen. Wir wollen Räume schaffen, wo wir tätig sind als Jugend. Damit wir ohne den Staat unsere eigene Produktion haben, unsere eigenen Dinge erzeugen und davon leben können. Wir werden uns in Räten organisieren als Basis für die Jugenddörfer.

Einerseits gibt es die Projekte in den Dörfern mit Feld- und Landarbeit und dann soll es aber auch Projekte in den Städten geben mit einem Kooperationssystem, um dort Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Idee des Kooperationswesens wird auch vom KONGRA-GEL unterstützt. Es entspringt dem Verständnis des Demokratischen Konföderalismus und soll als Räteprinzip organisiert werden, damit sich alle dort einbringen können.

Warum gerade Jugendliche?

Mustafa: Der Staat benutzt viele Mittel, um die Jugendlichen von sich selbst zu entfremden, und das wollen wir eben nicht tun. Wir haben viele arbeitslose Jugendliche, die sich den ganzen Tag Mafiasendungen im Fernsehen anschauen. Diese Jugendlichen versuchen dann, dem nachzueifern. Es gibt hier Probleme mit Jugendbanden und Drogenabhängigkeit.

Gibt es schon Vorstellungen über die Finanzierung?

Mustafa: Sowohl bei den Stadt- als auch bei den Dorfprojekten wird sich die Finanzierung aus unserer eigenen Produktion ergeben. Es soll auch ein Spendensystem geben. Wenn irgendwo Überschuss produziert wird, kann der an andere Kooperativen weitergegeben werden. Die Kooperativen, die in den Städten aktiv sind, können sich auch mit Geldspenden daran beteiligen. Wir müssen uns gegen die Angriffe des Staates auch ökonomisch verteidigen können. Wir wollen auf keinen Fall abhängig vom Staat sein, auch was das Geld angeht.

Was gibt es für Strukturen in den Jugenddörfern? Gibt es eine Orientierung an der Kibbuzbewegung?

Mustafa: Sicher können aus den Erfahrungen der Kibbuzbewegung Elemente übernommen werden. Wie Ihr wisst, sind 5 000 Dörfer entvölkert worden, und wir wollen das wieder neu beleben. Alle sind in die Städte geflohen und jetzt sind vor allem wir, die Jugendlichen dieser Familien, den ganzen negativen Ausflüssen des Kapitalismus ausgesetzt. Um uns von dem Schmutz des Kapitalismus zu trennen, planen wir unsere Projekte.

Aber es geht doch nicht nur um die Ökonomie, sondern auch darum, alte und familiäre Strukturen zu durchbrechen und eine andere Form von Zusammenleben unter den Jugendlichen zu etablieren?

Mustafa: Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus, und da sind gewisse Dinge notwendig, dafür brauchen wir unsere Dörfer. Wie die Projekte in Israel Kibbuz heißen, können wir sie uns hier als „freie Dörfer“ vorstellen. ♦



Gemeinsames Transparent der kurdischen Jugend und der Berliner Antifa auf dem Amed-Camp Foto: DIHA

Im Mittelpunkt der Restaurierung des Mittleren Ostens stehen die Kurden und Kurdistan

USA – EU – Kurdistan: Außenmächte, von der Vergangenheit bis heute

Günay Aslan

Wir können das Kurden- und Kurdistanproblem nicht unabhängig von den USA und den globalen Profitinteressen in der Region betrachten. In diesem Rahmen darf es auch nicht unabhängig von der Politik der EU und Russlands gesehen werden.

Allem voran liegt Kurdistan im Herzen des Mittleren Ostens. Kurdistan ist der Brennpunkt der Politik des Mittleren Ostens, Eurasiens und der USA, auch wenn es auf die Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt ist. Wie in der Vergangenheit tragen die Kurden und Kurdistan einen großen Anteil an der Dynamik in der Region und deren Auswirkung auf die globalen Profitinteressen. Daraus rührt, dass die Kurden und Kurdistan ein internationales Interesse erfahren bzw. dass dieses Problem internationalen Charakter hat.

Aufgrund des Status quo, der vor mehr als hundert Jahren in der Region erstellt wurde und heute seinem Zerfall entgegensieht, waren die Kurden lange Zeit der „Gefangenschaft“ ausgesetzt. Bei dem Leid, das sie ertragen mussten, spielt der Status nach dem 1. Weltkrieg eine große Rolle.

Der Mittlere Osten stellt aus seinen wirtschaftlichen, geografischen, historisch-strategischen und kulturellen Besonderheiten förmlich die Basis für das globale Gleichgewicht seit ca. 100 Jahren dar. Immer dann, wenn Umbrüche des Status quo im internationalen Maßstab anstehen, wird die Basis dafür in unserem Gebiet, im Mittleren Osten, gelegt. Leider sind diese Umbrüche für uns immer begleitet von Blutvergießen. Die Bestandteile sind Blut und Tränen.

Die mit Afghanistan beginnende und über den Iran, Türkei, Irak, Syrien, Jordanien, Palästina, Saudi-Arabien, Ägypten, Jemen und Israel reichende Umstrukturierung der Region schafft neue Perspektiven. Da Kurdistan innerhalb der Türkei, Irans, Iraks und Syriens liegt, bildet es den Brennpunkt dieser Umbrüche.

Die Unterdrückung Kurdistans nach den Weltkriegen

Die nach dem 1. und dem 2. Weltkrieg zum Opfer der neuen geopolitischen Lage gewordenen Kurden und Kurdistan befinden sich in einer sensiblen Position in diesem globalen Prozess, dessen Ziel es ist, einen neuen Status quo herzustellen. Aber diesmal scheint es nicht so, als könne man sie wieder zu Opfern machen.

Der hundertjährige Widerstand der Kurden hat wichtige Veränderungen mit sich gebracht und mit der Globalisierung hat das kurdische Volk neue Chancen bekommen. Das kurdische Volk und Kurdistan wurden nach dem 1. Weltkrieg auf der Lausanner Konferenz von England und Frankreich viergeteilt. Auf der Konferenz von Jalta nach dem 2. Weltkrieg wurde Kurdistan Opfer der Herrschaftsrivalität zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager.

Im Prozess des Kalten Krieges wurde die Aufgabe, Kurdistan zu bändigen, dem NATO-Mitglied Türkei zugeteilt. Die Türkei hat während des Kalten Krieges ihre Politik nicht nur gegen die eigenen Kurden, sondern gegen alle Kurden der Region praktiziert. Die despotischen Regime Iran, Irak und Syrien, die genauso rassistisch gegenüber den Kurden sind, wurden von der Türkei bewacht. In der Rivalität des kapitalistischen und des sozialistischen Blocks wurde der Widerstand der Kurden zum Opfer unsauberer Machenschaften. Manchmal waren es die USA, manchmal auch Russland: Beide haben den Widerstand des kurdischen Volkes für ihre eigenen Profitinteressen ausgenutzt. Die Kurden wurden viele Male betrogen.

Jedoch ist diese Periode nun abgeschlossen. Im Mittelpunkt der Restaurierung des Mittleren Ostens stehen die Kurden und Kurdistan. Das wird auch lange Zeit so bleiben, weil es unumgänglich ist. In Süd-Kurdistan formt sich eine kurdische Regierung, die internationale Anerkennung genießt. Im Iran, in der Türkei und in Syrien zerstören die Kurden den Status quo, öffnen neue Wege und nehmen auf der internationalen Bühne ihren Platz ein.

Kurdistan hat im globalen Prozess eine geopolitische Stellung gewonnen. Nach dem Einbruch des sozialistischen Lagers sind auch die Gleichgewichte des Kalten Krieges gekippt. Mit der Invasion im Irak wurde der Status quo des 1. Weltkriegs überwunden. Die regionalen Kriege stehen im Zusammenhang der neuen Konstellationen im Mittleren Osten und in Mittelasien. Die USA sind hier Vorreiter und möchten die Energietransportwege unter ihre Kontrolle bringen und in dem globalen Prozess ihre Weltdominanz aufrechterhalten.

Unter den für die Herausbildung neuer globaler Gleichgewichte wichtigen Mächten bilden die USA den Vorreiter. Sie werden dabei von bedeuten-

den Staaten wie Großbritannien, Israel und der EU beobachtet. Eigentlich möchte Europa eine aktive Rolle bei der Neuordnung der Region spielen, aber da es frontal gegen die USA keine Chance hat, nimmt es manchmal eine Position ein, die zumindest formal oppositionell zur US-Politik erscheint. Deutschland und Frankreich machen taktische Manöver, um ein größeres Stück vom Kuchen abzubekommen. Aber auch wenn es sich manchmal so darstellt, als ob es Unstimmigkeiten zwischen den USA und der EU geben würde, entspricht dies nicht der Wahrheit. Denn wir befinden uns in einer Phase, in der die wirtschaftliche Integration enorm fortgeschritten ist. Umso mehr besteht die Notwendigkeit für Übereinkünfte bei Widersprüchen. Den Rahmen, in dem auftauchende Widersprüche in der politischen Umsetzung im Mittleren Osten und in Asien frühzeitig abgeglichen werden, bildet die NATO.



Demonstration in Istanbul nach dem staatlichen Mord an der 13-jährigen Ceylan und dem 18 Monate alten Mehmet Foto: DIHA

Weil die USA und schließlich die EU genau wissen, dass allein repressives Vorgehen gegen die Kurden den Umstrukturierungsprozess in der Region ins Stocken bringen würde, wollen sie nun in dem neuen regionalen Konzept auch den Kurden eine Rolle geben. Aber diese zugedachte Rolle richtet sich nicht nach dem demokratischen Willen des kurdischen Volkes oder dem Selbstbestimmungsrecht, sondern orientiert sich am Nutzen der Kurden als neue Verbündete.

Dies ist eines der wichtigsten Probleme des neuen Prozesses. USA und EU erkennen einerseits die Kurden und Kurdistan an, andererseits jedoch wird versucht, deren Willen anzugreifen und schließlich zu brechen. USA und EU üben Druck auf die Kurden aus, damit diese ihre politische Ausrichtung verändern. Das ist inakzeptabel. Aber gleichzeitig wird auch die Fortsetzung der veralteten Kurdistanpolitik betrieben, die auf der Ideologie des Kalten Krieges beruht. Die Aufgabe der von den Kurden selbst betriebenen Politik muss es sein, eine zeitgenössische, aber unabhängige Perspektive anzubieten.

Neue Weltordnung

Die politischen, ökonomischen und militärischen Akteure des globalen Prozesses wollen auf unserer Welt viele Neuheiten schaffen: eine neue wirtschaftliche Ordnung (basierend auf der freien Marktwirtschaft), ein neues politisches System (basierend auf einer parlamentarischen Ordnung, mit Verantwortungsbewusstsein dem Volk gegenüber und von politischen Parteien getragen, die gegenüber der Bevölkerung eine demokratische Organisierungs- und Arbeitsstruktur aufweisen), ein neues Sicherheitssystem (das den globalen Terror vernichten und gegenüber heißen Konflikten schnell reagieren sowie sich außerhalb dieses Systems organisierende Kräfte – Oppositionelle – schnell unter Kontrolle bringen kann) und ein neues Sozialsystem (das gegen Armut und Ignoranz ankämpft, und das sich für Aufschwung und Aufklärung einsetzt).

Das Ziel des Umstrukturierungsprozesses, der ursächlich für den heutigen Aufruhr, die Kriege und die Konflikte ist, besteht darin, die freie Marktwirtschaft auf der ganzen Welt stabil zu installieren. Systeme zum Einsturz zu bringen, die den freien Lauf von Geld, Eigentum und Dienstleistungen verhindern. Regime und Kräfte, die Gewalt und Terror produzieren bzw. anti-demokratisch sind, zu vernichten: Ziel ist es also, die Weltherrschaft des freien Marktes zu errichten.

Diese Ziele kommen auch dem Interesse des kurdischen Volkes entgegen. Dieses erstrebt eine moderne und lebbare Welt. Außerdem möchte es ein angesehenes Mitglied der Weltbevölkerungsfamilie sein. Es kämpft für einen ehrenhaften Platz auf der neuen Welt, die erstellt werden soll.

Mit der neuen Etappe nach dem Kapitalismus, an der die Menschheit angekommen ist, wird auch die Epoche des Ausnutzens des kurdischen Volkes durch Staaten wie USA, Europa und Russland aufhören. Früher oder später werden neue Beziehungen zwischen dem kurdischen Volk und den genannten Ländern hergestellt werden, die auf Respekt beruhen. Den Außenmächten, die in der Vergangenheit die Kurden für die eigenen Profite ausnutzten, wird dies in der Zukunft nicht mehr möglich sein. Das demokratische Verständnis der Kurden, das täglich wächst, wird dies nicht erlauben. ♦

Aktuelle Entwicklungen im Ergenekon-Prozess

Eine Geschichte, welche die Türkei aufs Neue mit geschlossenen Augen zu deuten versucht

Uygar Gültekin

Eine breite Palette von Anschlägen, Attentaten und vereinzelten Provokationen, welche die jüngste Geschichte der Türkei kennzeichnen, kommt weiter ans Licht, indem im Ergenekon-Prozess Vorfälle wie die kürzlichen staatlichen Angriffe, etwa das Attentat auf die Zeitung „Cumhuriyet", diesmal zusammen verhandelt werden.

Der hoch komplexe Ergenekon-Strafprozess zeigt so allmählich, welchen Verlauf die Verhandlung nehmen wird. Zwischen Nebensächlichkeiten im Prozessverlauf, etwa ob der inhaftierte Alpaslan Aslan, der mit dem Anschlag auf den Staatsrat Schlagzeilen machte, geistig noch stabil sei, oder ob Yalçın Küçük mit seinem erhabenen Kopfschmuck überhaupt am Prozess teilnehmen dürfe, und zu guter Letzt das Kuriosum um Doğu Perinçek und die *Arbeiterpartei*-Anhänger, die mit ihren Protestwellen im Namen der „Verteidigung der Republik" Aufmerksamkeit erregen, versucht nun die Türkei, inmitten dieser Landschaft ihre jüngste Geschichte aufs Neue zu verstehen. Die Abenteuer um den Prozess, welcher die „Putschpläne" gegen die AKP-Regierung zur Enthüllung brachte, sorgten gleichzeitig für krisenhafte Momente im Obersten Richterrat.

3 Strafverfahren und 5 818 Seiten Anklagen

Die zeitweilig umfangreichste Ermittlung der Türkei tritt haufenweise mit Seiten an Anklagen sowie Beweisführungsanträgen ans Tageslicht.

Aus dem ersten Anklagedossier, welches insgesamt 2 455 Seiten umfasst, geht hervor, dass 86 Angeklagte – u. a. auch pensionierte Generäle – vor einem Schuldspruch stehen.

Die zweite Anklageschrift setzt sich dagegen aus 1 909 Seiten zusammen und befasst sich mit 56 Beschuldigten.

Die dritte Anklageschrift, bestehend aus 1 454 Seiten, konzentriert sich auf den ehemaligen Spezialeinheiten-Beauftragten Ibrahim Şahin sowie auf die Waffenfunde im Rahmen von Ergenekon.

Die in Vorbereitung stehende vierte Verhandlung um Ergenekon mit ihren zahllosen Anklageschriften, den massenhaften Seiten Dokumente, den prominenten Angeklagten, wie Generälen a. D., Lehrstuhlinhabern, Gewerkschaftlern, Volksvertretern usw., ist augenblicklich darum bemüht, voranzuschreiten.

Ermittlungen zu türkischen Streitkräften werden blockiert

Die bisherigen Verhandlungen und die fortlaufenden Untersuchungen haben zu wichtigen Themen wie den Verbindungen zu JITEM, dem geheimen Nachrichtendienst der türkischen Gendarmerie, oder der Ausdehnung des kriminellen Ergenekon-Netzwerks bis in die türkischen Streitkräfte hinein keinen befriedigenden Status erreicht.

Die Anklagerichter befragten die türkischen Armeevertreter, ob denn im Innern der Streitkräfte ein Ergenekon-Gefüge bestehe, worauf diese fluchtartig dementierten. Die Fragen bezogen sich auf eine rechtswidrige Struktur, innerhalb derer sich auch zahlreiches Armeepersonal befinden soll, das einen Entwurf für einen Putsch gegen die Regierung erarbeitet habe. Trotz dieser konkreten Vorwürfe konnten sich die Streitkräfte mit einem einzigen Dementi dem Prozess entziehen. Doch gerade die fortwährenden Gefängnisbesuche von Militärs bei den pensionierten Kollegen veranschaulichen gut, wo sich die Streitkräfte in diesem Fall positionieren. Die Bemerkung des Generalstabschefs Ilker Başbuğ in puncto „Auflösung der AKP" kreist noch im Gedächtnis. Başbuğ ist es kurioserweise möglich, die Ermittlungen gegen das Militär zu behindern, indem er den Ergenekon-Prozess als Versuch darstellt, die Streitkräfte aufzuzehren.

Kein erneuter Gerichtsprozess um Massenmorde

Die mit dem Prozess wieder erneut ins Bewusstsein getretenen Ereignisse wie die Massaker von Sivas und Gazi werden trotz Beweismaterialien und weiteren Dokumenten nicht einmal ansatzweise in die Klage einbezogen. Die Annahme, dass die Blutbäder seitens Ergenekon ausgearbeitet worden seien, legt den Ansatz nahe, dass die Morde an Hunderten Zivilisten durch den „tiefen Staat" erneut aufgerollt werden müssten.

An Kurden ausgeübte Straftaten werden kaschiert

Etwas, das auf den ersten Blick am kompletten Ergenekonverfahren sehr auffällt, ist die unerwartete Einstellung der Justiz gegenüber den Straftaten, welche in Kurdistan, d. h. gegen die kurdische Bevölkerung, verübt wurden. Die zweite Ergenekon-Anklageschrift, bezogen auf die im Zeitraum 2003–2004 geplante Putschaktion, hat beispielsweise über die ausgeübten Straftaten an den Kurden hinweggesehen. Angeklagte wie Levent Ersöz, dem eine Beteiligung an den Putschplänen zur Last gelegt wird, Arif Doğan, Veli Küçük sowie weitere Angeklagte, die insbesondere durch die in den 1990er Jahren begangenen Verschleppungen und durch die ungelösten Mordaktionen gegen Zivilisten aus den kurdischen Provinzen deutlich hervorstechen, werden überraschenderweise in der Anklageschrift nicht deshalb beschuldigt. Wenn auch beispielsweise hervorgehoben wird, dass der Urheber der Zeitung „Gündem", Musa Anter, durch staatliche Kräfte liquidiert wurde, werden bzgl. dieser Angelegenheit keinerlei Ermittlungen in Gang gesetzt.

In der zweiten Klageschrift wurde den Informationen des geheimen Zeugen Emek zur Ermordung Musa Anters und des DEP-Abgeordneten Mehmet Sincar ein Platz eingeräumt. Die auf Seite 322 auftauchenden Aussagen Emeks lauten folgendermaßen: Aus seinem mit Alattin Kanat geführten Gespräch hinsichtlich Ergenekon gab der Zeuge an, dass das Gebilde sehr groß sowie unantastbar sei. In der Organisation würden u. a. Personen von hohem Rang walten. Emek gab außerdem an, dass der unter dem Decknamen Yeşil bekannte Überläufer Mahmut Yıldırım berichtet habe, einige berühmte Persönlichkeiten und zugleich Leute wie [*der mutmaßliche JITEM-Gründer*] Veli Küçük fänden ihren Platz in dieser kriminellen Vereinigung. Des Weiteren gab Emek an, dass viele Morde an Personen mit vermuteter PKK-Verbindung auf das Konto des sogenannten „Sterne-Teams" gegangen seien. Diese Truppe bestand z. T. aus PKK-Überläufern und war laut Emeks Aussage auch für den Mord an Musa Anter verantwortlich. Das Gefüge habe auch teilweise, so Emek, illegal Geld bei kurdischen Geschäftsleuten eingetrieben. Finanziert habe sich das Gefüge durch diese Geldeintreibungen und selbstgegründete Gesellschaften. Emek war sich ziemlich sicher, dass Ergenekon in finanziellen Angelegenheiten keinerlei Probleme habe. Er unterstrich, dass die Organisation sich zu jeder Zeit und an jedem Ort massenhaft Geld, Waffen und Munition beschaffen konnte. Zudem behauptete er, dass die Organisation die Streitkräfte, die Polizei, die Politik, die Hochschulen, den türkischen Geheimdienst MIT und weitere staatliche Institutionen durchdringe. Seinen Aussagen zufolge seien sie sogar in den mittelasiatischen Turk-Republiken sowie in Europa – wie z. B. Deutschland, Schweiz und Griechenland – sehr gut organisiert. Außerdem gab er an, sie hätten auch Mehmet Sincar ermordet.

Das Kontraguerilla-Dokument von Turhan Çömez

In der zweiten Klageschrift wurden im Übrigen auch Turhan Çömez betreffende Akten zugelassen. In Bezug auf das Ergenekon-Schema gelangt man durch die Dokumente an essenzielle Informationen. Den Akten nach soll in den 1950er Jahren auf Wunsch der NATO ein „Sonderoperationsbüro" in der Türkei eingerichtet worden sein. Aus den Akten geht darüber hinaus hervor, dass der außer Dienst stehende General Hasan Kundakçı den JITEM-Mitarbeiter Cem Ersever für Kontraguerilla-Aktionen beauftragt habe. Des Weiteren geben die Unterlagen preis, dass diese Kontraguerilla-Einheit in zahlreiche Morde verwickelt gewesen sei. Aufgegriffene PKK-Militante habe man mit Foltermaßnahmen zum Sprechen gebracht und sich die Informationen für Kontraguerillaaktionen gegen die PKK zunutze gemacht. Im Dokument tauchen sogar die Codenamen der wichtigsten Personen aus Cem Ersevers Belegschaft auf: Mete Mahmut, Hakan, Çerkez Ethem, Testere, Yeşil (Mahmut Yıldırım). Den Akten zufolge soll dieses Team die Morde an Metin Can, Vorsitzender des *Menschenrechtsvereins* aus Elazığ, Dr. Hasankaya, Mehmet Sincar sowie an Musa Anter verübt haben.

In Bezug auf den Mordfall Musa Anter befanden sich in den Anhängen der ersten Anklageschrift ebenfalls belangvolle Dokumente. Erstaunlicherweise wurde der Fall jedoch keiner näheren Untersuchung unterzogen. Auch die übrigen über hundert Morde an kurdischstämmigen Staatsbürgern, die augenscheinlich von Kräften mit staatlichen Verbindungen verübt worden waren und die alle nachweislich in der Anklageschrift im Detail dokumentiert sind, wurden den Festgenommenen nicht zur Last gelegt.

Zur Erinnerung: der Susurluk-Fall

Der Mord an Mehmet Sincar wurde von Kutlu Savaş, dem damaligen Leiter der Inspektionsbehörde beim Ministerpräsidialamt, in einem Bericht erwähnt. In diesem [*offiziellen Bericht von 1998 zum Susurluk-Vorfall 1996*] wird deutlich, dass Alattin Kanat, Mesut Mehmetoğlu, İsmail Yeşilmen sowie Mahmut Yıldırım den Mord am DEP-Abgeordneten Mehmet Sincar gemeinsam geplant und ausgeführt hätten. Einigen Personen wie der DTP-Abgeordneten Sebahat Tuncel, die zu denen zählt, die auf der Top-Todesliste von Ergenekon standen, Pervin Buldan, der Ehegattin Savaş Buldans, sowie den Bezirksanwaltskammern wurde der Wunsch zur Teilnahme als Nebenkläger an der Gerichtsverhandlung nicht einmal gewährt. ♦

Der Verein Meya-Der stellt sich vor

Mesopotamischer Solidaritäts- und Kulturverein für die Familien, die Angehörige verloren haben

Aufgrund des seit 30 Jahren in Kurdistan herrschenden Krieges hat unser Volk großes Leid erlebt: Viele Menschen sind zu Opfern geworden; manche haben ihre Kinder, manche ihre Ehepartner, manche einen Teil ihres Körpers verloren. Um die Solidarität zwischen den Familien zu stärken und für Hilfe zu sorgen, war die Gründung einer Organisation erforderlich. In diesem Sinne sind die Familien zur Gründung des *Mesopotamischen Solidaritäts- und Kulturvereins für die Familien, die Angehörige verloren haben* (Meya-Der) zusammengekommen.

Grundpfeiler der Arbeiten sind:

– den Verbleib von Menschen zu erforschen, die in bewaffneten Auseinandersetzungen, durch Folter, Festnahmen und Morde sog. unbekannter Täter gestorben sind, und die Hintergründe zu klären;

– sich mit den Familien und Angehörigen solcher Familien zu solidarisieren und Unterstützung zu leisten;

– Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzubauen und weiterzuentwickeln; diese Beziehungen in Solidarität mit den und Unterstützung für die betroffenen Familien umzuwandeln;

– Forschungen für eine Statistik über die Verstorbenen, Behinderten, Verwundeten, Verschwundenen und deren Verbleib durchzuführen und diesbezüglich Kontakte zu entsprechenden Organisationen und Institutionen aufzubauen;

– soziale und wirtschaftliche Unterstützung für die Verwundeten und die erforderliche Arbeit für die Eingliederung dieser Menschen in die Gesellschaft zu leisten;

– für die Familien der Verstorbenen oder Verschwundenen Hilfseinrichtungen und für die Verwundeten und Behinderten Rehabilitationszentren aufzubauen;

– die Angehörigen von Verschwundenen, Getöteten, Verwundeten zu unterstützen;

– für die Etablierung des gesellschaftlichen Friedens im Inland und Ausland zu arbeiten.



Angehörige tragen die Bilder ihrer Ermordeten oder Verschwundenen auf einer Demonstration in Diyarbakır Foto: DIHA

Meya-Der hat vier grundlegende Arbeitsbereiche: die Feststellung der Familien von Gefallenen, Forschungen über Verbleib und Hintergründe sogenannter Verschwundener, die Einrichtung der Gräber von Gefallenen und die Nachforschungen nach Massengräbern.

Unser Verein wurde von acht Personen gegründet. Am 15.08.08 beantragten wir die Eintragung ins Vereinsregister und am 01.03.09 führten wir unseren ersten Kongress durch. Die Zentrale befindet sich in Amed, aber unsere Arbeit wird landesweit über unseren Rat geführt. In nahezu jeder Stadt haben wir Vertreter.

Seit unserer Gründung haben wir 12 000 Familien von Gefallenen erfassen können. Zudem haben wir bei 400 von 2 000 Menschen ihren unklaren Verbleib aufklären können. Wir bemühen uns weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten, die Gräber der Gefallenen zu pflegen. Auch die Arbeit bezüglich der Massengräber geht weiter.

Im Rahmen der Aktionen stellten wir Friedenszelte in vielen Metropolen auf (Amed, Batman, Hakkari, Van, Mardin, Siirt, Istanbul). Wir trafen uns mit der Zentrale des *Solidaritätsvereins der Familien von Verwundeten und Gefallenen* Ohal. Am 25.09.09 wird es ein Treffen aller Familien von Gefallenen geben; hierbei wird auch eine Demonstration stattfinden.

Für die Zukunft sieht Meya-Der folgende Projekte vor: die Gründung von Stiftungen, Kooperationen sowie Rehabilitations- und Gesundheitszentren. Zudem sollen die Bildung von Kindern gefördert und für die Hinterbliebenen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. ♦

Südkurdistan / Irak 2010 – Perspektiven ?

Hans Branscheidt, European Turkey Civic Commission (EUTCC Brüssel)

Jelal Talabani hat auf der jüngsten Generalversammlung der UN präzise formuliert, was dem Gesamt-Irak bevorsteht:

Die Januar-Wahlen 2010 seien die aktuell „größte Herausforderung des Landes", das mit dem militärischen Abzug der USA verstärkt mit „der ausländischen Einmischung in seine internen Verhältnisse" konfrontiert sei. Talabani: Von diesen „Wahlen wird es abhängen, ob der Irak dauerhaft auf den Prinzipien von Demokratie, Pluralismus und Frieden fundiert wird – indem nun der Schritt erfolgt von der Transformationsphase in die Ära nachhaltiger Stabilität und Sicherheit".

Es geht also um „institution-building" in Irak, Nord wie Süd.

Beginnen wir kurz und knapp im nichtkurdischen Irak und übersehen großzügig sämtliche Negativlisten von Gewalt bis Korruption, so sind einige Tendenzen und Tatsachen bemerkenswert positiv:

Premierminister al-Maliki und seine Dawa-Partei sind offenbar fest entschlossen und wohl auch in der Lage, einen eigenen nationalen Weg zu gehen: beim nation-building wie bei den Wahlen. Das geht deutlich gegen den Iran und einen Teil des klerikalen Establishments. Gewinnt er diesen Kampf gegen die früheren schiitischen Alliierten wird Maliki eine dauerhafte Präsidentschaft beschert. Verliert er, dürfte ihm das Exil sicher sein.

Einiges spricht für ihn: Sunnitische Führer aus der Anbar-Provinz, Ex-Förderer von al Quaeda und Politiker wie Ayad Allawi schlossen sich der Maliki Liste an. Nach den Wahlen im Januar, anlässlich der daraus resultierenden Regierungsbildung, kommen dann auch die Kurden ins Spiel: Sie könnten mit ihren Stimmen und ihrem Einfluss die „Königsmacher" werden. Maliki rechnet damit, weswegen er sich zuletzt in der Kirkuk-Mosul-Frage zurückgehalten hat. Ob er langfristig den Kurden die Unterstützung dankt, bleibt allerdings die Frage.

Damit sind wir im Norden, in Südkurdistan – und, um es mit einem Fokussatz zu sagen:

Je definitiver die USA in diesen Tagen den Irak verlassen, desto entschiedener delegieren sie den Nordirak an die Türkei. Bei voller Zustimmung der EU. Besonders Frau Clinton favorisiert seit Jahren die Türkei, der sie innerhalb der Obama-Administration einen eigenen, ganz besonderen Stellenwert gewidmet hat: Ankara soll nach dem Truppenabzug der US Army den drohenden Einfluss des Iran eindämmen – und derart in eine strategische Konfliktlinie mit Teheran manövriert werden. Was das burden-sharing anginge, so sollte nach Washingtoner Vorstellung die EU die gewaltigen Transaktionskosten durch rasch vollzogene Integration Ankaras in die Brüsseler Gemeinschaft übernehmen.

Deswegen besteht Davutoğlu zurzeit in nahezu jeder seiner Veröffentlichungen auf dem Satz: „2015 ist viel zu spät!"

Was ihn zugleich – der türkische Außenminister ist ein kluger Mann – nicht davon abhält, momentan alle nur erdenklichen Avancen gegenüber dem Iran zu machen, die der Erpressung des EU-Westens dienen: entweder ihr nehmt uns sofort auf – Merkel hin, Sarkozy her – oder wir können auch mit den Persern. Das wird Wirkung haben: Europa plant eine gewisse Diversifizierung seiner Rohstoffzugänge, elaboriert milliardenschwere Pipeline-Programme, die nur sicher und vor allem dauerhaft rentabel sind, wenn Stabilität gewährleistet ist. Es trifft sich dann gut, wenn auch *genel enerji* Türkei fester Teil der ölausbeutenden Konsortien ist. „2050" hat Davutoğlu am 3. Oktober wörtlich dem EU-Erweiterungskommissar Rehn ins Gesicht gesagt, „kann die EU eine Weltmacht sein, aber nur, wenn sie mit der Türkei zusammengeht. Das ist unsere Vision." Man kann dies auch Neo-Osmanismus nennen.

Weil jedoch diese imperialen Entwicklungsvorstellungen nicht unbedingt auf glatte Transfers setzen können, sind Übergangszenarien gedacht, zu denen als Variante auch die „Lösung des Kurdenproblems" gehört. Um kein unkalkulierbares Vakuum entstehen zu lassen, einigten sich die USA Mitte September mit Bagdad und den Türken darauf (per Kopie auch zu Händen der kurdischen Regionalregierung), sogenannte Tripartite Forces vor allem für die prekären Terrains Ninive, Mosul und Kirkuk zu etablieren. Gemischte amerikanisch-irakisch-kurdische Truppen, welche einen reibungslosen weiteren Gang der Dinge garantieren sollen. Mit dem dann erwartbaren Resultat, eben diese ölreichen Territorien auch für die Zukunft durch eine gemischte Verwaltung admi-

nistrieren zu lassen. Ende der Erwartung auf ein rein kurdisches Kirkuk.

Dies als nur seitenflankierende Maßnahme des ganzen großen neuen „Security Pacts Mesopotamien", der noch weit mehr an Anstrengungen erforderlich macht:

Am 18. September einigten sich unter US-Regie die irakische und die türkische Regierung unter der viel versprechenden Überschrift „Iraq, Turkey want to integrate economies, transform Middle East" im Zeichen eines „historischen Bündnisses" darauf, nicht nur schlichte „bilaterale politische wie ökonomische Kooperation unbegrenzter Art" auf Gegenseitigkeit einzurichten, sondern die „gesamte Mesopotamische Region, diese einstige Wiege der großen Zivilisation, in eine einzige prosperierende Zone voll integrierter Ökonomien" zu transformieren. Die Betonung liegt dabei auf „voll integriert" im Sinne einer Nutzungskette unter türkischer Führung und amerikanisch-europäischer Supervision.

Wer solche Strategien verfolgt und neue historische politische und wirtschaftliche Großstrukturen schaffen möchte, muss sich notwendig auch der kurdischen Frage zuwenden und sich deren „Lösung" einiges kosten lassen. Weswegen es kein Zufall ist, wenn an demselben 18. September Erdoğan höchstselbst die bevorstehende Eröffnung eines türkischen Konsulats in Arbil (Hewler) verkündet. Der „comprehensive plan", von dem schon Frau Rice sprach, impliziert zwei wesentliche Essentials, die miteinander korrespondieren: Unter der Schirmherrschaft der Türkei ein Schutzangebot gegenüber dem kurdischen politischen Establishment der KRG im Nordirak, quasi unter dem Motto: „Liebt die Türken, oder nicht, sie werden euch jedenfalls schützen!" vor äußeren Einmischungen (Iran) wie vor lokalen Herausforderungen. Als Garantie!

Die andere Backe der Zange bedeutet demonstrative Angebote auf Förderung wirtschaftlicher und kultureller Belange der Kurden – mit dem Ziel der parallel laufenden Delegitimierung der PKK. Diese soll denunziert und isoliert und als eine bloße Störvariable erkannt werden, die einem allseits begrüßten Blumenstrauß pro-kurdischer Reformen als altmodisches Hindernis im Wege steht, die viel besser und wirkungsvoller noch zum Tragen kommen könnten, gäbe es nur diese lästige Partei nicht.

Für die Türkei soll daraus der Triumph-Akt ihrer neuesten Geschichte werden: Als Reformerin des Kurdenproblems ist ihr mit großem Applaus der EU-Beitritt sicher, und sie sichert sich zugleich den Einfluss auf die Ressourcen des Irak. Wobei die Zustimmung dafür von Bagdad über Brüssel via Washington bis zu den UN reichen dürfte.

Das ist im Klartext das finale Resultat dessen, was Davutoğlu seine „Vision" nennt.

Soviel in Kürze zu Plänen und Perspektiven anderer ab 2010. Welche aber haben die Kurden? Die Juli-Wahlen in Südkurdistan haben den beiden großen Parteien KDP und PUK eine negative Quittung der Wählerinnen und Wähler ausgestellt. Das neue Parlament, die soeben gebildete Barham-Saleh-Regierung, erfährt erstmals die Tatsache einer unabhängigen Opposition. Gut so, möchte man sagen. Aber zurückhaltend: Denn gerade auch Mustafa Nawschirwan ist keineswegs der genuine Repräsentant einer unabhängigen, demokratischen kurdischen Moderne. Im Übrigen auch sollte man vorsichtig sein mit der Negation von KDP und PUK: Beide sind nach wie vor wichtige und wesentliche Garanten für die existentielle Realität der kurdischen Entität im Irak. In diesem Sinne sind sie in gewisser Weise vorerst unverzichtbar.

Die wirklich gute Nachricht kommt eher aus der nicht parlamentarischen Sphäre: die spürbar allseitige, vitale Entwicklung unabhängiger Zivilorganisationen, von Frauenprojekten, FGM-Initiativen, von kritischen Studenten und einer beeindruckenden wie wachsenden Zahl eigenständiger Journalisten, Publizisten, von Akademikern und Künstlern. Diese sind inzwischen real präsent, nicht nur länger mehr randständig, sondern unüberhörbar geworden – bei offenen Augen und Ohren der Menschen.

Was also fehlt noch? : eine allkurdische Konferenz! Eine Zusammenkunft (möglichst junger) Kurdinnen und Kurden aus der gesamten Region und auch der Diaspora, die dem unabhängigen Gestaltungswillen Ausdruck verleiht, eine produktive, friedliche, uneingeschränkt demokratische Realität für sich und den Nahen Osten zu offerieren, die vor allem eines an erste Stelle setzt: die individuellen Freiheitsrechte aller Menschen, gleich welcher Herkunft. In Distanz zu Brüssel, Washington, Ankara und Teheran – und jenseits von jeglichem Nationalismus.

Die Menschen warten nur darauf! ♦

Die Schwestern Mirabel sind die Schwestern aller Frauen der ganzen Welt ...

Solidarität im Kampf gegen die Gewalt an Frauen

Reyhan Yalçındağ, Rechtsanwältin, Menschenrechtsverein Türkei

Wir nähern uns zwar dem 25. November, dem internationalen Tag der Solidarität und des Widerstandes gegen die Gewalt an Frauen, aber weiterhin wird Gewalt gegen Frauen in den unterschiedlichsten Regionen der Welt ausgeübt.

Die Schwestern Mirabel lebten in der Dominikanischen Republik unter der Herrschaft der Trujillo-Diktatur. Am 25.11.1960 wurden beide Frauen nach einem Gefängnisbesuch bei ihren Ehemännern von der Geheimpolizei entführt, vergewaltigt und danach ermordet.

Der 25.11.2009 ist der 49. Jahrestag der Ermordung der Schwestern Mirabel.

1981 wurde in Kolumbiens Hauptstadt Bogota auf dem I. Frauenkongress Lateinamerikas und der Karibik der 25. November als der „Internationale Tag der Solidarität im Kampf gegen die Gewalt an Frauen“ erklärt.

Bis heute nutzen viele unterschiedliche Frauenorganisationen bei ihren Versammlungen für die „Solidarität im Kampf gegen die Gewalt an Frauen“ die Geschichte der Schwestern Mirabel, um ihrem Vorhaben Nachdruck zu verleihen.

In der Tat sind Erinnerungen äußerst wichtig, da die Menschen, die sich für die Durchsetzung der Frauenrechte einsetzen, erkennen, welchen Geschehnissen der Vergangenheit sich ihr „Kampf“ anschließt. Durch ihren Einsatz für die Rechte der Frauen werden diese auch immer unvergesslich bleiben.

Wie an vielen Orten der Welt schaffen es heute auch im Nahen Osten und in der Türkei Frauen, die schweren Verletzungen, Gewalttätigkeiten sowie extrem schlechten Bedingungen ausgesetzt sind, in einer Gewalthelix zu überleben und sogar auch Widerstand zu leisten.

Frauen können auf unterschiedliche Arten diskriminiert und der Gewalt ausgesetzt werden.

Nur Staatsapparate mit militärischem Charakter, die sich durch Gewalt aufrechterhalten, sehen Gewalttätigkeiten an Frauen entweder als verzeihlich an oder wenden diese selbst an.

In Ländern, deren Staatsform undemokratisch, männlich überlegen und militärisch charakterisiert ist, sehen wir, dass Frauen in jeder Hinsicht benachteiligt sind. In den Ländern, in denen die gegen Frauen gerichtete Gewalt indirekt als legal angesehen ist, wird die Frau einerseits der Gewalt ausgesetzt und andererseits wird bei der vermeintlichen Gleichberechtigung der Frau eine Rückentwicklung verzeichnet. Die unten aufgeführten Daten zeigen, wie kritisch die Sachlage in der Türkei ist:

„In der Türkei lebt die Frau im ‚Hausarrest‘: Bei der Erwerbsquote von Frauen im Arbeitsleben liegt die Türkei im Schnitt von 130 Ländern auf dem fünftletzten Rang.“

„Nach dem Bericht über Ehren-Morde wurden im Zeitraum 2000–2005 unter den Motiven Ehre und Sitte 1091 Verbrechen begangen.“

„Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist angespannt: Iran, Ägypten und Mauretanien haben in einer Aufstellung die Türkei dieses Jahr überholt – unter anderem bei Kriterien über die gleichberechtigte Nutzung von nationalen Ressourcen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Vertretung in der Politik und Teilhabe an der wirtschaftlichen Kraft. Die Türkei ist unter 128 Ländern von ihrem 105. Rang des letzten Jahres auf Rang 121 gefallen.“

Da zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels das Jahr 2009 noch nicht

Bericht über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

	2007		2008	
Verdächtige Todesfälle	**Tote**	**Verletzte**	**Tote**	**Verletzte**
Männer	12	–	9	–
Frauen	12	–	10	–
Kinder	3	–	3	–
Gesamtzahl	**27**	**–**	**22**	**–**
Ehrenmorde				
Frauen	36	3	3	–
Männer	10	–	11	1
Kinder	6	2	1	–
Gesamtzahl	**52**	**5**	**15**	**1**

Verletzung der Menschenrechte der Frau

	2007		2008	
Suizidrate der Frauen	65 Suizide	19 Suizidversuche	46 Suizide	18 Suizidversuche
Häusliche Gewalt gegen Frauen	66 Tote	61 Verletzte 5 vergewaltigte Frauen	31 Tote	54 Frauen wurden verletzt und gewalttätig behandelt
Gewalt gegen Frauen im sozialen Bereich (Vergewaltigung, Gewalt, Belästigung)	53 Tote	55 Verletzte 48 sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen	22 Tote	15 Frauen wurden verletzt und gewalttätig behandelt, 22 Frauen vergewaltigt und 11 Frauen sexuell belästigt
Zwangsprostitution	314 Personen		34 Frauen	

hinter uns liegt, ist es ratsam, die statistischen Angaben von 2007 und 2008 anzuschauen: Der Bericht über die Verletzung von Menschenrechten im Zeitraum 2007–2008 des *Menschenrechtsvereins* enthält Angaben über das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen. Die tatsächlichen Zahlen liegen weit über den hier aufgeführten Angaben, jedoch sind sie schwer festzustellen. Diese erfassten Daten wurden öffentlich gemacht (s. Tab.).

Diese Daten zeigen auf, dass überall, wo Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden, der Status der Frau im Hintergrund steht und sie jeglicher Art von Gewalt ausgesetzt ist.

Doch besonders die kurdischen Frauen erstreiten sich mehr und mehr ernsthafte Rechte und Freiheiten.

Eine intensive Untersuchung über soziale Kämpfe zeigt, dass Frauen bei Versammlungen, im Kampf für Frieden und Demokratie, bei sozialen Aktionen usw. immer an erster Stelle stehen.

Die kurdischen Frauen lehnen es energisch ab, als Opfer des Krieges betrachtet zu werden, und haben bewiesen, dass sie tiefer als die Männer im Geschehen mitwirken. Aus diesem Grund werden Verhaftungen, sexuelle Belästigungen, staatliche Gewalt (wie z. B. Folter) in erster Linie auf Frauen gerichtet.

Dass oppositionelle, politisch aktive und sich in Frauenbewegungen einbringende Frauen das Ziel des Staates sind, ist schon seit Jahren bekannt.

Ein Beispiel: Im März 2009 bei den letzten Kommunalwahlen siegte im kurdischen Gebiet der Türkei die *Partei für eine demokratische Gesellschaft* mit einer eindeutigen Stimmenzahl. Betrachtet man nun die darauffolgenden Verhaftungen in diesem Gebiet, so sieht man, dass die Hälfte der Verhafteten Frauen waren.

Dieser Staat, der die Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung ignoriert und sich dem Quotenverfahren widersetzt, ist aber durchaus bereit, eine Quote von nahezu 50 % anzuwenden, wenn es um Personen geht, die sich dem Kampf für Frieden und Demokratie gewidmet haben.

Es ist kein Zufall, dass die Hälfte derer, die in Untersuchungshaft kommen oder verhaftet werden, Frauen sind!

Wie bereits oben erwähnt, ist die Gewalt gegen Frauen zwar allgemein vorhanden, aber in Gebieten des Mittleren Ostens, wo Kriege, Ausbeutung, bewaffnete Auseinandersetzungen an der Tagesordnung sind, ist eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen zu beobachten.

Aus Anlass des Mottos „Ein anderes Mesopotamien, ein anderer Mittlerer Osten ist möglich“ trafen sich vom 26. bis 29. September 2009 Frauen in Diyarbakır auf dem *Mesopotamischen Sozialforum*, das ein Teil des *Weltsozialforums* ist. Während des gesamten MSF verbanden die Frauen des Mittleren Ostens ihre armenischen, kurdischen, türkischen, arabischen, jüdischen, chaldäischen, yezidischen, assyrischen, iranischen Rechte mit den Stimmen des mexikanischen, italienischen, deutschen, englischen, australischen, russischen, katalanischen und lateinamerikanischen Volkes.

Palästinensische, türkische, irakische, libanesische, europäische, afghanische, iranische, syrische, ägyptische und lateinamerikanische Frauen diskutierten unter der Thematik „Frau“ viele Themen und teilten ihre Erfahrungen in der Auseinandersetzung.

Ferner überlegten sie, was sie in Zukunft gemeinsam im Kampf für die Freiheit der Frau leisten können, und haben sich konkret für den im März 2011 beginnenden Weltfrauenmarsch entschlossen (parallel zur Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela).

Die Frauen gaben sich und erhielten bei ihrem Treffen unter dem Dach des MSF Kraft.

„Ihr, die sich durch die Kriege und die Tränen ernährenden großen Mächte, ihr habt eure G-8-Gipfel, eure NATO- und eure Staatsgipfel. Dagegen haben wir den aus unserem Herzen kommenden Mut und unsere Standhaftigkeit in unserem Kampf für unsere Rechte“, fügten die Frauen auf dem MSF hinzu.

Die Frauen sprachen sich für eine mutige und kämpferische Einheit gegen Ausbeutung, Krieg, Gewalt, Diskriminierung, Umweltzerstörung und Armut aus.

Diese Einheit wird in dem Kampf für die Freiheitsrechte der Frau sowie für den Weltfrieden einen großen Beitrag leisten.

Allen Frauen soll der Weg zum Weltfrauenmarsch offen sein. ♦

Frauen und Internationalismus

Haben Frauen eine Nation?

Şervin Nudem, 14.09.2009

„Wir haben verstanden, warum die KurdInnen in die Berge gehen; unser Land ist besetzt worden, wir haben keinen Staat, unsere gesellschaftliche Identität und Geschichte werden geleugnet; was jedoch suchst du hier?" Seit zwölf Jahren begegne ich solchen Fragen. In den Gesichtern der Fragenden sah ich manchmal ein scherzendes Lachen, manchmal erstaunte, fragende und manchmal mitleidige Blicke. Bei mir hat diese Frage immer Erstaunen ausgelöst. Haben Frauen einen Staat? Haben wir ein von einem herrschenden Staat besetztes Land? Gibt es Gesellschaften, Seelen und Körper, die den Schmerz der 5 000 Jahre alten Vergewaltigungskultur nicht spüren? Gibt es eine Frau auf dieser Welt, die frei leben und denken kann? Diese Fragen sind mir durch die an mich gerichtete Frage in den Sinn gekommen. Daher lautete meine Antwort meist: „So wie du in diesen Bergen einen Befreiungskampf führst, so mache ich dies auch."

Wenn auch in unterschiedlicher Form, so unterliegen wir doch alle den Repressalien sowie physischen und psychischen Interventionen der herrschenden, patriarchalen, staatlichen Systeme. Manche von uns sind den offenen Angriffen dieses Systems, der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik, unmittelbar ausgesetzt gewesen. Manche von uns wollte man zu Mittäterinnen machen, indem man uns ein Stück vergifteten Herrschaftskuchen anbot. Dies sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Letztendlich geht es darum, sich selbst nicht zu kennen und nicht du selbst zu sein. Du sollst auf gesellschaftliche und menschliche Werte verzichten und nicht außerhalb der dir vom System zugeteilten Mission agieren. Es soll kein Leben sein, das außerhalb seiner Interessen liegt. Als Dutzende Genossinnen unterschiedlicher Herkunft haben wir gegen die nationalstaatliche Haltung, welche vom herrschenden System im Sinne von Kriegen, Unterdrückung, Nationalismus, Wissenschaft und Sexualität entwickelt wird, in der PKK unsere Hoffnung und Beharrlichkeit für ein freies Leben und mit einem freien Kurdistan für eine freie Welt gefunden. Die Teilnahme an diesem Freiheitsanliegen, das Leben und Kämpfen im Sinne der Erfordernisse der Freiheit, betrachte ich als Frau als natürliches Ergebnis meiner Suche und Notwendigkeit nach Frieden. Denn wir haben gemerkt: Wenn es auf dieser Welt eine Frau, ein Volk oder eine Gesellschaft gibt, welche/s nicht frei ist, können auch wir nicht frei sein. Von daher ist es nicht wichtig, wo wir kämpfen, sondern mit welcher Entschlossenheit und mit welchem Ziel wir an dem Kampf teilnehmen. Meiner Meinung nach reicht es nicht aus bzw. ist es sogar falsch, dies als „schöne Solidarität" oder „Unterstützung" zu beurteilen. Diese Sichtweise bewerte ich als Reflektion der Trennung von Objekt und Subjekt. Wenn wir wissen, dass wir „alle" sind, werden wir auch wissen, dass unsere Unterschiede unser Reichtum und unsere Stärke sind. Auf dem Weg zur Etablierung einer demokratischen Zivilisation kann niemand von uns „Unterstützerin" oder „Solidarität Leistende" sein. Die Kriterien des Internationalismus sehe ich auf der Ebene der Verwirklichung unserer Aufgaben.

„Das grundlegende Charakteristikum der Natur des freien Menschen ist seine Möglichkeit, die Geschichte zu wählen und mit der Geschichte zu leben." (Vorsitzender Apo)

Der vergangene Oktober trägt einerseits die unauslöschlichen Spuren der Vergangenheit in sich als auch die wichtigsten Punkte, die wir für unsere internationalistische Thematik benötigen. Zugleich ist es der Monat, in welchem zum einen der Revolutionär Che Guevara es schaffte, sein Leben in der Vergangenheit so zu leben, ohne sich dem Lauf der Geschichte ergeben zu müssen, und zum anderen der Monat, in dem viele unserer Genossinnen aus der Frauenfreiheitsbewegung gefallen sind.

In dieser Karawane nimmt auch die Gefallene Bêrîtan ihren Platz ein, die durch den Aufschrei „Es lebe die Kämpfende, die Kämpfende ist unabhängig, Unabhängigkeit lässt die Frau wachsen!" zu einer Quelle der Hoffnung für die in den kurdischen Bergen kämpfenden Frauen geworden ist, sowie für die Frauen, die nach Freiheit streben im Mittleren Osten und in Europa. Die aufständischen Frauen, die ihr Leben im Laufe der Geschichte geopfert haben, haben dazu beigetragen, dass Frauen zum ersten Mal über eine eigene kämpferische und sich verteidigende Bewegung verfügen; dadurch hat der Frauenwiderstand eine ganz neue Perspektive bekommen und befindet sich nun auf einer ganz anderen Ebene. Mit der Entwicklung des Kampfes gegen eine militaristische Armee, einen faschistischen Staat und ein patriarchalisches System geben sich Frauen gegenseitig Kraft und haben den Anspruch an sich selbst, ein ganz neues Leben aufzubauen. Die Frauenbefreiung ist für den Erfolg der Revolution eine unaufschiebbare Mission

und eine Sicherheit geworden. Bei den Oktober-Gefallenen der Frauenbewegung wurden Helin (Tscherkessin), Canda (Türkin) und Ronahî (Deutsche) zu den Symbolfiguren der internationalistischen Frauenfreiheitsbewegung.

Sie vereinten das Hinterfragen des eigenen sozialen Umfelds und die Suche nach der eigenen Freiheit mit dem Befreiungskampf der kurdischen Frauen.

Genossin Ronahî (Andrea Wolf) lehnte schon in jungen Jahren das autoritäre Staatssystem Deutschlands ab und versuchte mit ihren damaligen jugendlichen FreundInnen eine alternative Lebensweise. Genossin Ronahî, die sich gegen die Bestimmungen des kapitalistischen Systems, den Individualismus und die Monopolisierung auflehnte, trat stets für eine kommunale und kollektive Lebensweise ein.

Tief betroffen durch den Selbstmord ihres Bruders kam sie zu dem Entschluss: „Wir dürfen den Zorn auf das System nicht gegen uns richten, sondern müssen es auf die Vernichtung des Systems richten!“ Ab dem Zeitpunkt ihres Entschlusses nahm sie aktiv am antifaschistischen und antiimperialistischen Widerstand teil, an dem der Anti-Atom-Bewegung und an feministischen Bewegungen.

Sie betrachtete einen organisierten Frauenkampf gegen gesellschaftlichen Sexismus als der Keimzelle der Macht als Notwendigkeit für die Organisierung eines effektiven Kampfes auf lokalem und internationalem Niveau gegen die auf dem Faschismus basierende Tradition des deutschen Staates und das imperialistische Kriegs- und Ausbeutungssystem. Mit dieser Sichtweise führte sie verschiedene Kampagnen und Initiativen an. Um gegen faschistische Angriffe gewappnet zu sein, begann sie, eine autonome Frauenselbstverteidigungsgruppe aufzubauen und auszubilden. Genossin Ronahî wurde vom deutschen Staat wegen ihres revolutionären Geistes, ihrer Entschlossenheit und ihrer Führungsqualitäten im Widerstand als Gefahr angesehen und aus diesem Grund zweimal verhaftet. Aber auch durch diese Druckmittel und Zwänge schafften sie es nicht, ihren Willen zu brechen. Ganz im Gegenteil, im Gefängnis kam sie in Kontakt mit Gefangenen der *Rote Armee Fraktion* (RAF) und anderer anti-imperialistischer Gruppierungen, mit denen sie über die vergangenen Entwicklungen diskutierte und sich darüber austauschte, wie die Krise der Linken in Deutschland zu bewältigen sei und welche politischen Schritte dafür notwendig seien. Ab den 1990er Jahren kam sie zu der Erkenntnis, dass nur eine ganzheitliche sozialistische Bewegung, zusammengefügt aus den Erfahrungen und Mitteln der unterschiedlichen Freiheitsbewegungen, gegen die herrschende alleinige Systemmacht ankommen würde.

Insbesondere den real praktizierten Sozialismus der Freiheitsbewegungen in Lateinamerika beobachtete sie und sammelte Erkenntnisse darüber, um schließlich auch einige Ziele in Deutschland damit zu unterstützen und zu erreichen. Jedoch empfand sie die Bemühungen um eine neue Perspektive im Befreiungskampf als ungenügend.

Zur selben Zeit begann Ronahîs Interesse an der aufständischen Massenbewegung der PKK, intensiviert durch die Erzählungen einiger deutscher FreundInnen über das Zusammenleben mit der Guerilla als auch an der Seite des Vorsitzenden Abdullah Öcalan. In dieser Zeit sah sie das in Deutschland auflebende Entstehen einer neuen revolutionären Bewegung als ihren Ausweg an. Als sie 1996 als Resultat eines von einem staatlichen Spitzel inszenierten Komplotts von der deutschen Polizei gesucht wurde, entschied sie sich, sich der Kontrolle des Staates zu entziehen und ihren Weg selbst festzulegen. An dieser Weggabelung in ihrem Leben zog sie es vor, die vom Staat inszenierte Falle ins Leere laufen zu lassen und nicht zu kapitulieren.

An der Seite des Vorsitzenden Öcalan und mit Beginn ihrer praktischen Guerilla-Ausbildung 1997 beschäftigte Genossin Ronahî sich intensiv mit der Realität der PKK und deren Ideologie. Dabei konzentrierte sie sich weiterhin auf die Möglichkeiten der Gründung einer politischen Bewegung in Deutschland. Sie versuchte, die politischen und organisatorischen Entwicklungen sowie die kämpferischen und lebendigen Ereignisse schriftlich festzuhalten und in



Ronahî, Andrea Wolf, wurde am 23.10.1998 zusammen mit weiteren 34 GenossInnen in Kurdistan von der türkischen Armee brutal ermordet Foto: ISKU

unterschiedlichen Zeitabständen mit ihren Berichten den GenossInnen in Deutschland als auch dem Vorsitzenden Öcalan ihre Beobachtungen und Gedanken mitzuteilen. Dabei hinterfragte sie die eurozentristische Denkweise der Linken in Deutschland und bemühte sich um eine Synthese ihrer politischen Erfahrungen in Deutschland mit den Werten, die durch die Revolution in Kurdistan geschaffen wurden. So wollte sie eine Brücke zwischen den Kräften beider demokratischen Zivilisationen schaffen und dazu beitragen, dass beide Seiten über einen Erfahrungsaustausch profitieren.

Auch der Vorsitzende Öcalan hatte in zahlreichen Dialogen mit Genossin Ronahî ihre Missionen in Deutschland besprochen und ihr angeraten, sich nach einem Aufenthalt in Kurdistan auf ihre Rückkehr vorzubereiten, was sie nun mit großer Sorgfalt tat.

Sie hat ihr Vorhaben verfolgt bis zum Jahr 1998, als die türkische Armee in Botan eine gewaltsame Operation begann. Wie groß die Angst des dem Nationalismus entsprungenen herrschenden Systems vor der internationalistischen Bewegung war, sah man an dem Blutbad in Çatak, welches die türkische Armee am 23. Oktober 1998 anrichtete.

Genossin Ronahî war nach einem eintägigen Gefecht in Gefangenschaft genommen worden. Auf ihre Worte „Als Internationalistin bin ich gekommen, um für den Sozialismus zu kämpfen!“ wurde sie auf bestialische Weise ermordet. Die Leichname der in derselben Operation gefallenen 34 GenossInnen wurden irgendwo zurückgelassen, der von Genossin Ronahî wurde in einiger Entfernung von denen ihrer GenossInnen aufgefunden. Als ob der Feind Angst davor gehabt hätte, dass die Seelen der Gefallenen sich hätten zusammenfinden können.

Ganz gleich, welche Mittel der Gegner auch angewandt hat, er hat es weder geschafft, den Drang des kurdischen Volkes noch den Drang der Frauen nach Freiheit zu bändigen.

Die Aktion der Gefallenen Rojbin in Gever im Dezember 1999 war eine Antwort auf das Komplott vom 9. Oktober [*1998, erzwungener Auszug Öcalans aus Syrien*], das sich gegen das kurdische Volk und gegen die Frau gerichtet hatte, mit dem Ziel, ihren fortschrittlichen Selbstverteidigungs- und Freiheitswillen in Gänze zu brechen. Denn auch die Hoffnung der arabischen Frau auf ein freies Leben hat sich in der Person des Vorsitzenden Öcalan und der Frauenfreiheitsideologie konkretisiert.

Eine weitere, dieselben Gefühle und Gedanken in sich tragende arabischstämmige Genossin war Genossin Sema (Fatoş Sağlamgöz). „Wir haben uns nicht daran gewöhnt und werden uns auch nicht daran gewöhnen!“, das war ihr Aufschrei, um aufzuzeigen, dass sie sich mit der in der europäischen Zivilisation üblichen scheinheiligen Politik und dem Foltersystem auf Imralı niemals abfinden werde.

2003 entzündete sie in Göteborg das Feuer des Widerstands auf ihrem eigenen Leib; diese Aktion wurde zwei Jahre später durch eine junge griechische Mutter namens Elefterya unterstützt.

Diese Frauen haben durch ihren Widerstand gezeigt, dass sie sich, obwohl in diesem kapitalistischen System nicht alle einer nationalen Identität angehörend, auf einer anderen Ebene des Widerstands wiederfinden können.

Die auf nationaler Ebene zusammentreffenden Länder des Komplottsystems haben versucht, uns weiszumachen, dass die kapitalistische Moderne die einzige und alternativlose Systemordnung der Welt sei. Stattdessen haben die internationalistischen Gefallenen der Frauenfreiheitsbewegung gezeigt, dass es auch eine andere Welt gibt.

Wie auch der Vorsitzende Öcalan sagte: „Seit der demokratischen Moderne ist das Dilemma in der Zivilisation jederzeit und überall vertreten.“

In allen Gesellschaften hat die sich organisierende und gegen das bestehende System kämpfende Widerstandsbewegung der Frauen einen wichtigen Platz.

Themen wie Wahlrecht, gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, Organisation und Gesundheitsrechte haben die Frauen in der ersten Etappe auf nationaler wie internationaler Ebene vereint. Die in einem Land begonnene Dynamik gab den Frauen in den anderen Ländern Kraft. Wenn wir zurückblicken und die Geschichte dieses Widerstands betrachten, können wir sagen, dass die internationalistischen Frauenbewegungen wichtige Schritte in die Wege geleitet haben.

Bei den internationalen Verträgen angefangen bis hin zu den Verfassungen der meisten Staaten haben die Frauenbewegungen es geschafft, dass die Gleichberechtigung der Frau als juristisches Recht staatlich anerkannt werden muss.

Jedoch wurde das Freiheitsproblem bisher in keinem Land gelöst. Daher ist es offensichtlich, dass weder der Staat noch internationale oder nationale juristische Mechanismen Ansprechpartner einer internationalistischen Frauenfreiheitsbewegung darstellen. Manche auf dem Papier vergebenen Rechte konnten die erschreckende Realität in ihrem Kern nicht ändern. Die Justiz wurde geschaffen, um das im Sinne des gesellschaftlichen Sexismus, des Nationalismus, der Religiosität und der Wissenschaft aufgebaute herrschende nationalstaatliche System zu legalisieren. Wenn wir uns dies bewusst machen, können wir den Frauenfreiheitskampf fernab von Nationen organisieren. Wenn wir als Frauen über unser Leben, unsere Beziehungen und unseren Körper vollständig mitreden und die Macht darüber behalten wollen, stehen wir in der Pflicht, neben dem ideologischen Widerstand und den zugehörigen theoretischen und organisatorischen Arbeiten auch unseren eigenen Selbstverteidigungswillen und unsere Organisierung zu erweitern. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass – ganz egal, welcher nationalen Identität wir angehören mögen – die bedeutendste Bewegung für die Frau, die auf dem Weg der Frauenfreiheitsideologie auf der Suche nach ihrer Freiheit ist, die YJA STAR (*Einheiten der Freien Frau*) sind. Die Tatsachen über die Gefallenen im Oktober zeigen auf, dass die Frau keine Nationalität hat, aber sie hat eine Welt, eine freie Welt, um die sie kämpfen kann. ♦

Portrait einer Frauenakademie in den Bergen Kurdistans | erster Teil

Kenne dich selbst und verteidige dich!

Şervîn Nûdem, August 2009

Die Organisierung von Selbstverteidigungskräften ist eine grundlegende Vorraussetzung, um gegen jegliche Form von Unterdrückung, Fremdbestimmung und Herrschaft einen eigenen Willen und Entscheidungskraft entwickeln zu können. Damit ist die Fähigkeit zur Selbstverteidigung das Fundament der Selbstbestimmung. Um das Bewusstsein über die Grundlagen und die Umsetzung der Strategie der legitimen Selbstverteidigung unter Guerillakämpferinnen und -kommandantinnen in der YJA Star, den autonomen Fraueneinheiten der *Volksverteidigungskräfte* (HPG) Kurdistans, weiterzuentwickeln, wurde im Jahr 2004 die Frauenverteidigungsakademie *Şehit Bêrîtan* in den Bergen Kurdistans gegründet. Das Motto der Akademie lautet: „Kenne dich selbst und verteidige dich!“ Bislang haben hier ca. 650 Kämpferinnen und Kommandantinnen erfolgreich ihre Ausbildung absolviert. In diesem Artikel möchte ich auf die Entstehungsgeschichte und die Arbeit dieser Akademie eingehen, die meines Wissens nach die erste und bislang einzige ist, an der Frauen aus der Guerilla einander ideologisch, politisch und militärisch weiterbilden.

Vom Volksbefreiungskrieg zur Strategie der legitimen Verteidigung

Die kurdische Guerilla formierte sich in den 1980er Jahren unter der Führung der *Arbeiterpartei Kurdistans* PKK als *Volksbefreiungsarmee Kurdistans* (ARGK) mit der Zielsetzung, die mit einer systematischen Assimilations- und Völkermordpolitik einhergehende Kolonialisierung Kurdistans zu beenden und ein freies, sozialistisches Kurdistan zu errichten. Bei der Entwicklung ihrer Strategie eines langfristigen Volksbefreiungskrieges orientierte sich die kurdische Befreiungsbewegung an den Beispielen erfolgreicher nationaler Unabhängigkeitskämpfe und Revolutionen wie beispielsweise in China oder Vietnam. Jedoch transformierte sie die Vision eines dreistufigen Befreiungskrieges – angefangen von der Situation der strategischen Verteidigung über ein strategisches Gleichgewicht hin zum strategischen Angriff – entsprechend den spezifischen Bedingungen in Kurdistan und den Bedürfnissen der kurdischen Gesellschaft.

Im Zuge des bewaffneten Kampfes, der am 15. August 1984 mit den Aktionen gegen türkische Militäreinrichtungen in Eruh und Şemdinli begann, gewann das kurdische Volk das Selbstvertrauen zum Widerstand gegen die faschistische Militärdiktatur Kenan Evrens. Mit den Serhildans (Volksaufständen) seit Anfang der 1990er Jahre war die durch den Ausnahmezustand verordnete sowie mit Militärrazzien, Folter und Morden erzwungene „Friedhofsruhe“ vorbei. Das kurdische Volk artikulierte seine politischen Forderungen, seine nationale und kulturelle Identität. Zehntausende von Männern, Frauen und Jugendlichen schlossen sich der Guerilla an, um sich gegen die Repressionen und die Entvölkerungspolitik des türkischen Staates zur Wehr zu setzen.

Kurdische Frauen waren von Anfang an eine treibende Kraft dieses Freiheitskampfes, der für sie sowohl einen Kampf gegen die nationale als auch gegen patriarchale Unterdrückung bedeutete. Sie widersetzen sich den sexistischen Angriffen und Vergewaltigungen durch türkische Sicherheitskräfte genauso wie den feudal-patriarchalen Strukturen in ihrer eigenen Gesellschaft. Seit den 1990er Jahren schlossen sich Tausende von kurdischen Frauen aus allen vier Teilen Kurdistans, Frauen anderer Kulturen des Mittleren Ostens – wie beispielsweise türkische, arabische, georgische, turkmenische, tscherkessische und suriyanische Frauen –, aber auch russische und deutsche Frauen dem Befreiungskampf in den Bergen Kurdistans an. Was sie vereinte, waren der Wille zum Widerstand gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus, der Kampf gegen nationale und patriarchale Unterdrückung genauso wie die Suche nach neuen Perspektiven im Befreiungskampf und die Sehnsucht nach einem Leben in Würde und Freiheit. In dem Prozess der Organisierung des Frauenbefreiungskampfes innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung waren der Aufbau der Frauenarmee ab dem Jahr 1993, die Gründung des *Verbandes Freier Frauen Kurdistans* (YAJK) 1995, die Erklärung der Frauenbefreiungsideologie durch den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan 1998, die Gründung der ersten kurdischen Frauenpartei 1999 bis hin zur Bildung der *Frauenfreiheitspartei Kurdistans* (PAJK) und des Dachverbands der Frauenbewegung, des *Hohen Frauenrats* (KJB), im Jahr 2005 wichtige Meilensteine.

Einhergehend mit den politischen Entwicklungen seit dem Zerfall des realsozialistischen Blocks, mit dessen Einfluss auf die Kräftegleichgewichte im Mittleren Osten sowie im Zuge einer kritischen und selbstkritischen Analyse des Realsozialismus entwickelte die kurdische Befreiungsbewegung seit Mitte der 1990er Jahre einen neuen strategi-

schen Ansatz: Die Geschichte der Revolutionen hatte gezeigt, dass sich progressive soziale Veränderungen, eine freie Gesellschaft und ein freies Leben nicht durch Machtübernahme und die Errichtung eines neuen Staatsmodells hatten verwirklichen lassen. Vielmehr waren die Verquickung von Staat, Macht, Bürokratie und Hierarchie an sich ein Hindernis für gesellschaftliche und politische Demokratisierungsprozesse. Anstelle der Strategie des klassischen Volksbefreiungskrieges, die die Zerstörung unterdrückerischer Staatsstrukturen und die Errichtung eines neuen „sozialistischen" Staates vorsah, richtete die kurdische Bewegung deshalb ihre Strategie darauf, Bedingungen zu erkämpfen, die es ermöglichen, über politischen Dialog und die demokratische Selbstorganisierung der Gesellschaft eine Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Ziel dieser Strategie ist es, durch eine basisdemokratische, konföderale Gesellschaftsorganisierung, die eine Alternative zur staatlichen, hierarchischen Ordnung und deren Einrichtungen darstellt, das System der Verleugnungs- und Völkermordpolitik zu überwinden. Der Aufbau einer demokratisch-ökologischen, geschlechterbefreiten Gesellschaft ist damit keine Zukunftsperspektive, sondern eine konkrete Aufgabe, an der sich alle gesellschaftlichen AkteurInnen und Gruppen beteiligen – sei es in den Dörfern, Städten, Metropolen, in der Zivilgesellschaft, in Parlamenten oder in den Bergen.

Vor diesem Hintergrund wurde auch die Rolle der Guerilla im Befreiungskampf auf dem 7. Kongress der PKK im Jahr 2000 entsprechend der *„Linie der legitimen Verteidigung"* neu definiert. Die Guerilla organisierte sich fortan als *Volksverteidigungskräfte* (HPG) mit der Aufgabe, die von ihr kontrollierten *Medya-Verteidigungsgebiete*, die Errungenschaften des Freiheitskampfes, das Leben und die Sicherheit des 1999 durch ein internationales Komplott entführten und in der Türkei inhaftierten kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan sowie der Bevölkerung Kurdistans gegen jegliche Art von Angriffen zu verteidigen. Bis zum 1. Juni 2004 hatten sich die *Volksverteidigungskräfte*, dem Aufruf Abdullah Öcalans vom 2. August 1999 zu einem vierten einseitigen Waffenstillstand und zum Rückzug aus dem Staatsgebiet der Türkei folgend, im Rahmen der passiven Verteidigungstaktik so positioniert, dass die politischen Bemühungen um den Dialog und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei Priorität gewinnen konnten. Jedoch wurden diese Hoffnungen durch ein neues Kriegeskonzept des türkischen *Nationalen Sicherheitsrates* MGK und der AKP-Regierung zunichte gemacht. Auch die imperialistische Hegemonialpolitik über den Mittleren Osten hatte mit der Besetzung des Iraks durch die US-Armee und deren Alliierte neue Dimensionen erreicht. Vor diesem Hintergrund wurde der einseitige Waffenstillstand am 1. Juni 2004 aufgekündigt. Die HPG gingen von der Taktik der passiven Verteidigung zur aktiven Verteidigung über, um durch gezielte Aktionen gegen Einrichtungen und Angriffe der türkischen Armee neuen politischen Handlungsspielraum zu schaffen und zu erweitern. Die Aktionen gegen Militärstationen in Oramar im Herbst 2007 und in Bezele im Herbst 2008 oder der Widerstand gegen den Einmarsch der türkischen Armee im südkurdischen Zap-Gebiet im Februar 2008 sind Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung dieser Taktik. Sie führten dazu, dass sich die kurdische Bevölkerung den verschärften Repressionen, Verhaftungen und der Folter der türkischen Sicherheitskräfte nicht beugte. Im Gegenteil, die hieraus wachsende verstärkte aktive Teilnahme der kurdischen Bevölkerung am Freiheitskampf, ihre Organisierung und die Erfolge der DTP bei den Kommunalwahlen im März 2009 führten dazu, dass im Sommer 2009 zum ersten Mal die Lösung der kurdischen Frage im Zusammenhang mit einer grundlegenden Demokratisierung der Türkei zum bestimmenden Thema der politischen und gesellschaftlichen Tagesordnung in der Türkei werden konnte. Das Jahrzehnte währende Schweigen der Vernichtungs- und Verleumdungspolitik wurde gebrochen. Wohin sich diese Diskussionen entwickeln werden, die in diesen Tagen insbesondere mit der Ankündigung Abdullah Öcalans an Brisanz gewonnen haben, anlässlich des Jahrestages des 15. August eine Roadmap zur Lösung der kurdischen Frage vorzulegen, lässt sich momentan noch schwer voraussagen. So viel jedoch ist klar, die *Volksverteidigungskräfte* und die *Einheiten der Freien Frauen* YJA Star stellen auch weiterhin eine Garantie für die Sicherheit und den unabhängigen politischen Willen des kurdischen Volkes und der Frauen dar. Denn ohne die Kraft zur Selbstverteidi-



Die *Einheiten der Freien Frauen* YJA Star Foto: pajk-online.com



Bei der Frauenguerilla Foto: pajk-online.com

gung und zum Widerstand lassen sich weder ein würdevoller Frieden noch ein demokratischer Aufbau verwirklichen. Das zeigen uns nicht zuletzt die anhaltenden Militäroperationen und Repressionen gegen die kurdische Bewegung in Nordkurdistan, die wiederholten Bombenangriffe der türkischen Luftwaffe in Südkurdistan oder aber die Versuche, die tamilische Freiheitsbewegung – trotz langjähriger Friedensgespräche – einhergehend mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung militärisch zu zerschlagen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Arbeit der Akademie *Şehit Bêrîtan*, die im Folgenden vorgestellt wird, ein strategisches Standbein der kurdischen Frauenbewegung darstellt.

„Şehit Bêrîtan" – Akademie für die Verteidigung der Freien Frau

Auf der Gründungskonferenz der YJA Star (*Einheiten der Freien Frauen*) im März 2004 beschlossen die Delegierten den Aufbau der Akademie *Şehit Bêrîtan*. Der Name „*Şehit Bêrîtan*" wurde zum Gedenken an die Guerillakämpferin Bêrîtan gewählt, die mit ihrem Mut, ihrer Lebensliebe, ihrer solidarischen Freundschaft und ihrem Widerstand zu einem Symbol des Freiheitskampfes kurdischer Frauen geworden war. Für die Guerillakämpferinnen ist die Genossin Bêrîtan in vielerlei Hinsicht ein Vorbild, denn sie zeigte Initiative und kämpfte entschlossen gegen reaktionäre Einstellungen und Kollaboration. Bei einem Gefecht im Südkrieg [*in Südkurdistan; PDK und YNK gegen PKK*] kämpfte sie am 25. Oktober 1992 bis zur letzten Kugel und sprang darauf von einem Felsen in den Abgrund, um sich nicht den PDK-Peschmergas ergeben zu müssen, die sie eingekreist hatten und mit der türkischen Armee kollaborierten. Anstatt eines Lebens in Demütigung und Gefangenschaft hatte Bêrîtan es vorgezogen, in den Tod zu gehen. Ihr Widerstand hatte zur Folge, dass sich die Peschmerga-Einheiten zurückzogen. Der Kampfgeist, die Taten und die Worte Bêrîtans sind bis heute ein lebendiges Leitbild für den Frauenbefreiungskampf: „Und von Aufschrei zu Aufschrei rufe ich es heraus: Lang lebe die kämpfende Frau, die sich im Kampf befreit und mit der Befreiung wächst!"

In diesem Sinne ist es das Ziel der Akademie *Şehit Bêrîtan*, Guerillakämpferinnen und -kommandantinnen eine kontinuierliche Fortbildung zu ermöglichen sowie den Kampf der Fraueneinheiten auf der Grundlage der Frauenbefreiungsideologie und der Linie der legitimen Selbstverteidigung zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Nur wenige Wochen nach der YJA-Star-Gründungskonferenz fand die Eröffnungsfeier der Akademie in den *Medya-Verteidigungsgebieten* statt. Seitdem wurden insgesamt 10 Bildungsprogramme, d. h. in jedem Jahr ein Sommer- und ein Wintersemester, durchgeführt.

Aufbau und Einrichtungen der Akademie

An der Akademie *Şehit Bêrîtan* werden Kaderinnen für alle Arbeits- und Aufgabenbereiche der YJA Star und der HPG ausgebildet. Das umfasst ein breites Spektrum von der Vorbereitung auf die Übernahme neuer Verantwortung und Kampfgebiete, Bildungsarbeiten in den Einheiten, die Ausbildung von Selbstverteidigungskräften, Medien- und Dokumentationsarbeiten bis hin zur Übernahme von Aufgaben in den Gerichtsinstanzen und in der Logistik.

Die Auswahl der Schülerinnen und des Vorstandes erfolgt in Zusammenarbeit mit den YJA-Star-Kommandanturen in den jeweiligen Gebieten. Dort können die Kämpferinnen und Kommandantinnen selbst ihre Vorschläge zur Teilnahme an Bildungsprogrammen einreichen. Andere, insbesondere Frauen, die seit vielen Jahren im Kampf sind, bzw. Kämpferinnen mit verborgenem Entwicklungspotential, werden durch die Kommandantinnen in den Kampfgebieten vorgeschlagen. Bei der Bewertung der Vorschläge und der Zusammenstellung der Ausbildungseinheiten wird im Allgemeinen darauf geachtet, dass Freundinnen unterschiedlicher Altersgruppen mit verschiedenen Kampferfahrungen aus allen Teilen Kurdistans vertreten sind. Es gilt das Prinzip: Alle Frauen an der Akademie – einschließlich des Vorstandes – sind zugleich Schülerinnen als auch Lehrerinnen, eine jede Frau kann einer anderen etwas beibringen! Deshalb sind die unterschiedlichen Lebenserfahrungen, das Wissen und die Fähigkeiten einer

jeden das Potential, auf das die Akademie bei der Entwicklung ihrer Arbeiten und der Ausbildung zurückgreifen kann. Nach der Ausbildung werden die Absolventinnen der Akademie den Bedürfnissen des Kampfes entsprechend auf Einheiten in unterschiedlichen Gebieten verteilt und bekommen neue Aufgaben übertragen. Nahezu alle wollen sich darauf vorbereiten, in die Kampfgebiete in Nordkurdistan zu gehen, wie beispielsweise nach Botan, Garzan, Amed, Dersim, Erzurum oder Serhat.

Auch wenn die Akademie seit ihrer Gründung zum Schutz vor Angriffen wiederholt ihren Standort wechseln musste, so haben die Schülerinnen immer wieder großes Geschick und Anstrengungen gezeigt, sich selbst ein Umfeld aufzubauen, in dem sie sich in den Bergen Kurdistans gemeinsam weiterbilden, lernen und leben können. Angefangen von Schlaf- und Essensplätzen über eine Schule, Bücherei und Sportplatz bis hin zu Küche, Bademöglichkeiten und Schutzvorrichtungen gegen Bomben- und Granatenangriffe schafften sie sich an jedem Ort den Natur-, Sicherheits- und Wetterbedingungen entsprechend ein neues Akademieumfeld.

An den fünfmonatigen Bildungsprogrammen nehmen jeweils zwischen 40 und 80 Schülerinnen teil. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder, die gemeinsam den technischen und inhaltlichen Ablauf, die Organisation und Koordination der Arbeiten an der Akademie regeln, wird der Anzahl der Schülerinnen angepasst. Neben dem Vorstandsgremium aus 3 bis 7 Mitgliedern wird der erweiterte Vorstand auf den alle 45 Tage stattfindenden Generalversammlungen der Akademie jeweils neu aus den Reihen der Schülerinnen zusammengesetzt. Dort werden zugleich auch Freundinnen gewählt, die für die folgenden anderthalb Monate die Verantwortung in Komitees für bestimmte Aufgabenbereiche und Einrichtungen der Akademie übernehmen. Hierdurch können alle Beteiligten im Akademiealltag ihre Kompetenzen erweitern und praktische Erfahrung in Leitungsaufgaben gewinnen. Der wichtigste Aufgabenbereich umfasst die Sicherheit und Verteidigung der Akademie, die durch die Schülerinnen selbst gewährleistet werden.

Das Logistik-Komitee organisiert die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Dingen. Hierbei achten die Mitglieder dieses Komitees darauf, dass in der Natur vorhandene Möglichkeiten wie Weintrauben, Essigbaum (Simak), Feigen, Maul- und Brombeeren, Walnüsse, Granatäpfel und die vielen verschiedenen Kräuter genutzt werden. Zudem werden an geeigneten Stellen Gemüsegärten angelegt. Während das Logistik-Komitee über Verwendung, Aufbewahrung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel entscheidet, werden der tägliche Küchendienst und das Brotbacken reihum von allen Akademieschülerinnen übernommen.

Ein weiteres Komitee ist für die Medien- und Pressearbeit zuständig. Während in der Anfangsphase die Pressestelle der YJA Star in der Akademie integriert war, hat der Arbeitsumfang die YJA-Star-Pressestelle im Laufe der Zeit zu einer eigenständigen Einrichtung wachsen lassen. Sie hat eine eigene Homepage, die regelmäßig aktualisiert wird, gibt die monatliche Zeitschrift „Star" sowie Bücher heraus und hat eigene Archiv-, Kamera- und Reportageteams. Das Medien- und Pressekomitee der Akademie *Şehit Bêrîtan* hingegen organisiert Interviews, das Schreiben von Artikeln und Gedichten für die YJA-Star-Zeitschrift, die Homepage und die HPG-Zeitschrift „*Parastina Gel*". Dadurch besteht die Möglichkeit, die Diskussionen und die Ergebnisse der Arbeiten an der Akademie mit den Freundinnen in allen Einheiten des YJA Star zu teilen. Aber zugleich auch zu Themen, die das allgemeine Leben und den Kampf in der Guerilla betreffen, Gedanken und Standpunkte auszutauschen. Diese Guerillazeitungen sind sehr beliebt und stellen eine wichtige Materialquelle für die Bildungsarbeiten in den Einheiten dar. Des Weiteren erstellt das Medien- und Pressekomitee eine Wandzeitung für die Schule der Akademie. Alle Schülerinnen sind eingeladen, zu bestimmten Themen Artikel zu schreiben oder aber ihre Gedanken und Gefühle in Gedichten, Geschichten und Karikaturen festzuhalten. Jeden Monat werden zum Gedenken an gefallene Freundinnen Kurzbiographien bzw. Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse mit diesen verfasst. Außerdem gibt es ein Quiz, mit dem die Schülerinnen zugleich ihren Wissensstand prüfen können. Die täglichen Ereignisse an der Akademie, besondere Erfolge einzelner Freundinnen und der Diskussionsverlauf im Unterricht werden außerdem in einem Akademietagebuch festgehalten. Auch der Verlauf von Feierlichkeiten und Kulturprogrammen zu bestimmten Anlässen wie dem Internationalen Frauenkampftag am 8. März, dem Jahrestag der Aktion von Heval Zilan am 30. Juni oder dem Beginn des bewaffneten Kampfes am 15. August können im Tagebuch nachgelesen werden.

Trotz akuten Büchermangels zeigt das Bücherei-Team große Sorgfalt, die vorhandenen Bücher zu schützen und zum Lesen gerecht zu verteilen. Um den Bücherbestand der Akademie zu erweitern, hat sie eine Bücherspendenkampagne begonnen. Diesen Aufruf möchte ich an dieser Stelle weiterleiten. Gefragt sind insbesondere Bücher, die einen Beitrag zum Bildungsprogramm leisten können, aber auch Enzyklopädien, Romane und Sachbücher zu anderen Themen in den Sprachen Kurdisch (Kurmanji, Zazaki und Sorani), Türkisch, Arabisch und Persisch.

Das Sport-Komitee organisiert und leitet den Morgensport, Ballspiele, Selbstverteidigungstraining und in diesem Sommer auch den Schwimmunterricht in einem nahe gelegenen Gebirgsfluss. Für technische Probleme wie beispielsweise die Wartung und Reparatur des Generators oder die Einstellung von Satellitenschüssel, Fernseh- und Funkgeräten ist das Technik-Komitee ansprechbar. Des Weiteren gibt es ein Gesundheitskomitee, das in dringenden Fällen Erste Hilfe leisten kann.

(Fortsetzung folgt im nächsten Kurdistan Report)

Erste Zusammenfassung und Auswertung vom Amed-Camp

Internationalismus bedeutet gemeinsamer Widerstand!

Ellen Jaedicke

Das *Internationale Amed-Camp* hat vom 25.–30.9.09 in Amed (Diyarbakır) im Rahmen vom ersten *Mesopotamischen Sozialforum* (MSF) unter dem Slogan „Internationalismus bedeutet gemeinsamer Widerstand – Freies Leben bedeutet demokratischer Kommunalismus“ stattgefunden. Teilgenommen haben ungefähr 150 Aktvist_innen aus Kurdistan, dabei vor allem aus der kurdischen Jugend- und Frauenbewegung, aus Deutschland, Italien, Baskenland, Palästina, Frankreich, Österreich, Holland und der Türkei. Sechs Tage lang wurde gemeinsam in morgendlichen Plena, in Diskussionsveranstaltungen und spontanen Gesprächsrunden diskutiert, mal mehr und mal weniger konstruktiv.

„Bei den Workshops und in den Diskussionen ist mir am meisten aufgefallen, dass die aus Europa Kommenden schnell nach pragmatischen Lösungen gesucht haben, versucht haben, einen gemeinsamen Nenner zu finden und konkret an konkreten Issues zu arbeiten. Von den kurdischen Genoss_innen gab es Analysen zum Kapitalismus, den Wunsch, Kapitalismus als Ganzes zu begreifen und dementsprechend Lösungen zu finden. Es ging eher um für uns abstrakte Begriffe wie Freiheit und ein freies Leben, die aber auch einen Inhalt haben.“, beschreibt es eine Camper_in aus Deutschland und fährt fort: „Ich finde das ein sehr konkretes und sehr positives Ergebnis. Nicht unbedingt als Widerspruch formuliert, sondern die Aufforderung, das Ganze als Ganzes wahrzunehmen und dementsprechend sich zu organisieren und auch zu kämpfen. Ich finde, das könnte eine echte Perspektive sein!“

Das Modell vom demokratischen Konföderalismus spielte in den Diskussionen eine große Rolle. Es wurde versucht zu vermitteln, was sich hinter der in Europa noch sehr unbekannten Idee dieser radikalen Basisdemokratie verbirgt. Auch ging es um die konkrete Umsetzung und die Schwierigkeiten dabei und um die Frage nach Übertragbarkeit dieses Lösungsansatzes in den Mittleren Osten und dabei vor allem in Regionen wie Palästina. Ebenso gab es Workshops zu Themen wie der Situation von Schwulen, Lesben und Transmenschen weltweit, feministischen Perspektiven, Ökologie und Freiheit, Antimilitarismus, der Bedeutung von Jugendbewegungen und vielem mehr.

Die Camper_innen versuchten bis in die frühen Morgenstunden hinein, den Begriff des Internationalismus mit konkreten Inhalten zu füllen. Viele sehr grundlegende Gedanken fanden hier ihren Platz: „Das Camp hat klargemacht, wie schwierig es ist, internationalistisch zu arbeiten. Es ist nötig, weil wir in einem globalen kapitalistischen System leben, Kriege global geführt werden und eine befreite Welt es braucht, dass AktivistInnen überall kämpfen und sich aufeinander beziehen. Aber solange EuropäerInnen sich überlegen fühlen oder sich zumindest so verhalten, vieles besser wissen, viel Raum einnehmen, ohne viel zu geben, wird es schwierig sein, tatsächlich internationalistisch zu arbeiten. Wir müssen bereit sein zu reflektieren, was 500 Jahre Kolonialismus auch mit uns gemacht haben. Dann wären vielleicht die Bedingungen für eine internationalistische Perspektive gegeben.“, schlussfolgerte die Camper_in aus Deutschland.

So hatte der Campprozess seine Ecken und Kanten und wurde dennoch von vielen der Teilnehmer_innen als erster Schritt in Richtung einer weiteren Zusammenarbeit verstanden.

„Selbstverständlich war es für uns gut, internationale Aktivist_innen und Organisationen kennenzulernen. Es war nützlich, mal zu hören, wie wir aus anderen Ländern gesehen werden bzw. mit welchen Fragen und Problemen sie sich dort beschäftigen.“, erklärte eine Camper_in der kurdischen Frauenbewegung und ergänzte: „Aus den gemeinsamen Diskussionen heraus konnten wir sehen, welche Kritik sie an unserer Bewegung haben – aus ihrer Perspektive heraus, aus ihrer Art heraus, Politik zu machen, und gekoppelt mit den Schwierigkeiten, mit denen sie sich konfrontiert sehen. Mehrheitlich beriefen sich die Freund_innen aus Europa auf anarchistische Prinzipien und fragten vor allem nach unserer Art, uns zu organisieren, und danach, wie bei uns Entscheidungen getroffen werden. Ich glaube, weil sie davon ausgehen, dass unsere Organisierungsart nicht demokratisch ist, Entscheidungen von oben getroffen werden und der Basis aufgezwungen werden. Mit diesen Vorurteilen im Hinterkopf wollten sie Antworten von uns bekommen. Ich denke, dass es dennoch ein Austausch war, da wir die Möglichkeit hatten, uns zu erklären, und die Freund_innen aus Europa die Möglichkeit hatten, ihre Vorurteile zu überprüfen. Und ich denke, dass sich jede_r die eigenen Vorstellungen und Bilder in den Diskussionen in Bewegung gebracht hat.“

Einer der kurdischen Freunde erklärte: „Das *Internationale Amed-Camp* wurde generell und auch von der lokalen

Bewegung positiv bewertet. Schön war vor allem, dass Vertreter_innen verschiedenster Organisationen aus unterschiedlichen Ländern kamen, um die Ideologie unserer Bewegung und unsere politische und lebenspraktische Realität kennen zu lernen."

Neben Diskussionen gab es verschiedenste und sehr kraftvolle Demonstrationen, an denen sich auch die Camper_innen beteiligten. Slogans in unterschiedlichsten Sprachen wurden gerufen, internationale Lieder wie „Bella Ciao" angestimmt und immer wieder „Hoch die internationales Solidarität!". Jugendliche aus Kurdistan und aus Deutschland hatten vor der Demo ein Transparent vorbereitet: „Bijî piştgirîya enternasyonal - Von Berlin bis Amed: Internationale Solidarität!"

Auch an die vielen kurdischen Freund_innen in den Gefängnissen wurde gedacht und mehr als 100 Postkarten mit solidarischen Grüßen an sie verschickt. In der Eröffnungsrede vom Camp wurde darüber hinaus betont, dass die kurdische Befreiungsbewegung schon immer eine internationalistische Bewegung war, in der auch Internationalist_innen aus der Türkei, Deutschland, Griechenland gekämpft haben. Erinnert wurde an dieser Stelle an unsere deutschen Genossinnen Uta und Ronahî (Andrea Wolf), die im gemeinsamen Widerstand mit der kurdischen Befreiungsbewegung ihr Leben verloren haben.

Eine Berichterstattung über das Camp und das MSF gab es vor allem in der kurdischen Presse. Die türkischen Medien haben so gut wie nichts darüber berichtet bzw. haben „so wie während der letzten 30 Jahre kurdischen Widerstandes die MSF-TeilnehmerInnen als SympathisantInnen von Terroristen diffamiert", erklärte eine der Camper _innen aus Kurdistan und fügte hinzu, dass die selektive Berichterstattung insbesondere beim „internationalen Frauenfackelmarsch deutlich wurde, der von der türkischen Presse nicht aufgegriffen wurde, da außer Aktionen vom Krieg nichts von unserem Widerstand Beachtung findet". In der internationalen Presse wurde das Camp/MSF am Rande im Mittleren Osten erwähnt, in Europa hingegen fast gar nicht.

Der Wunsch, weniger isoliert und in Bezug aufeinander eine Perspektive der Befreiung zu finden, wurde immer wieder von Camper_innen formuliert. So wird der Prozess auf unterschiedlichen Ebenen weitergehen. Dazu haben Frauen der kurdischen Frauenbewegung DÖKH, des sozialistisch-feministischen Kollektivs aus Istanbul und autonome Feministinnen aus Europa beschlossen, dem Internationalen Weltfrauentag am 8. März durch eine länderübergreifende Organisierung mehr Gewicht zu verleihen. Und jugendliche Camper_innen aus Kurdistan, dem Baskenland und Deutschland werden 2010 gemeinsam ein internationales Jugendcamp organisieren. „Um den Geist der damals so hoffnungsgebenden 68er Generation wieder aufzunehmen und mit neuem Leben zu erfüllen." ♦



Internationalistische Frauendemo in Amed gemeinsam mit Amed-Camp und MSF Foto: Annett Bender

Das MSF will die verschiedenen Kämpfe im Mittleren Osten zusammenbringen

Das Mesopotamische Sozialforum – ein Ort der Diskussion und Aktion

Interview mit Tuncay Ok zum *Mesopotamischen Sozialforum* in Diyarbakır

Vom 27. bis 29.09.2009 fand in Diyarbakır das erste *Mesopotamische Sozialforum* (MSF) statt. Angegliedert war auch ein „*Internationales Camp*", mit Besuchern aus Europa. Tuncay Ok, Mitorganisator des MSF, berichtet über Vorbereitungen und Verlauf.

Seit wann gab es die Idee, das MSF in Diyarbakır durchzuführen?

Vor anderthalb Jahren wurde die Idee geboren. Das MSF war notwendig geworden, um die Frauenfrage, die ökologischen Fragen und die Probleme der unterdrückten Völker der Region anzugehen. Es gibt verschiedene Bewegungen: nationale Befreiungsbewegungen, die Frauenbewegung, die Bewegung der Homosexuellen und Transsexuellen sowie anderer unterdrückter Menschen. Alle haben ihre sozialen Kämpfe und gewisse Merkmale und Ziele. Es geht um die Menschlichkeit und auf dieser Basis ist es notwendig, dass die Menschen zusammenkommen und jetzt im 21. Jahrhundert diskutieren.

Die in der Welt organisierten Sozialforen sind der Ort, wo alle diese Bewegungen zusammenkommen. Das MSF will die verschiedenen sozialen Kämpfe im Mittleren Osten zusammenbringen.

Es gibt eine Tradition der Sozialforen: das *Weltsozialforum*, das *Europäische Sozialforum*. Wie ordnet sich das MSF da ein?

Das MSF erkennt die Prinzipien des *Weltsozialforums* an. Wir stehen in Beziehung und Solidarität mit den anderen Sozialforen, die in der Welt organisiert werden, haben aber einen besonders engen Bezug zum *Europäischen Sozialforum*. Das MSF bezieht sich auf ein Gebiet, eine Region, nicht auf ein Land. Die Vorbereitungen liefen in Zusammenarbeit mit den anderen Sozialforen und profitierten auch von deren Erfahrungen.

Gab es Schwierigkeiten bei der Durchführung und Vorbereitung des MSF seitens des türkischen Staates?

Ja, es gab Probleme. Die Probleme rühren daraus, dass die Türkei ein nationalistischer und ein nur begrenzt demokratischer Staat ist. Wir sind in einer Region, wo die Kurden leben. Darüber hinaus gibt es noch viele andere Ethnien und Kulturen. Aber der türkische Staat negiert alle anderen Kulturen, die nicht türkisch und islamisch sind. Das ist die Staatsideologie, darauf basiert der Staat. Wir haben versucht, die ganzen Kulturen der Region zusammenzubekommen. Also die Lasen, die Assyrer, die verschiedenen religiösen Minderheiten, die Yeziden und alles, was sonst in der Region zusammen lebt. Das war für uns sehr wichtig.

Ein anderes großes Problem war, dass im letzten Jahr sehr viele Freunde, die hier mitgewirkt haben, festgenommen wurden. Die Medien hier in der Türkei sind sehr staatsnah und befinden sich in einigen wenigen Händen. Die haben das Forum boykottiert. Das Sozialforum wurde vor allem von den alternativen Medien mitverfolgt. Die bürgerlichen Medien haben auch von Zeit zu Zeit Nachrichten herausgebracht, aber mehr, um es zu diskreditieren. Das Gelände, auf dem das MSF hier stattfindet, wurde vom Staat immer beobachtet und umstellt. Bei den Demonstrationen und Konzerten, die wir gemacht haben, haben wir das gespürt.

Wie ist denn das MSF die letzten drei Tage organisatorisch abgelaufen?

Wir haben zuerst versucht, unter der Mitwirkung von vielen Leuten, nicht nur von hier, die thematischen Achsen festzulegen, also die großen Themenblöcke. Dabei standen wir mit vielen antineoliberalen, antikapitalistischen linken Organisationen in Kontakt und haben deren Meinungen und Vorschläge eingeholt. Wir haben auch versucht, die großen Probleme im Mittleren Osten in die Veranstaltung mit hereinzunehmen. Ein Thema war die Probleme der Völker im Mittleren Osten, die durch Repression unterdrückt werden. Das sind vor allem die Kurden, die Palästinenser, aber auch Menschen im Libanon, aus Jordanien und dem Irak. Mit denen haben wir gemeinsam diskutiert. In drei Tagen haben wir 50–60 Veranstaltungen durchgeführt sowie 30 Workshops. Es gab auch viele kulturelle Veranstaltungen. Die Menschen aus verschiedenen Kulturen haben ihr Theater vorgestellt, ihre Musik und weitere künstlerische Tätigkeiten. Diese Möglichkeit haben wir versucht zu bieten. Wir haben z. B. sehen können, dass sich der Kampf der Kurden und der Palästinenser in vielen Punkten ähnelt. Auch der antiimperialistische Kampf in Kurdistan und im Irak hat Ähnlichkeit. Es wurde auch sichtbar, dass es in Europa Menschen und Kreise gibt, die in Solidarität mit

Menschen aus aller Welt stehen, die für ihre Freiheit kämpfen. Auch in Europa gibt es Bestrebungen, ein alternatives Leben zu führen, fernab vom kapitalistischen System. Aus Lateinamerika und Mexiko waren ebenfalls Leute da. Die Bewegungen von dort haben uns viel geben können.

Wie war die Einbindung des „*Internationalen Camps*", an dem sich viele junge Leute aus Europa beteiligt haben?

Viele Leute vom Camp waren in die Vorbereitung des Camps und des MSFs eingebunden. Wir haben das zusammen ausgearbeitet. Ich möchte ganz klar sagen, dass es sehr viele gute Beiträge aus den Reihen des „*Internationalen Camps*" gab. Dies ist auch ein sehr gutes Beispiel für internationale Solidarität. Es war ein Bild dafür, wie sich junge Menschen aus Europa mit den Menschen hier im Mittleren Osten solidarisieren.

Mein persönlicher Eindruck war, dass nicht so viele Menschen aus Syrien, Irak und Iran hier teilgenommen haben. Täuscht der Eindruck?

Wir haben versucht, Kreise aus dem Iran zu erreichen, aber aufgrund der politischen Situation war es unmöglich, dass die Leute hierher kommen konnten. Aber es haben einige Iraner teilgenommen, die im Exil leben. Aus Irakisch-Kurdistan, aus Südkurdistan, gab es viele Menschen, die hier teilgenommen haben. Es gab auch offizielle Vertreter aus Südkurdistan, z. B. aus den Stadtverwaltungen. Aus Syrien sind auch sehr wenig Personen aufgrund der politischen Situation gekommen. Die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei sind sehr gut. Es gab in der letzten Zeit viele Abkommen, das hat vieles erschwert. Aus dem Libanon wollten 20 Personen teilnehmen, aber sie haben alle keine Visa bekommen. Die Türkei hat keine Visa erteilt. Aus allen vier Teilen Kurdistans waren Menschen hier.

Welche Ergebnisse, welche Workshops waren besonders wichtig?

Die vielleicht wichtigste Veranstaltung war die über die Aufteilung und Trennung der Menschen im Mittleren Osten, die war für mich am bedeutendsten. Außerdem gab es in den verschiedenen Veranstaltungen viele Diskussionen zur kurdischen Frage, zur Lösung der kurdischen Frage. Es gibt eine große ökologische Zerstörung in der Region. Die resultiert vor allem aus dem andauernden Krieg. In Kurdistan gibt es eine andauernde kulturelle Assimilation, die auch durch die Zerstörung des Landes vorangetrieben wird. Das kulturelle Erbe wird zerstört wie z. B. Hasankeyf, welches die Kultur dieser Region repräsentiert. Das geschieht ganz bewusst. Momentan wird die Natur in Dersim zerstört. Das erfolgt aus sicherheitspolitischen Gründen. In den Grenzregionen zu Iran und Irak werden Staudämme gebaut. Auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Das ist auch ein sehr wichtiger Aspekt.

Jetzt zum Ausblick. Wie geht es weiter in Kurdistan, in Mesopotamien, nach dem MSF?

Das MSF besteht weiterhin als Struktur. Nächstes Jahr wird ja das *Europäische Sozialforum* in Istanbul stattfinden und da wirken wir auch mit. Die Arbeit geht weiter und vielleicht haben wir in ein bis zwei Jahren ein MSF, das noch größer und umfassender ist. ♦



Veranstaltung auf dem *Internationalen Amed-Camp/Mesopotamischen Sozialforum* Foto: Annett Bender

Nach der Flutung des Uzunçayır-Staudamms in Dersim

Proteste gegen zerstörerische Talsperrenprojekte weiten sich aus

Von Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

In den vergangenen Monaten hat sich zu den vielen umstrittenen geplanten und mit den begonnenen Talsperrenprojekten in der türkischen Republik viel getan. Sowohl Positives als auch Negatives entwickelte sich zu diversen Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekten im ganzen Land.

Der Fall Ilisu-Staudamm ist weitgehend in Europa bekannt, aber über dieses Projekt hinaus werden Dutzende weitere Projekte umgesetzt. Bis zu 2 000 Projekte sind in Planung. Es herrscht in der Türkei eine rege Bau- und Vergabetätigkeit. Der Staat vergibt über das *Staatliche Wasseramt* DSI Projekte an Unternehmen, meistens nach dem Build-Operate-Transfer-Modell[1].

Das DSI möchte auf allen Flüssen und den meisten Bächen Talsperren bzw. Wasserkraftwerkprojekte errichten. Ungeachtet der möglichen problematischen Auswirkungen soll jedes theoretisch-technische Potential, Strom zu produzieren, ausgenutzt werden. Außerdem sollen möglichst viele Ebenen durch Stauseen bewässert werden. Ohne Rücksicht auf Natur, Kultur und Mensch werden Projekte geplant und umgesetzt. Wenn dies nicht teilnahmslos hingenommen wird, sind Konflikte unausweichlich. Das genau passiert in der Türkei und in Nordwestkurdistan. Immer mehr Menschen hinterfragen die Talsperren- und Wasserpolitik des Staates[2]. Sie wollen nicht für den angeblichen Fortschritt mit ihrer Vertreibung und dem Verlust ihrer Umwelt und Kultur bezahlen. Das kritische Hinterfragen breitet sich in alle Teile Anatoliens und Mesopotamiens aus. Dazu haben zweifellos die negativen Erfahrungen bisheriger umgesetzter Projekte und ein verändertes Verständnis von Entwicklung, kulturellem Erbe und Natur beigetragen.

Ende September 2009 fand in Diyarbakır (Amed) das erste Sozialforum Mesopotamiens statt. Hier trafen sich auch die talsperrenkritischen Bewegungen des Landes zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Neben den Bewegungen gegen die Ilisu-, Yortanlı- (Allianoi) und Munzur-Talsperren waren auch zum ersten Mal Vertreter vom Cilo-Naturverein aus Hakkari und von der Cizre-Initiative aus Şırnak anwesend. In Hakkari und Şırnak sind auch etwa zwanzig große Talsperren geplant, wovon zwei sich im Bau befinden.

Immer mehr talsperrenkritische Gruppen und Initiativen kommen zusammen, nicht nur kurdische. Dies ist schon seit längerer Zeit in der mittleren bzw. östlichen Schwarzmeerregion der Fall. Über die Kampagne gegen den Yortanli-Staudamm regen sich auch in der Ägais- und Mittelmeerregion immer mehr Menschen, um gegen zerstörerische Talsperren und Wasserkraftwerke zu protestieren. Die Proteste weiten sich somit auf alle Regionen aus und nehmen einen flächendeckenden Charakter an. Dabei ermutigt jeder erfolgreiche Kampf andere zur Selbstorganisierung. Dieser zivile Protest ist in der Tat etwas Besonderes für dieses bisher immer totalitär regierte Land. Nationalismus und staatlicher Anspruch – der Staat wird von den meisten Menschen als ein heiliges Gebilde betrachtet – sind so stark, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung sich nicht querstellen möchte und auch wegen Repressionen konform bleiben will. Insofern mag dieser anwachsende Protest so manchen überraschen. Doch wenn die Lebensgrundlagen von so vielen Menschen mit desaströsen Infrastrukturprojekten angegriffen werden, ist diese Kritik eigentlich selbstverständlich und überfällig.

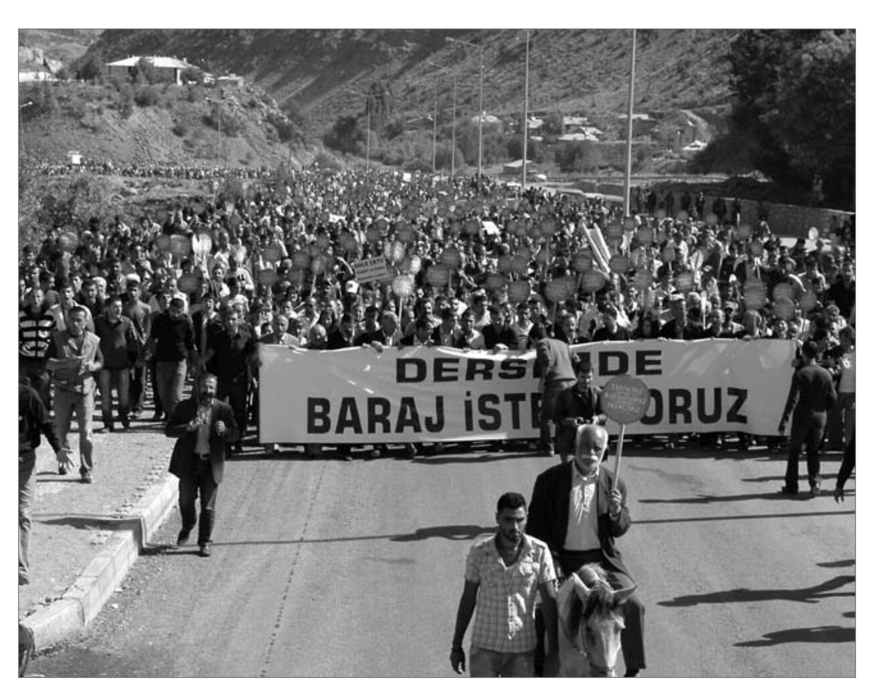
Nun gilt es, die historische Gelegenheit zu ergreifen und die talsperrenkritischen Bewegungen zusammenzubringen und eine politische Offensive zu starten. Nur durch gemeinsames Handeln können die Ohnmacht in jeder Region überwunden und die Regierenden in Bedrängnis gebracht werden. Es muss darum gehen, grundsätzlich eine Veränderung zu bewirken. Die Zeiten dafür sind besser denn je geeignet. Das Ilisu- und das Yusufeli-Projekt konnten vorläufig gestoppt werden, die Projekte Konaktepe I+II in Dersim kommen seit Jahren nicht voran und der Yortanlı-Staudamm kann den 2000-jährigen Gesundheitsort Allianoi trotz Fertigstellung aufgrund von Prozessen nicht fluten.[3] Hier muss angesetzt werden.

Die letzten 2–3 Jahre waren wichtig, damit die wichtigsten talsperrenkritischen Strukturen sich kennenlernen und die Vorurteile gegeneinander abbauen. Die ungelöste kurdische Frage wirkte sich nämlich auch hier aus. Die türkischen Bewegungen aus der Schwarzmeerregion hatten aufgrund des vorherrschenden Nationalismus ihre Vorurteile gegenüber den KurdInnen. Doch sie sehen, dass eine Zusammenarbeit thematisch in guter Form möglich ist. Ein Ergebnis war die gemeinsame Demonstration am 6. Juni 2009 in Ankara gegen die destruktive Talsperrenpolitik der Regierenden.

Die Bewegungen müssen es schaffen, dass die bisherige Sichtweise „das Flusswasser soll nicht umsonst fließen“ zunichte gemacht wird und aus einer anderen Perspektive die Beziehungen zur Ökologie wie zu Flüssen aufgenommen werden. Wenn die Bewegungen scheitern, wird die Natur großen irreparablen Schaden nehmen, werden unzählige Kulturschätze zerstört und Hunderttausende weitere Menschen vertrieben werden.

Zusammen mit der Talsperrenpolitik muss eine generelle neue Wasserpolitik gefordert werden. Da Wasser wie Energie ein Querschnittsthema ist, müssen andere Aspekte in der Gesellschaft mitdiskutiert werden. Diese wären zum Beispiel: erneuerbare Energien, bewässerte Landwirtschaft, kulturelles Erbe, regionale Entwicklung, Flussökosysteme, Wasserprivatisierung, Umsiedlung, Partizipation. Generell muss die Frage gestellt werden, wie wir mit unseren Wasserressourcen umgehen sollen und inwiefern Wasser entnommen und in seiner Form beeinflusst und beeinträchtigt werden darf. Wie muss hierbei das Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Natur und der Menschen aussehen? Wie sollte bei der Nutzung des Wassers die „soziale Gerechtigkeit“ erreicht werden? Diese Fragen versuchte die *Another Water Management Is Possible Campaign* im März auf dem Alternativen Wasserforum in Istanbul zu diskutieren.

Oben wurde auf die neuen talsperrenkritischen Strukturen in Cizre und Hakkari hingewiesen. Hier muss auch erwähnt werden, dass der Verein Kayy-Der sich nun auch vermehrt gegen die Talsperren auf dem Peri-Fluss zu stellen beabsichtigt und deswegen Kontakte mit den anderen talsperrenkritischen Bewegungen aufbaut. Kayy-Der ist ein Verein, der von Menschen der Region zwischen den Regionen Karakoçan-Elazığ und Bingöl-Kıği vor vielen Jahren aufgebaut wurde. Am Peri-Fluss wurde im Jahre 2000 der Özlüce-Staudamm fertiggestellt, nun wird ein zweiter gebaut. Drei weitere sollen folgen. Damit wäre das ganze Tal eine Kette von Stauseen und die Zerstörungen nicht auszudenken.



20 000 demonstrieren gegen die Talsperren in Dersim   Foto: DIHA

Historischer Protest in Dersim gegen Talsperren

Eine wichtige Entwicklung findet zurzeit zu den Talsperren- und Wasserkraftprojekten in Dersim statt. Am 17. August 2009 wurde begonnen, den Stauraum des vor etwa 5–6 Jahren weitgehend fertiggestellten Uzunçayır-Staudammes zu füllen. Dies war seit Jahren angekündigt, nun wurde es nach technischen Problemen und Korruptionsfällen realisiert. Heute ist der knapp 20 km lange Stausee zumeist gefüllt und erreicht die Stadt Dersim. Mehrere Dörfer sind überflutet. In den anschließenden Wochen ging ein Aufschrei durch die Dersim-Community. Denn die musste mit ansehen, wie ein wichtiges Gebiet ihrer Provinz überflutet wurde und bedeutendes Kultur-, Naturerbe und Lebensraum verloren ging. Jetzt wollen plötzlich viele Menschen und Gruppen etwas unternehmen. Zuvor herrschte etwa vier Jahre lang große Stille unter den Menschen aus Dersim. Denn um 2005 ging den Kampagnen gegen die Staudämme in Dersim die Puste aus, nachdem sie 4–5 Jahre ständig protestierten.

Ab 2000/2001 führten in Istanbul drei Organisationen Kampagnen durch, in Dersim selbst koordinierte ein Verein die Aktivitäten. Zum einen gab es zwischen den verschiedenen Gruppen eine gewisse Konkurrenz untereinander, was an der „politischen Vielfalt“ der Menschen aus Dersim liegt, und zum anderen – dies dürfte wichtiger sein – fehlte ihnen eine wirkliche Perspektive und die inhaltliche Ausfüllung ihrer Kampagnen. Die Kampagnen blieben teilweise zu emotional, aber auch zu aktionistisch und propagandistisch und somit oft oberflächlich. Nur die Istanbuler Studierendengruppe „Die Verrückten von Munzur“ (Bome Munzurî) war durch ihre vielfältigen, auffälligen und direkten Aktionen anders, doch sie löste sich Anfang 2006 auf.

Die letzten Wochen kamen Intellektuelle, Künstler und verschiedene Dersim-bezogene Organisationen in Istanbul zusammen. Sie schlossen sich mit 37 Organisationen in Dersim – wie der *Menschenrechtsverein* IHD, Gewerkschaften, Stadtverwaltung, Vereine, Parteien etc. – zusammen und organisierten am 10. Oktober eine gemeinsame große Demonstration in Dersim mit 20 000 Menschen. Sie liefen fünf Kilometer unter dem Motto „Wir wollen keine Talsperren in Dersim“ bis an den neuen

Stausee, wo sie die Verwandlung des Munzurflusses in einen künstlichen See scharf kritisierten. Die Bürgermeisterin von Dersim, Edibe Şahin, hob hierbei hervor, dass sie selbst über ihr Leben und ihre Umwelt bestimmen wollen sowie ihr natürliches Lebensrecht nicht durch große Staudämme und Stauseen weggenommen werden darf.

Dies war die größte politische Veranstaltung in Dersim nach dem Militärputsch 1980. Und es war die größte umweltpolitische Veranstaltung in der Geschichte der Türkei überhaupt. Damit haben die Menschen den in ihnen steckenden Widerstandsgeist gezeigt und den Grundstein für eine breite Bewegung gelegt. Wichtig ist, dass nun die aktiven Menschen und Organisationen etwas Dauerhaftes auf die Beine stellen und eine langfristige Kampagne hinbekommen.

Zunächst muss alles darangesetzt werden, dass mit keinen weiteren Talsperrenprojekten in Dersim begonnen wird. Gleichzeitig muss an Alternativen für die Stromerzeugung und zur regionalen Entwicklung gearbeitet werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den anderen talsperrenkritischen Gruppen ist ebenfalls bedeutsam. Langfristig könnte bei einer erfolgreichen Kampagne der Rükkbau der Uzunçayır-Talsperre gefordert werden. Die Menschen aus Dersim sind gegenüber dem Talsperrenproblem sehr aufgeschlossen. Es ist seit Jahren eines der Hauptthemen in der Provinz. Insofern ist das Potential für eine Mobilisierung der Menschen groß. Die Bewegung der Menschen aus Dersim könnte sogar eine antreibende Kraft insgesamt in der Türkei werden.

Talsperren in Şırnak und Hakkari

Neben Dersim sticht im negativen Sinne auch die Region an der Grenze zum Irak in Bezug auf Talsperren hervor. Seit Ende letzten Jahres werden in den Provinzen Şırnak und Hakkari zwei Talsperren direkt an der irakischen Grenze gebaut. Es handelt sich insgesamt um elf Talsperren. Doch sind es keine Talsperren zur Stromerzeugung, für Bewässerung oder Trinkwasser – es sind militärstrategische Projekte. Die Stauseen dieser Talsperren, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben werden, sollen die Wege der kurdischen Guerilla absperren und so dem türkischen Militär einen Vorteil schaffen. Unabhängig davon, ob sie militärisch wirklich sinnvoll sind, zeigt dies, dass der türkische Staat auf lange Sicht die kurdische Frage als nicht zu lösen betrachtet. Das ist sehr bedenklich.

Sieben Talsperren in Şırnak und vier in Hakkari sollen Dutzende Kilometer Strecke unpassierbar machen. Sie werden zur Vertreibung von Tausenden Menschen und zur Zerstörung einer ökologisch ganz besonders wertvollen Landschaft führen. Die in Hakkari geplanten Talsperren werden außerdem das Kerngebiet der christlichen Nasturis (Nestorianer) überfluten. Die Nasturis sind den Assyrern/Aramäer nahe und verließen das Gebiet bis zu den 70er Jahren aufgrund anhaltender Unterdrückung. In der Vergangenheit wurde von Menschen darauf hingewiesen, dass viele Talsperren in Kurdistan hauptsächlich zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. Während dies bei den bisherigen Talsperren diskutabel ist – da die Talsperren sowohl verschiedene ökonomische als auch politische Ziele verfolgen –, ist diese Absicht bei diesen elf Talsperren an der Grenze eindeutig der Fall. ♦



Im August wurde begonnen, das Wasser am Uzunçayır-Staudamm zu stauen. Fast 20 Kilometer lang ist der Stausee und hat viele Dörfer unter den Wassermassen begraben. Foto: DIHA

Fußnoten:

1. Nach diesem Modell organisieren die Unternehmen die Finanzierung des Baus. Dafür können sie die Talsperre/das Wasserkraftwerk für viele Jahre betreiben und den produzierten Strom für einen garantierten Preis an den Staat verkaufen.
2. Die bisherigen Regierungen der türkischen Republik haben sich in Bezug auf die Wasserpolitik nie unterschieden, daher ist von einer Staatspolitik die Rede.
3. Anfang Oktober ergingen zwei Gerichtsbeschlüsse zum Yortanlı-Staudammprojekt, die in sich widersprüchlich sind. Der eine bestätigt den Denkmalschutzgrad ersten Ranges und der andere sieht darin kein Problem, die Flutung durch den Staudamm vorzunehmen, wenn der historische Thermalbadeort mit einer besonderen Schicht zugedeckt wird. Die Diskussionen laufen also weiter, aber die Lage ist sehr ernst.

Weitere Informationen auf den Internetseiten:
Hasankeyf: www.hasankeyfgirisimi.com
Allianoi: www.allianoi.org
Schwarzes Meer: www.derelerinkardesligi.com
Karakoçan-Kıgı: www.kayyder.org
Dersim: www.tudef.org.tr und www.tunceli.bel.tr

Im Gedenken an Aram Dikran

Rotînda



Aram Dikran Foto: DIHA

In den sich emporhebenden Klängen der Musik war er die Stimme, die trotz allen Hürden die Geschwisterlichkeit der Völker betont und ausgerufen hat „Kaniya Strana“.

Aram Dikran hat mit seinen schönsten Melodien, die überhaupt in ein Leben zu packen sind, mit seinem Kurdisch, das er so deutlich und fein sprach, und seiner schönen Stimme in jedem von uns ein Teil von sich hinterlassen.

Aram Dikran, Kind einer Familie im Exil, die 1915 dem Massaker an den Armeniern entkam, wurde am 15. Januar 1934 in Qamislo geboren. Der Vater kommt ursprünglich aus Sason [*A. d. Ü.: Kreisstadt in Batman*] und die Mutter aus Amed-Silvan. Aram Dikran begegnete der Musik in jungen Jahren. In sehr jungen Jahren begrüßte er mit seinem Cümbüs, einem banjoähnlichen Instrument, die Musikwelt und dies führte ihn im weiteren Verlauf in die Tiefen der kurdischen Melodienwelt.

Aram Dikran wurde von seinem Vater stark beeinflusst, die Chance, eine Schule der Musik zu werden, gab ihm jedoch der Textschreiber und Musikwissenschaftler Komitas VARDABET (Sogoman Sogomanian), der im 19. Jahrhundert umfassende Untersuchungen zur kurdischen Musik durchführte. Komitas ist ein 1869 in Kütahya geborener Armenier aus Anatolien, der 1935 in Paris im Exil starb. Er absolvierte in Berlin seine musikalische Ausbildung und hat 3000 kurdische und armenische Volkslieder aufgezeichnet.

Der Grund für die Auflistung dieser Details ist mein Wunsch zu betonen, dass Aram Dikran, wenn auch nicht von Beginn an, im Verlaufe seines künstlerischen Schaffens in Anlehnung an eine historische Quelle gespielt hat.

Die Massaker und Vertreibungen des Osmanischen Reiches gegen die Völker Kurdistans und Anatoliens sind bekannt. Das Osmanische Reich und sein Nachkomme, die türkische Republik, haben leider diese Schandtaten ausgeübt, indem sie ein Volk als Komplizen missbrauchten und das andere zum Opfer machten. Auch wenn es im 19. Jahrhundert das armenische und das kurdische Volk, welche seit Jahrtausenden in der gleichen Region die gleichen Motive teilen, als Feinde gegeneinander aufbringen wollte, hat es das nicht geschafft.

Aram Dikran hat mit dem stärksten Mittel die Seelenbrücke zwischen beiden Völkern geschlagen und diese mit von ihm geschriebenen 650 Liedern auf eine stabile Basis gesetzt. In seiner Musik liegt eine unglaubliche Harmonie, in seiner feinen Sprache gibt es wirkungsvolle Musikstücke. Die Liebe zu Kurdistan und der kurdischen Sprache findet in jedem seiner Lieder Ausdruck. Aram Dikran hat mit seiner Bescheidenheit immer zum Volk gehalten und die Kunst seines Volkes ausgeübt. Seine musikalische Kraft hat er aus seinem Volk geschöpft. Daher wird er von seinem Volk sehr geschätzt.

Mit den Augen eines Archäologen wird man die grundlegenden Farben des weiten Ozeans der kurdischen Musik erkennen. Jedes seiner Worte trifft sich mit den Emotionen seines Volkes.

Sein Glaube an die Freundschaft der Völker hat ihn 10 assyrische und 8 griechische Lieder komponieren lassen.

Aram Dikran hatte von Beginn an Sympathien für die kurdische Freiheitsbewegung. Er pflegte eine enge Freundschaft zur kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan. Seine Musik bewegte auch Herrn Öcalan, der ihn „als besonderen Künstler“ bezeichnete. Er maß seiner Funktion als musikalische Brücke zwischen beiden Völkern großen Wert bei und betonte seine Achtung vor Dikran s Musik.

Aram Dikran hat 12 Werke, eines schöner als das andere, sowie ein großes Liederarchiv dem armenischen und dem kurdischen Volk hinterlassen. Nahezu alle kurdischen Sänger tragen seine Stücke vor, ein Vermächtnis, das nicht jedem zukommt. 2005 haben zahlreiche kurdische Künstler für ihn die CD „Evina Aram“ mit 14 seiner Stücke herausgebracht.

Auch die kurdische Freiheitsbewegung hat ihm einen Ehrenplatz für seine Funktion als musikalische Brücke zwischen beiden Völkern und seine Arbeiten für die kurdische Musik gegeben.

Aram Dikran ist in der Musik eine Schule, für das kurdische und das armenische Volk ein Symbol der Freundschaft und für Demokraten und Revolutionäre ein internationalistischer Sänger. In 75 Jahre hat er 650 Stücke gepackt und die Unsterblichkeit in den mysteriösen Schriftstücken der Musik gefunden.

Seine Musik ist für zukünftige Generationen ein umfassendes Archiv, eine Statue als Beweis für die Gemeinsamkeit beider Völker und eine Schule für die kurdische Musik. Solange es auf der Erde Musik und Kunst gibt, wird Aram Dikran in den Noten, Melodien und Schriftstücken leben. Wir werden des lieben Aram Dikran immer mit Würde gedenken. ♦

Spielfilm von Miraz Bezar über zwei Straßenkinder in Amed

„Min dît – The Children of Diyarbakır“

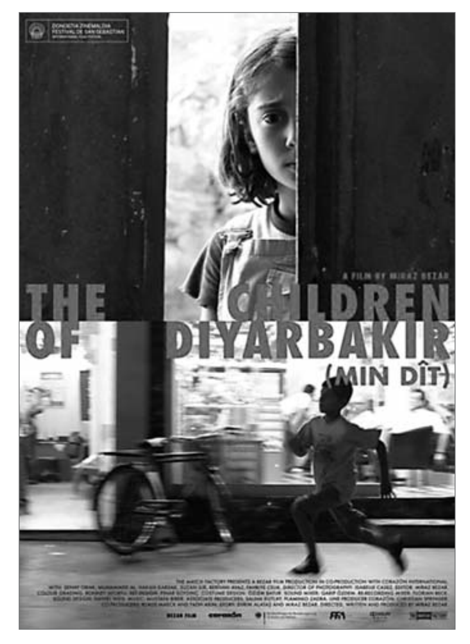
Anja Flach

Die zehnjährige Gülistan und ihr jüngerer Bruder Fırat sind Zeugen, als Paramilitärs ihre Eltern auf der Rückfahrt von einer Hochzeit vor ihren Augen ermorden. Daher der Titel: Ich habe es gesehen – min dît. In den Armen der toten Mutter (Fariye Çelik) liegt die weinende Babyschwester Dîlovan.

Nachdem auch ihre Tante Yekbûn, die zunächst die Verantwortung für die Kinder übernimmt, in den Folterkammern verschwunden ist, sind die Kinder auf sich allein gestellt. Zwischen Pappkartons, Müll und Unrat verbringen sie ihre erste Nacht an der Stadtmauer von Amed. Bald treffen sie auf Zelal mit ihrem blinden Großvater und eine Gruppe Straßenkinder, von denen sie das Überleben auf der Straße lernen. Zelals Dorf wurde von der türkischen Armee niedergebrannt, auch ihre Eltern ermordet.

Miraz Bezar machte zunächst einige Kurzfilme: *Berîvan* (1995), für den er selbst das Drehbuch schrieb, und *Dûrî* (1997), wofür er 1998 den 1. Preis im Kurzfilmwettbewerb des Filmfestival Türkei/Deutschland in Nürnberg erhielt. *Min dît* lief auf dem Filmfestival San Sebastián im Wettbewerb um den *New Directors Award*, er gewann den von einer internationalen Jugendjury vergebenen *Gaztea Youth Award*. Zudem wurde er als erster kurdischsprachiger Film zum nationalen Wettbewerb des *Antalya Altın Portakal Film Festivali* (9.–17. Oktober), dem wichtigsten Filmfestival der Türkei, eingeladen!

Seit seinem neunten Lebensjahr in Bremen aufgewachsen, ging Miraz 2005 für zwei Jahre nach Diyarbakır (kurdisch Amed), um dort nach Geschichten für



einen Film zu suchen. „Alles, was ich in dem Film erzähle, ist tatsächlich in Diyarbakır passiert“, berichtet Miraz. Das Drehbuch habe er gemeinsam mit der Journalistin Evrim Alataş geschrieben. Seine DarstellerInnen Şenay Orak (Gülistan) und Muhammed Al (Fırat), wie auch die anderen Kinder, fand Miraz in Kinderprojekten der Stadtverwaltung von Amed.

„Die Familien der Kinder haben uns sehr geholfen, sie haben den Kindern die Drehbücher erklärt und waren sehr an dem Projekt interessiert. Auch, dass ihre Geschichte in ihrer eigenen Sprache, in Kurdisch, erzählt wird, das ist wichtig.“

„In diesem Film steckt viel von mir und er wäre auch nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung meiner ganzen Familie und meiner Freunde, auch finanziell“, berichtet Miraz nach der Vorführung im Zeisekino in Hamburg-Ottensen. „Als kein Geld mehr da war, hat meine Mutter ihr Haus verkauft, mein Onkel zahlte die Hotelrechnungen für die Filmcrew. Für einen solchen Film in kurdischer Sprache gab es weder in Deutschland noch in der Türkei Gelder.“ Am Schluss sprang Fatih Akın ein, der den Film koproduzierte.

Ob es ihn denn nicht gestört habe, dass sein Film beim Filmfest Hamburg in der Kategorie „Junges Kino aus der Türkei“ laufe, obwohl er Deutscher und Kurde sei und der Film in Kurdistan spiele? Zunächst sei der Film sogar [*wie auch die anderen Filme so Orhan Eskiköys und Özgür Doğans Dokumentarfilm ‚On the way to school – Du ziman û baholek‘*] als türkischer Film angekündigt worden. „Aber ich konnte die Organisatoren dafür gewinnen, dass der Film dann zumindest unter dem Motto ‚aus der Türkei‘ läuft. Ich kann sowieso mit solchen nationalen Kategorien wenig anfangen“, so Miraz.

Gülistan und Fırat treffen durch Zufall auf den Mörder ihrer Eltern, den Folterer Nuri Kaya (Hakan Karsak, den viele hier in der BRD schon aus dem Theaterstück „Mala Dînan – das Irrenhaus“ kennen). Nuri Kaya wird als liebevoller Familienvater gezeigt. Gleichzeitig weiß der Zuschauer schon, dass er ein kaltblütiger Mörder ist.

Angeregt durch das Märchen ihrer Mutter über den Wolf, der durch eine Glocke um seinen Hals zahnlos geworden ist, beschließen Gülistan, Fırat und ihre Freunde zu handeln …

Auch wenn die Morde „unbekannter Täter“ nach den 90er Jahren deutlich zurückgegangen sind, warten 18 000

Fälle von „Verschwundenen“ auf ihre Aufklärung. Noch immer werden Menschen auf offener Straße erschossen, auch Kinder, und Miraz spricht über das Schicksal der inhaftierten Kinder, die oft für einen Steinwurf jahrelange Haftstrafen ertragen müssen und vielleicht nicht überleben.

„Danke für diesen Film“, sagte ein kurdischer Besucher des Zeisekinos. Wir schließen uns an. Miraz Bezar erzählt konsequent durch die Augen der Kinder und gleitet nicht in Nebenhandlungen ab, was verführerisch ist, denn die Entwicklungen in Kurdistan zeigen einen großen Reichtum an Geschichten auf, die darauf warten erzählt zu werden.



Miraz Bezar

Trotz aller Tragik und allen Elends dieser Kinderschicksale zeichnet Miraz kein düsteres Bild, das den Zuschauer verstört. Er zeigt, dass Solidarität und Geschwisterlichkeit Werte sind, die auch in der Härte des Straßenlebens Momente der Freude und des Glücks bereithalten, und so auch die Schwächsten stark sein können. ♦

Sultanino

Susanne Roden über die kurdische Malerin aus Georgien Nino Hasan

Eigentlich hat sie immer schon viel gemalt, aber vor lauter Restaurierungsarbeit kommt sie gar nicht mehr zum Malen von eigenen Bildern. Ja, eine Ausstellung mit kurdischen Künstlern in Berlin, organisiert durch das *Kurdische Institut für Wissenschaft und Sprache*, so war es einmal geplant – vor Jahren, kann man sagen. Sie lacht. Die Zeit vergeht wie im Flug. Die Tochter wurde geboren und eine Teilnahme an den Vorgesprächen undenkbar.

Die ursprünglich geplante Ausstellung konnte nicht realisiert werden und es wurden einige Werke innerhalb der Institutsräume in Berlin anlässlich der Feier zum 10-jährigen Bestehen gewürdigt.

Jeder Künstler geht seinen persönlichen Weg, ist aktiv und plant für sich. Vernetzung, Austausch und Gemeinschaftsprojekte sind oft schwer zu realisieren. Wie geht man als Künstlerin den aktiven beruflichen Weg, wenn man Familie hat und wenig Zeit für die eigene Entwicklung?

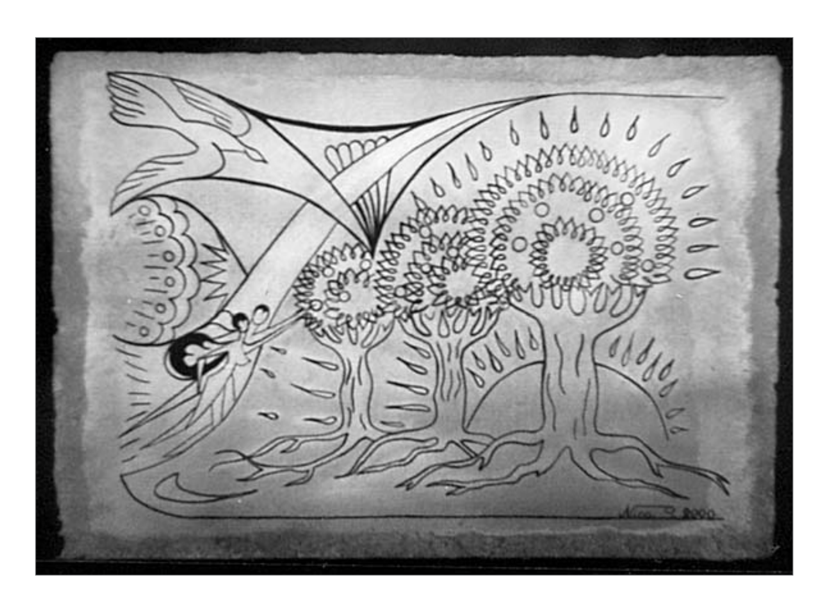
Nino wurde in Tbilissi (Tiflis) geboren. Tbilissi (warme Quelle), berühmt für seine Badehäuser mit bis zu 46 Grad heißem kohlensäurehaltigem Schwefelquellwasser, der Hauptstadt von Georgien, dem Land südlich des Kaukasushauptkammes, im Norden an Russland, im Süden an Armenien und die Türkei, im Osten an Aserbaidschan sowie im Westen an das Schwarze Meer grenzend; nach Armenien das zweite Land, in dem das Christentum zur Staatsreligion erhoben wurde. Die Kultur in Georgien wurde durch das Byzantinische Reich lange Zeit geprägt und nach dessen Niedergang wurde es zeitweise ein Teil des Osmanischen Reiches, dann Persiens und schließlich der Sowjetunion.



Mutter, von Nino Hasan

Als im April 1991 Georgien seine Unabhängigkeit von der UdSSR erklärte, war Deutschland das erste Land, das den neuen Staat anerkannte und eine Botschaft in Tbilissi eröffnete.

Georgien ist ein Vielvölkerstaat mit vielen unterschiedlichen Ethnien, das trotz der Annexion durch Russland im Jahr 1801 ein reiches eigenständiges kulturelles Erbe bewahren konnte.



Paradies, von Nino Hasan

Der ehemalige sowjetische Außenminister und langjährige georgische Präsident Eduard Schewardnadse hatte eine wichtige Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung und die Länder pflegen gute Beziehungen.

Nino hat die Oberschule in Tbilissi besucht, danach Ausbildung an der Kunstschule in Tbilissi und Praktikum als Stuckateurin und Kunstmalerin, Abschluss als Malerin für künstlerische Wandgestaltung/Bühnenmalerin.

Es folgen Arbeiten im staatlichen Theater, Bühnenbildnerwerkstatt, Keramik und Porzellan-Dekormalerei, Buchillustration bis 1990.

Nicht lange, nachdem der Sohn geboren ist, geht es weiter mit der Kunst. Gemälde-, Altar-, Rahmen- und Ikonen-Restauration im Kollegium der Restauratoren in Berlin. Gemäldekurse im Kunst-Klub in Wandlitz, gefolgt von Wand- und Steinrestaurierung bei Ochsenfarth, Restaurierungen in Berlin, Arbeiten u. a. am Brandenburger Tor.

Es gibt 2003 dann wieder eine kleine Schaffenspause, denn die Tochter wird geboren.

Von 2005 bis 2007 folgen dann Restaurierungsarbeiten am Schloss Meseberg in Brandenburg, 1737 errichtet. Zu den späteren Eigentümern gehörte Carl Robert Lessing, Groß-Neffe des Dichters Gotthold Ephraim Lessing und Herausgeber der „Vossischen Zeitung", dient es nach Beendigung der zehn Jahre lang dauernden Restaurierungsarbeiten und nach der Übergabe durch die Messerschmitt-Stiftung an die Bundesregierung als Regierungsgästehaus in der 180-Seelen-Gemeinde.

Das war eine sehr schöne Aufgabe und dann, ja dann kam das Neue Museum in Berlin, bis eben gerade. Die letzte Museumsruine des Zweiten Weltkriegs ist fertig saniert und wird wieder eröffnet. Die vorsichtige Rekonstruktion, die Verknüpfung mit alter Bausubstanz, die erhaltenen Reste der Stülerschen Wandmalereien, antikisierende Säulen und Nischen. Ja, das war eine wunderbare Aufgabe, daran mitzuwirken.

Und nun, was folgt nun? Ja, sagt Nino, nun kommt mein eigenes Projekt.

Sultanino

„Das wird mein Galeriecafe, die Räume in der Behaimstraße 32 in Weißensee habe ich auch", sagt sie. „Nun bin ich beim Gestalten der Räume und dann soll es am 6. Dezember die Eröffnung geben." Sie lacht, „ja", und meint: „Dann werde ich auch wieder eigene Bilder malen." Geplant sind wechselnde Ausstellungen, auch mal Lesungen oder musikalische Darbietungen. Immerhin ist ihr Ehemann ja Tonmeister mit eigenem Aufnahmestudio.

Und der Name Sultanino, welche Bedeutung hat der? Na, das ist mein Name! Nino Hasan, geborene Sultanowa.

Das ist interessant, denn der Name Nino ist eigentlich in Italien ein männlicher Vorname von Giovanni (Johannes) bzw. Gionannino und nur in Georgien ein weiblicher Vorname. Der Ursprung ist aus dem Hebräischen „Jochanan" und bedeutet „Gott ist gnädig".

Und Sultan (arab. „Stärke") bezeichnet in der politischen Sprache die staatliche Autorität und später den islamischen Inhaber der Regierungsgewalt. Erstmals wurde Tuğrul Beg 1055 der Titel „Sultan" von einem Kalifen verliehen. Von 1517 bis 1924 galten die türkischen Osmansultane als Nachfolger der Abbasiden so zugleich als Kalifen.

Die weibliche Form der „Sultana" gab es selten; nur einige Hauptfrauen der Kalifen von Cordoba wurden so genannt, teils erst als Witwe.

Man darf also gespannt sein auf eine nette Atmosphäre mit viel Kunst an den Wänden, gutem Kaffee und selbst gebackenem Kuchen im „Sultanino". Wir sehen uns. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.:2,50 Euro

Titelbild:
Empfang der Friedensgruppe, Foto: DIHA

Rückseite:
17. Hüseyen Celebi Literaturpreis | YXK

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Xelatên wêjeyê yên

17. Hüseyin Çelebi

Literatur Preise

Edebiyat Ödülleri

"Bedena min girtiyê
Lê ramanê min azadê!"

Şemî/ Samstag 07.11.2009
Bürgerhaus
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln-Porz

www.yxk-online.com

Org:
Verband der Studierenden
aus Kurdistan e.V. (YXK)








ISSN 0935-5375